Freie Demokraten

Nordrhein-Westfalen FDP

VON HIER AUS WEITER.

LANDTAGSWAHLPROGRAMM DER FREIEN DEMOKRATEN NORDRHEIN-WESTFALEN

BESCHLUSSFASSUNG VOM
AUSSERORDENTLICHEN LANDESPARTEITAG
AM 22. JANUAR 2022

UNSER FORTSCHRITTSPROGRAMM FÜR NRW.

Seit 2017 stehen wir in Verantwortung für Nordrhein-Westfalen. Vieles haben wir erreicht, aber noch mehr vor. Wir sind überzeugt, dass das Beste noch vor uns liegt: Noch mehr Chancen für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen Nordrhein-Westfalen noch freier, fairer und moderner machen. Wir wollen unser Land weiter voranbringen – mit unserem Fortschrittsprogramm für NRW!

BILDUNG

Unser Nachwuchs hat alle Chancen dieser Welt verdient. Wir können auf kein unentdecktes Talent verzichten. Das geht nur mit bester Bildung. Setzen wir fort, was wir schon erreicht haben. Investieren wir noch mehr: in neueste Technik, mehr Lehrerinnen und Lehrer sowie modernste Schulen. Seien wir offen für Ideen, die jedes Kind über sich hinauswachsen lassen.

Chancen wachsen im Kindergarten. Einen Kitaplatz zu finden, muss das Einfachste der Welt sein. Wir wollen Familien durch noch mehr beitragsfreie Jahre entlasten. Unser Anspruch: Den Kleinsten einen Top-Start mit bester Betreuung geben.

Bildung muss digital sein. Für jedes Kind muss ein Tablet oder Laptop da sein. Denn Neues kann man nur fortschrittlich lernen. Aber es kommt nicht nur auf Geräte, sondern auch auf das Verständnis an. Die Vision: alle Schülerinnen und Schüler in NRW sollen am Ende der Schulzeit eine App programmiert haben.

Der Schulweg darf nicht den Lebenslauf bestimmen. Noch mehr beste Schulen dort, wo die sozialen Herausforderungen am größten sind. Mit 1.000 Talentschulen im ganzen Land fördern wir alle Talente – egal, woher sie kommen und wie sie aufwachsen. Jede Schule braucht auch einen Talentscout. Nur so können wir das Potenzial entfalten, das in uns steckt.

Fürs Leben lernen, nicht nur für Prüfungen. Wirtschaft als neues Fach an allen Schulen hat gezeigt: Schule kann auf ein selbstbestimmtes Leben vorbereiten. Indem wir künftig noch mehr Praktiker an Schulen einladen, vermitteln wir mehr als nur graue Theorie.

Ein Meister muss so viel wert sein wie ein Master. Schaffen wir Chancen fürs Leben, indem wir jede Schulform und jeden Ausbildungsweg fördern.

WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Früher hat NRW Bürokratie geschaffen, wir lassen Unternehmen etwas schaffen. Das hat Erfolg: Seit 2017 ist unsere Wirtschaft stärker gewachsen als im Bund. So haben wir neue Arbeitsplätze, mehr Aufstiegschancen und Wohlstand geschaffen. Setzen wir diesen Kurs fort.

Start-ups sind der Motor des Fortschritts. Das Gründerstipendium hat gezeigt: Aus wirklich guten Ideen werden wirklich gute Firmen. Unser Ziel: werden wir als Gründerland Nummer 1 noch erfolgreicher.

Weniger Emissionen haben mehr Zukunft. Wir wollen neue Technologien wie Wasserstoff noch stärker fördern und zum Vorbild für Industrie 4.0 werden. E-Mobilität ist dabei ein Schlüssel für nachhaltiges Wachstum. Für unser Land und die Automobilindustrie.

Zettelwirtschaft schafft keinen Wohlstand. Machen wir es Unternehmen leicht, voranzukommen. Dafür braucht es weniger Regeln, fairen Wettbewerb und eine zuverlässige Energieversorgung.

Arbeit und Familie, nicht oder. Kinderbetreuung muss zum Leben der Eltern passen. Bauen wir Modelle aus, die zeitgemäß sind und keinen Unterschied zwischen Vätern und Müttern machen – wie Jobsharing und Kitas, deren Öffnungszeiten auch zu Schichtdienst passen.

DIGITALISIERUNG

Digital first. Papier second. Warten wir nicht auf die nächste Pandemie, um Digitalisierung voranzutreiben. Bauen wir das Amt der Zukunft weiter wie kein anderes Bundesland. Je mehr unbürokratisch online geht, desto schneller bringen wir NRW voran. Deshalb wollen wir ein Recht darauf schaffen, jeden Behördengang digital von zu Hause zu erledigen. Das geht nur mit super-schnellem Internet, das alle Menschen und Unternehmen in den Städten und auf dem Land bis 2025 vernetzt.

Willkommen in der Zukunft. Wir wollen digitale Freiheitszonen schaffen und so die Innovationskraft NRWs stärken – besonders bei IT, Quantencomputing, Blockchain und künstlicher Intelligenz. Nur so spielen wir in der Weltspitze weiter mit.

INNOVATION

Unicorns made in NRW. Wir haben großartige Forscherinnen und Forscher und leistungsstarke Unternehmen: Vergrößern wir die Möglichkeiten und bringen beide zusammen. So gelingt uns, dass in den nächsten fünf Jahren mindestens 50 Firmen auf Basis hier entwickelter Patente entstehen.

Klimaschutz mit Ideen. Finden wir neue Wege, mit denen die Natur und wir gut leben können. Ein sicheres Leben gibt es nicht nur mit Investitionen in Klimaanpassungen, sondern indem wir das Klima mit Innovationen schützen und die Dekarbonisierung schaffen.

WOHNEN

Werden wir ein Volk der Eigentümer. Mit dem Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer werden wir jungen Familien den Traum von einem eigenen Zuhause erfüllen. Wir wollen außerdem durch einen sozialen Wohnungskauf mehr Mieter zu Eigentümern machen. Der Staat muss Möglichmacher sein, nicht Verhinderer. Die Förderung des Wohnungsbaus muss zudem zielgenauer werden, damit mehr bezahlbare Wohnungen zur Miete damit gebaut werden.

Städte können wir umbauen. Unser Plan: Architekten entwerfen Aufstiegschancen. Mit Wohnraum, den sich alle leisten können und der die Höhe besser nutzt. Setzen wir neue Standards: Bauen wir Hochhinaushäuser! Mit Spitzenarchitektur, nachhaltiger Bauweise und Bildung gleich um die Ecke.

MOBILITÄT

Mobiler, schneller, weiter. Verkehr muss zu den Menschen passen, nicht andersherum. Alle sollten so schnell ans Ziel kommen, wie sie wollen, immer so klimafreundlich wie möglich. Dazu werden wir die Infrastruktur stärken: Auto, Bahn, Bus und Rad. Denn auf dem Land kann niemand aufs Auto verzichten. Zudem wollen wir dort die Mobilität mit Bussen auf Abruf weiter ausbauen. Bus und Bahn brauchen ein einfaches und digitales Ticketsystem – damit alle mit einer Handy-App durch ganz NRW fahren können.

INDIVIDUELLE UND KULTURELLE VIELFALT

Die offene Gesellschaft lebt von Vielfalt. Darum stärken wir die Menschen in NRW in ihrer Individualität unabhängig von Herkunft, Glauben oder sexueller Identität. Diese Individualität drückt sich auch in der Kultur aus. Machen wir sie wieder lebendig – mit einem Aufbruch in der Kultur nach der schweren Lockdown-Zeit.

RECHTSSTAAT

Freiheit ist wie die Luft zum Atmen. Freiheit ist nicht selbstverständlich, sondern das Fundament unserer demokratischen Gesellschaft. Es reicht nicht, von Weltoffenheit und Toleranz nur zu reden, wir müssen diese Werte leben. Dazu gehört auch Vertrauen in den Rechtsstaat. Mit mehr Polizistinnen und Polizisten, einer starken Justiz, moderner Feuerwehr, einem handlungsfähigen Katastrophenschutz, guten Krankenhäusern und engagiertem Ehrenamt schützen wir Recht und Leben aller Bürgerinnen und Bürger. Und das nicht nur auf der Straße, sondern auch im Internet.

MIGRATION

Woher die Idee kommt, ist dem Fortschritt egal. Werden wir das beliebteste Land für qualifizierte Einwanderung – nach dem Vorbild Kanada. Heißen wir mehr Talente willkommen, denn Vielfalt und Wissen werden unser Land weiter voranbringen. Umgekehrt bleiben wir konsequent: Wer etwa unsere offene Gesellschaft bedroht oder ausnutzt, wird abgeschoben.

SOLIDE FINANZEN

Schulden haben keine Zukunft. Kredite haben uns gut durch die Krise gebracht. Gewöhnen wir uns aber nicht an geliehenes Geld – unsere Enkel wollen keinen Schuldenberg erben.

Kurzum: Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land. Wir haben das Land vorangebracht. Jetzt geht es weiter: Nordrhein-Westfalen hat noch so viele Chancen. Die wollen wir nutzen. Deswegen wollen wir Freie Demokraten am 15. Mai 2022 so stark werden, dass wir unser Land weiter in Regierungsverantwortung gestalten können. Dafür werben wir um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger.

WIR WOLLEN EIN NRW, DAS CHANCEN FÜR ALLE DURCH WELTBESTE BILDUNG BIETET. 6
FRÜHKINDLICHE BILDUNG 6
SCHULE 8
BERUFLICHE BILDUNG 19
HOCHSCHULE 21
WIR WOLLEN EIN NRW, IN DEM MAN DURCH EIGENE LEISTUNG VORANKOMMEN KANN 24
ARBEIT, WEITERBILDUNG UND LEBENSLAUFHOHEIT 24
GRÜNDERLAND NRW – STARKES UNTERNEHMERTUM 26
WIRTSCHAFT UND INDUSTRIE 27
HANDWERK, MITTELSTAND UND FREIE BERUFE 30
BAUEN UND WOHNEN 33
WIR WOLLEN EIN NRW, DAS WELTOFFEN UND TOLERANT IST 37
OFFENE GESELLSCHAFT 37
MIGRATION UND INTEGRATION 40
PLURALISMUS UND MEDIEN 42
KULTUR 44
WIR WOLLEN EIN NRW DES MITEINANDERS UND DER VERANTWORTUNG 46
GEMEINSCHAFT UND ZUSAMMENHALT 46
STARKE DEMOKRATIE 47
GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE 49
SPORT 50
VERANTWORTUNG FÜR UNSERE WELT 52
WIR WOLLEN EIN NRW, DAS NACHHALTIG UND INNOVATIV IST
KLIMASCHUTZ 54
UMWELT- UND NATURSCHUTZ 56
ENERGIE 59
INNOVATION UND FORSCHUNG 62
LANDWIRTSCHAFT 63
WIR WOLLEN EIN NRW, DAS SELBSTBESTIMMUNG IN ALLEN LEBENSLAGEN ERMÖGLICHT 65
SICHERHEIT 65
KINDERSCHUTZ 72
FAMILIE 74
GESUNDHEIT 75
PFLEGE 78
WIR WOLLEN EIN NRW, IN DEM DIE POLITIK RECHNEN KANN 79
SOLIDE FINANZEN 79
FAIRE STEUERN 82
WIR WOLLEN EIN NRW, DAS UNKOMPLZIERT UND MOBIL IST 83
UNKOMPLIZIERTER STAAT – BÜROKRATIEABBAU 83

VERBRAUCHERSCHUTZ 85
MODERNE UND BÜRGERFREUNDLICHE VERWALTUNG 86
DIGITALE INFRASTRUKTUR 89
MOBILITÄT DER ZUKUNFT 90
HANDLUNGSFÄHIGE KOMMUNEN 93
IMPRESSUM 96

WIR WOLLEN EIN NRW, DAS CHANCEN FÜR ALLE DURCH WELTBESTE BILDUNG BIETET.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Beste Bildung beginnt ab der Geburt. Wir wollen, dass sich jedes Kind entsprechend seiner Talente und Neigungen bestmöglich entwickeln kann. Dafür braucht es starke Familien, die ihre Kinder von Beginn an unterstützen können und Kindertagesbetreuungsangebote, die für alle Kinder die bestmögliche Bildung und Förderung bieten. Eine qualitativ hochwertige und an die Bedarfe der Eltern angepasste Betreuung und frühkindliche Bildung in Kitas und Kindertagespflegestellen sind für Eltern zudem die zentrale Grundlage, um Familie und Beruf vereinbaren zu können.

Seit 2017 sind in Nordrhein-Westfalen Tausende neue Betreuungsplätze entstanden. Wir haben das Versprechen einer Platzausbaugarantie gegeben: Jede Investition vor Ort in einen neuen Betreuungsplatz wird vom Land gefördert. Mit der umfassenden Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) stehen jährlich zusätzlich 1,3 Milliarden Euro für die frühkindliche Bildung zur Verfügung. So haben wir die Qualität nachhaltig gestärkt – ein Meilenstein! Eltern profitieren zudem von einem zweiten beitragsfreien Jahr sowie ersten Schritten hin zu flexibleren Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen.

Diesen Weg wollen wir fortsetzen und konsequent die frühkindliche Bildung in Nordrhein-Westfalen ausbauen und stärken. Wir werden die Betreuungsplätze gemeinsam mit den Kommunen und Trägern noch stärker ausbauen, um die Betreuungsbedarfe von Eltern abzudecken und ihnen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

Bessere, flexiblere und mehr Betreuungsplätze erfordern jedoch auch mehr pädagogisches Personal. Mit einer attraktiven, praxisorientierten und bezahlten Ausbildung für künftige Erzieherinnen und Erzieher sowie besseren Weiterbildungsmöglichkeiten innerhalb der Kitas und Tagespflegestellen können wir in den nächsten Jahren noch mehr Menschen als pädagogische Fachkräfte gewinnen.

KiTa-Anmeldung neu denken
Kurzfristig wollen wir die flächendeckende Digitalisierung des Kita-Anmeldeverfahrens vorantreiben. Unser Ziel ist, das Verfahren darüber hinaus in Zusammenarbeit mit den Kommunen und Trägern weiterzuentwickeln. Wir wollen, dass der erste Brief an ein Neugeborenes nicht mehr vom Finanzamt, sondern vom Jugendamt kommt – mit Unterstützungsangeboten von frühen Hilfen bis zur Kitaplatz-Suche. Familien sollen so nicht mehr nervenaufreibend nach einem Kita-Platz suchen müssen, sondern – bei entsprechendem Bedarf – koordiniert durch die Kommune in Abstimmung mit den verschiedenen Trägern vor Ort einen Platz angeboten bekommen. Auf Basis einer sicheren Platzzusage soll dann ein Platztausch in andere KiTas möglich sein.

Gleiche Chancen für alle Kinder – Talente fördern

Gute sprachliche Fähigkeiten sind die Grundvoraussetzung für gelingende gesellschaftliche Teilhabe sowie für Erfolg im weiteren Bildungs- und Berufsleben. Die frühe Unterstützung und Förderung der Sprachentwicklung von Kindern ist darum ein Schwerpunkt der frühkindlichen Bildung. Etwaige Sprachrückstände durch eingeschränkten Zugang zur frühkindlichen Bildung im Zuge der Corona-Pandemie wollen wir systematisch erfassen und durch passgenaue Angebote der Sprachförderung ausgleichen. Die alltagsintegrierte Sprachbildung wollen wir stärken. Dazu wollen wir ein Landesinstitut für frühkindliche Sprachbildung schaffen, das die alltagsintegrierte Sprachbildung weiterentwickelt und Angebote zur Fort- und Weiterbildung schafft.

Insbesondere Kinder aus sozial schwierigem Umfeld haben aufgrund fehlender Unterstützung oft schlechtere Bildungschancen. Gerade sie sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie besonders betroffen. Die plusKITAS sollen die Potenziale dieser Kinder noch gezielter fördern. Wir wollen darum mit der deutlichen Stärkung von plusKITAS für mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit für alle Kinder von Beginn an sorgen.

Flexible Öffnungszeiten ausbauen, Beitragsfreiheit als Perspektive

Wir wollen weiter für mehr Flexibilität bei den Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen sorgen und dabei insbesondere die Angebote in den Randzeiten ausbauen. Denn die Kita-Öffnungszeiten müssen wirklich flexibel sein, um echte Vereinbarkeit zu gewährleisten. Zudem wollen wir den bedarfsgerechten Ausbau von Kindertagesstätten, in denen Kinder insbesondere von Eltern, die im Schichtdienst arbeiten, auch über Nacht betreut werden.

Zur Entlastung der Eltern haben wir ein weiteres Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt. Schrittweise wollen wir die Angebote der frühkindlichen Bildung auch in den weiteren Kindergartenjahren beitragsfrei machen und die Eltern so weiter entlasten.

Mehr Personal gewinnen

Wir wollen kurz- und mittelfristig für zusätzliches Personal in der Kinderbetreuung sorgen, um die personelle Situation vor Ort weiter zu entspannen und die Qualität der Kinderbetreuung nachhaltig zu verbessern. Die vergütete, praxisintegrierte Ausbildung ist aufgrund ihrer attraktiven Rahmenbedingungen ein Erfolg und trägt zur Steigerung der Attraktivität des Berufsfeldes bei. Auch die Träger der Einrichtungen profitieren davon, frühzeitiger zusätzliches pädagogisches Personal vor Ort einsetzen zu können. Wir wollen diese Ausbildungsform darum weiter stärken und perspektivisch zum Hauptpfeiler der Ausbildung machen.

Wir wollen den Einsatz von Hauswirtschafts- und Verwaltungsfachkräften fördern, damit das pädagogische Fachpersonal mehr Zeit mit den Kindern statt am Schreibtisch verbringt. Gerade das erfolgreiche Kitahelfer-Programm zeigt den Bedarf und den Wunsch nach Entlastung von nicht-pädagogischen Aufgaben an. Im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie haben wir den Einsatz von Fachkräften aus der Logopädie, Ergotherapie sowie von ausgebildeten Musik- und Theaterpädagoginnen und -pädagogen in Kitas ermöglicht. In Zusammenarbeit mit Trägern und Gewerkschaften wollen wir Wege finden, diese Fachkräfte dauerhaft einzusetzen, damit Kinder langfristig von einer ganzheitlicheren Kindertagesbetreuung profitieren.

Der Erzieherinnen- und Erzieherberuf ist nach wie vor stark weiblich geprägt. Männliche pädagogische Fachkräfte sind für die Vielfalt und als Bezugsperson für Kinder ein wertvoller Baustein. Insbesondere die vergütete praxisintegrierte Ausbildung kann einen attraktiven Zugang zum Erzieherberuf bieten, den wir auch bei Männern stärker bewerben wollen.

Wir haben den Teilnehmenden des Kitahelfer-Programms eine neu geschaffene praxisintegrierte Ausbildung zur Kinderpflegerin bzw. zum Kinderpfleger als Anschlussqualifizierung angeboten. Wir wollen diese neue Ausbildungsform auf dieser Basis weiterentwickeln und ausbauen.

Familienzentren und Familiengrundschulzentren ausweiten
Wir wollen die erfolgreichen Familienzentren ausbauen. Die dort möglichen Beratungen sollen erweitert werden. Wir werden uns zudem dafür einsetzen, dass die Nutzung solcher Angebote von allen Familien, unabhängig von ihren Lebensumständen, noch stärker angenommen wird.

Mit den Familiengrundschulzentren haben wir ein neues Konzept in Nordrhein-Westfalen geschaffen, das an die erfolgreichen Familienzentren im Kita-Bereich anknüpft. Wir wollen damit allen Grundschulkindern und ihren Familien eine erfolgreiche Grundschulzeit ermöglichen und sie stark machen für die weiteren Herausforderungen auf ihrem Bildungsweg. Wir wollen schnellstmöglich und landesweit 300 Familiengrundschulzentren neu einrichten und deren Finanzierung dauerhaft sichern. Damit werden zehn Prozent unserer Grundschulen in Quartieren mit besonderen Bedarfen für mehr Bildungsgerechtigkeit zu Familiengrundschulzentren ausgebaut.

Kindertagespflege fördern
Wir werden die Kindertagespflege weiter fördern. Wir begrüßen die stetige pädagogische Weiterbildung und möchten den Kindertagespflegepersonen – entsprechend ihrer Vorbildung – Zugang zu pädagogischen Fortbildungen verschaffen. Die Umsetzung von Vertretungsregelungen im Krankheitsfall sowie während der Urlaubs- und Fortbildungszeit bei Fortzahlung der Geldleistungen wollen wir flächendeckend sicherstellen.

Auch im Bereich der Kindertagespflege wollen wir Randzeitenbetreuungen stärker ins Bewusstsein rücken. Wir werden uns für eine weitere Flexibilisierung von Betreuungsverträgen einsetzen.

Vielfalt der KiTa-Träger stärken
Verschiedene private Anbieter und Betriebs-Kitas ergänzen das vielfältige Angebot in Nordrhein-Westfalen. Auch diese Träger wollen wir gezielt unterstützen und sowohl organisatorisch als auch finanziell und stärker an die bisherigen Strukturen anbinden. Bürokratische Hürden, die mit der Gründung betrieblicher und betriebsübergreifender Betreuungseinrichtungen verbunden sind, wollen wir abbauen.

Digitale Bildung und Bildung im MINT-Bereich stärken
Experimentieren und Erforschen wollen wir fördern und damit frühkindliche Bildung im Bereich der MINT-Felder Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik stärken. Die „Stiftung Haus der kleinen Forscher“ zeigt, welches Potenzial in der frühkindlichen MINT-Bildung steckt. Wir wollen kindgerechte Lernangebote ausbauen, die Kinder frühzeitig für mathematisch-naturwissenschaftliche Zusammenhänge begeistern und verborgene Talente frühzeitig fördern. Dazu wollen wir ein Fortbildungskonzept für Erzieherinnen und Erzieher für die Durchführung niedrigschwelliger, naturwissenschaftlicher Experimente entwickeln. Durch die Finanzierung der freiwilligen Fortbildungen sollen möglichst viele Kinder Zugang zu frühzeitiger MINT-Bildung erhalten und Interesse an Naturwissenschaft und Technik entwickeln.

Kinder kommen immer früher mit digitalen Medien und Unterhaltungsangeboten in Berührung. Sie sollen darum im Rahmen der frühkindlichen Bildung frühzeitig erste notwendige Kompetenzen im alters- und kindgerechten Umgang mit der Digitalisierung erhalten. Über einen „digitalen Kita-Bonus“ wollen wir die Anschaffung von Endgeräten sowie Fortbildungen von pädagogischen Fachkräften fördern. Unser Ziel ist, dass in jeder Gruppe pro Erzieherin bzw. Erzieher ein digitales Endgerät zur Verfügung steht.

SCHULE

Dass Schule viel mehr ist als die Vermittlung von Fachwissen und Kompetenzen, hat die Corona-Pandemie deutlich gezeigt. Schulen sind Begegnungsort, Sozialraum und für einige Schülerinnen und Schüler auch Zufluchtsort. Sie sind ein Ort, der ganz individuelle Chancen eröffnet und Zutrauen schafft, an dem

Freundschaften fürs Leben geknüpft werden und Zukunftsplanungen von Kindern und jungen Menschen entstehen. Wir wollen sicherstellen, dass unsere Schulen für alle Schülerinnen und Schüler genau zu diesen Orten werden, an denen alle Kinder und Jugendlichen ihre Talente entfalten können und auf den eigenen Lebensweg vorbereitet werden. Damit das gelingt, setzen wir uns für mehr Bildungsgerechtigkeit ein.

Bei allen erreichten Fortschritten gelingt sozialer Aufstieg noch immer zu selten – vor allem, weil der Bildungserfolg noch immer zu stark an die finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses und an das soziale Umfeld der Schulstandorte gekoppelt ist. Wir haben deshalb in ganz Nordrhein-Westfalen 60 Talentschulen mit sehr guter Ausstattung gezielt dort eingerichtet, wo die Hürden und Herausforderungen zur Schaffung von Bildungsgerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler besonders groß sind. Außerdem haben wir die Anwendung des Sozialindex bei der Verteilung von Stellen und Mitteln ausgeweitet und so Schulen in sozial schwachen Quartieren gezielt mit mehr Personal gestärkt. Die Einführung des schulscharfen Sozialindex wird für die Zukunft bei der Verteilung von Ressourcen zusätzliche Möglichkeiten schaffen, um das Maß an Bildungsgerechtigkeit weiter zu erhöhen. Wir sind damit wichtige Schritte gegangen, um Schulen zu stärken und Talente zu fördern. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen. Diese ersten wichtigen und wegweisenden Erfolge dürfen durch die Folgen der Corona-Pandemie nicht in Gefahr geraten.

Wir wollen Talente fördern

Wir sind überzeugt, dass alle Kinder und Jugendlichen Talente haben. In den Schulen wollen wir den Rahmen schaffen, damit diese Talente bestmöglich gefördert werden. Egal, ob eine zukünftige Kfz-Mechatronikerin, ein Bäckerei-Fachverkäufer oder der nächste Nobelpreisträger zur Schule gehen: Alle Talente und Fähigkeiten sollen zur Entfaltung kommen. Die Verknüpfung zwischen schulischem Lernen und außerschulischen Lernangeboten (Museen, Theater u. a.) wollen wir ausbauen. Sie soll in den Lehrplänen verstärkt Berücksichtigung finden.

Talentförderung strukturell stärken: Schülerstipendien und Talentscouts ausbauen
Um Talente ganz unabhängig von ihrem Hintergrund und ihrer Herkunft zu stärken und zu fördern, wollen wir ausgehend von dem Stipendienprogramm für die Ruhr-Talente in den nächsten fünf Jahren ein landesweites Schülerstipendium für mindestens 100.000 förderbedürftige und zugleich besonders förderwürdige Schülerinnen und Schüler an allen weiterführenden Schulen in ganz Nordrhein-Westfalen auflegen. Das Schülerstipendienprogramm kooperiert mit den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen und ihren Talentscouts, die diese Talente im schulischen und außerschulischen Kontext finden, gezielt beraten und unterstützend begleiten. Sie sollen – getragen durch Kooperationen mit der Wirtschaft und Stiftungen – an Hochschulen heranführen, bei der Vermittlung von Betriebspraktika und Auslandsaufenthalten helfen und vor allem Ansprechpartnerin und Ansprechpartner sein. Daneben wollen wir die Talent-Kollegs in weitere Regionen des Landes ausweiten. So wollen wir die Talent-Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen mit der Verstetigung finanzieller Mittel weiter stärken und dies gesetzlich absichern. Wir wollen Aufsteiger-Geschichten als Hoffnungs-Booster bekannt machen, um neben finanziellen und strukturellen Hürden auch gesellschaftliche Hindernisse abzubauen. Dazu werden wir eine geeignete Kampagne des Landes (z. B. über Social Media) auflegen, in der erfolgreiche Aufsteiger als Vorbild wirksam werden können.

Neben allen Schulen wollen wir konkrete Anlaufstellen schaffen, die Beratung und Unterstützung für die eigenen Lebens- und Aufstiegspläne bieten und damit Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern helfen, den eigenen Weg zu Bildungsabschlüssen oder an die Hochschule zu gehen. Das ist auch im gesamtgesellschaftlichen Interesse: In (unentdeckte) Talente unabhängig von ihrer Herkunft zu investieren ist der einzige Weg, unsere Gesellschaft langfristig zukunftsfähig zu machen, weil wir diese Talente in Zukunft noch dringender brauchen werden als jetzt schon. Wir wollen in diesen Treffpunkten gezielt die Vermittlung von Teilhabechancen und die Identifikation mit Staat und Gesellschaft in den Fokus rücken. Denn wer nicht an Bildung teilhaben kann, wird mit höherer Wahrscheinlichkeit auch nicht am

politischen System teilhaben. Deswegen sollen über diese Treffpunkte gezielt auch demokratische Werte aufsuchend und emotional vermittelt werden, um einen Bezug zu unserer Verfassung in die Quartiere zu bringen.

Talentschulen deutlich ausweiten

Klar ist für uns: Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern oder dem Stadtviertel abhängen, in dem man aufwächst. Der in Nordrhein-Westfalen erfolgreich gestartete Talentschul-Versuch soll auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Begleitung und in Abstimmung mit der von der neuen Bundesregierung vorgesehenen Talentschulförderung außerhalb des Schulversuchs auf 1.000 Talentschulen im ganzen Land ausgeweitet werden.

Schulvielfalt als Chance für individuelle Förderung

Ebenso wie unsere Schülerinnen und Schüler ist auch unser Schulsystem in Nordrhein-Westfalen vielfältig. Die unterschiedlichen Schulformen mit ihren eigenen Profilen und Stärken sowie das Nebeneinander von Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft bereichern unsere Schullandschaft. Sie stellen zudem die Entfaltungsmöglichkeiten jedes einzelnen Kindes in den Vordergrund. Die in Nordrhein-Westfalen gewachsene Schulvielfalt sehen wir als eine Chance und Herausforderung zugleich. Ihre Stärken entfaltet sie insbesondere dann, wenn eine differenzierte und faire Ressourcensteuerung dauerhaft gelingt. Genau darauf ist unser Handeln ausgerichtet. Ideologische Schulstrukturdebatten um die Zukunft einzelner Schulformen lehnen wir ab.

Wir wollen die Vielfalt im mehrgliedrigen Schulsystem sichern, weil sie Kindern und Jugendlichen ermöglicht, die für sie individuell bestmögliche Schullaufbahn mit unterschiedlichen Abschluss- und Anschlussmöglichkeiten selbst zu gestalten. Noch bestehende Ungleichbehandlungen der Schulformen wollen wir beenden und eine hohe Durchlässigkeit gewährleisten. An allen Schulen müssen hohe Leistungsstandards gesichert werden. Innerhalb eines so vielfältigen Schulsystems mit unterschiedlichen Schulformen und Bildungsgängen hat jede Schülerin und jeder Schüler eine gleichwertige Chance auf Bildung und jede Lehrerin und jeder Lehrer einen Anspruch auf eine gleiche Bezahlung. Bildung ist in allen Schulen gleich wichtig und gleich wertvoll.

Stärkung der Grundschulen als Fundamente für Bildungsaufstieg

Mit dem Masterplan Grundschule setzen wir eine nachhaltige Stärkung unserer Grundschulen um – mit einem Fokus auf das Lernen von Lesen, Rechnen und Schreiben. Hierzu sollen die Grundschulen auch zukünftig zusätzliche fachliche Unterstützung erhalten. Die begonnene Entlastung der Grundschullehrkräfte im Bereich der anrechenbaren Entlastungsstunden wollen wir im Bereich des Pflichtstundendeputats fortsetzen. Vor allem durch die Bereitstellung von insgesamt 3.000 sozialpädagogischen Fachkräften für die Schuleingangsphase wollen wir erreichen, dass jede der fast 2.900 Grundschulen in Nordrhein-Westfalen mit einer solchen Fachkraft zusätzlich unterstützt wird. Die zusätzlichen sozialpädagogischen Fachkräfte sollen zumindest vorübergehend auch das gemeinsame Lernen in der Grundschule stärken. Mittelfristig müssen hierzu zusätzliche Fachlehrkräfte für Sonderpädagogik ausgebildet und gewonnen werden. Mit der Schaffung zusätzlicher Studienplätze und zusätzlicher Studienorte für angehende Grundschullehrkräfte wollen wir in den kommenden fünf Jahren eine dauerhafte Beseitigung des Lehrermangels an unseren Grundschulen ermöglichen.

Den Offenen Ganztag weiter stärken

Ganztagsangebote verbessern nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sie sind auch ein wesentlicher Beitrag für mehr Bildung und Chancengerechtigkeit. Wir werden daher den Rechtsanspruch auf Ganztags- und Betreuungsangebote im Zusammenwirken zwischen Bund, Ländern und Kommunen professionell umsetzen und hierzu zusätzlich zum bislang bereits erfolgreich realisierten Platzausbau mindestens 200.000 zusätzliche Ganztagsplätze schaffen. Insbesondere der Bund muss hierzu eine dauerhafte, verlässliche und angemessene Finanzierung sicherstellen. Das ist die Grundlage für die Umsetzung eines Rechtsanspruchs, den wir mit Qualität sowie mehr Vergleichbarkeit und Gerechtigkeit bei der Beitragsgestaltung umsetzen wollen. Wir wollen uns daher für die Verankerung von verbindlichen Standards für den Offenen Ganztag einsetzen, um landesweit eine hohe Qualität der Angebote sichern zu

können. Diese sollen Rahmenbedingungen beispielsweise für den Umfang, das Personal sowie die Ausstattung festlegen.

Wir wollen für eine bessere Verzahnung des Offenen Ganztags mit der Grundschule sorgen. Die jeweilige Schule und der Träger des Offenen Ganztags sollen besser zusammenwachsen und auf Augenhöhe miteinander arbeiten. Deswegen wollen wir zum Beispiel, dass die Ganztagsfachkräfte eine ausreichende gemeinsame „Teamzeit“ mit den Lehrkräften erhalten, um zum Wohle der Kinder Übergaben gestalten sowie gemeinsame Förderentscheidungen und weitere Absprachen treffen zu können.

Wir wollen im Dialog mit Kommunen, Trägern und Eltern die Ganztagsbetreuung weiterentwickeln und dabei auch Wege zum gebundenen Ganztag im Grundschulbereich zur Stärkung von Chancengerechtigkeit und bester Bildung einbeziehen.

Mittlere Schulabschlüsse stärken

Wir brauchen starke Schulen für den gymnasialen Bildungsgang und für den akademischen Nachwuchs. Aber ebenso brauchen wir starke Schulen, die hochwertige mittlere Schulabschlüsse vergeben und bestmöglich auf eine berufliche Ausbildung vorbereiten und damit helfen, unseren Fachkräftenachwuchs zu sichern. Mit der Agenda für berufliche Bildung haben wir diese in Nordrhein-Westfalen schon nachhaltig gestärkt. Auch dafür ist eine Aufwertung der mittleren Schulabschlüsse unumgänglich. Eine erhebliche Verbesserung der Berufsorientierung an weiterführenden Schulen wollen wir erreichen, indem wir Schülerinnen und Schülern verstärkt die Möglichkeit geben, bereits während ihrer Schulzeit praktische Erfahrungen in ganz unterschiedlichen Bereichen zu sammeln. So sollen auch die beruflichen Möglichkeiten und Entwicklungschancen in Ausbildungsberufen bekannter werden. Auch darüber hinaus wollen wir im Zuge der Berufsberatung über die Karriere- und Verdienstmöglichkeiten im Handwerk und anderen Ausbildungsbranchen informieren, denn die guten Perspektiven, die viele Ausbildungsberufe bieten, werden mitunter nicht richtig eingeschätzt. Um ein gesellschaftliches Umdenken hinsichtlich der Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung zu erreichen, müssen die Haupt-, Real- und Sekundarschulen in einer Qualitätsoffensive und einem Sonderinvestitionsprogramm *Starke Mitte* gestärkt werden. Damit wollen wir konkret sowohl eine Aufstockung von Personal und moderner Ausstattung vorantreiben als auch den Ausbau der Vernetzung von Schulen und Ausbildungsbetrieben. Wir wollen die Anerkennung für mittlere Bildungsabschlüsse weiter stärken, so wie wir bereits Realschülerinnen und Realschülern einen Weg in den Polizeiberuf ermöglicht haben.

Ökonomische Bildung weiter stärken

Wir haben bereits die Kernlehrpläne der Klassen 5 bis 10 überarbeitet. Insbesondere die Einführung des Schulfachs Wirtschaft an allen Schulformen war ein überfälliger Schritt hin zu mehr ökonomischem Wissen als Bestandteil der Allgemeinbildung und mehr Verbraucherbildung, um auf ein selbstbestimmtes Leben vorzubereiten. Diesen Weg wollen wir weitergehen und unter anderem auch ein Verständnis der Aktienmärkte und der Wege von langfristiger Eigentumsbildung beispielsweise im Rahmen des Schulfachs Wirtschaft in allen Schulformen stärken.

Oberstufe und Abitur auf die Höhe der Zeit bringen

Wir wollen weitere Reformprozesse von der 10. Klasse bis zum Abitur anstoßen. Das erfolgreich eingeführte Schulfach Wirtschaft soll nach dem Vorbild der beruflichen Gymnasien zukünftig flächendeckend auch als Leistungskurs in der Oberstufe angeboten werden. Auch die Stärkung der Informatik in der Unter- und Mittelstufe soll in der Oberstufe fortgesetzt werden. Dafür wollen wir es einfacher machen, Informatik als Abiturfach zu wählen, indem wir sie den anderen Naturwissenschaften gleichstellen. Um die Wahlmöglichkeiten im Abitur weiter zu flexibilisieren, setzen wir uns außerdem dafür ein, dass künftig auch ein Abitur mit gesellschaftswissenschaftlichem Schwerpunkt möglich wird.

Um die Vergleichbarkeit und Qualität der Schulabschlüsse zu sichern, setzen wir uns für ein in den Kern- und Hauptfächern bundeseinheitlich- ausgerichtetes und vergleichbares Abitur ein – durch einen

Standard „Deutschland-Abitur“. Auch für alle anderen Bildungsabschlüsse streben wir bundeslandübergreifend eine größtmögliche Vergleichbarkeit hinsichtlich der Qualität der Abschlüsse an.

Begabte Schülerinnen und Schüler fördern

Zur Stärkung besonderer Talente wollen wir weitere Angebote für begabte Schülerinnen und Schüler schaffen. Das Überspringen einer Klasse in Gruppen wollen wir auf die Gesamtschulen ausweiten und erfolgreiche Ansätze zur Förderung begabter Schülerinnen und Schüler unter den Schulen bekannter machen. Außerdem wollen wir die Zusammenarbeit von Schulen und Hochschulen verbessern, Angebote wie die „Schüler-Uni“ ausweiten, Schülerfirmen fördern und zur Teilnahme an Begabungswettbewerben ermuntern.

Inklusion im Miteinander und ohne Ideologie

Gelingende Inklusion ist zentral für eine gerechte, faire und offene Gesellschaft. Daher haben wir die so wichtige Neuausrichtung der schulischen Inklusion durch eine Bündelung vorhandener Mittel und Möglichkeiten und durch zusätzliche Ressourcen vorangetrieben. Wir wollen sicherstellen, dass schulische Inklusion nicht mehr mit ideologischen Debatten, der Überlastung von Schulen oder mit Frustration verbunden wird, sondern mit der Gewissheit, dass sich alle Schülerinnen und Schüler auf eine gelingende Teilhabe durch ein Lernen von- und miteinander verlassen können.

Wir werden das gemeinsame Lernen durch zusätzliches Fachpersonal unterschiedlicher Professionen, durch eine qualitativ und quantitativ weiterentwickelte Schulbegleitung und durch zusätzliche Fortbildungsformate nachhaltig unterstützen und Schritt für Schritt bedarfsgerecht ausbauen.

Zugleich sichern wir nach unserer Rettungsaktion im Jahr 2017 weiterhin unsere leistungsfähige und vielfältige Förderschullandschaft, die von der Vorgängerregierung gegen den Willen vieler Eltern leichtfertig aufs Spiel gesetzt wurde. Wir bieten den Förderschulen die Chance zur Weiterentwicklung zu Kompetenzzentren für sonderpädagogische Unterstützung. Dabei wollen wir regionale Netzwerke unterstützen, zu denen neben den Förderschulen und Regelschulen auch die kommunalen Einrichtungen und Unterstützungsleistungen gehören wie Kindergärten, Familienzentren, das Jugendamt, die Frühförderung, Schulpsychologen oder auch die Schulsozialarbeit. So wollen wir sicherstellen, dass Eltern frei von ideologischen Grundsatzdebatten die bestmögliche Förderung für ihr Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf auswählen können. Dabei sind die Förderorte gleichwertig und der Elternwille entscheidend. Die Eltern wissen, was das Beste für ihr Kind ist. Bei ihren Entscheidungen unterstützen wir sie durch professionelle und unabhängige Beratungsangebote, die wir auch im Rahmen der Kompetenzzentren ausbauen wollen.

Beide Systeme, das Gemeinsame Lernen an unseren Regelschulen ebenso wie unsere hochprofessionellen Förderschulen, wollen wir gleichberechtigt mit ausreichendem Personal, Sachausstattung und Qualitätsstandards für inklusive Bildung stärken. Neben dem kontinuierlichen weiteren Stellenausbau wollen wir auch mehr Sonderpädagoginnen und -pädagogen ausbilden und Wechselmöglichkeiten zwischen der Förderschule und dem gemeinsamen Lernen in beide Richtungen verbessern. Unser Ziel ist es, Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf bestmöglich auf ein selbstbestimmtes Leben vorzubereiten.

Auswirkungen der Corona-Pandemie nachhaltig aufarbeiten

Die Pandemie darf nicht zu einer Chancen-Krise werden, in der der Bildungsabschluss noch stärker als bisher vom Elternhaus und der eigenen Herkunft abhängt. Gerade für Kinder und Jugendliche waren die Kita- und Schulschließungen, eingeschränkte Freizeitangebote sowie die soziale Isolation von anderen Kindern, ihren Lehrkräften und dem gewohnten Schulalltag zudem sehr einschneidende Erfahrungen. Deshalb werden wir uns weiterhin konsequent für Präsenzunterricht einsetzen und dabei den Gesundheitsschutz nicht aus den Augen verlieren. Wir wollen zugleich für die Zukunft unbedingt verhindern, dass sich die Schulschließungen der Vergangenheit dauerhaft negativ auf den Lebensweg

der Kinder und Jugendlichen auswirken. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass einerseits schulische Inhalte mittelfristig aufgearbeitet werden und andererseits auch die mentalen und psychischen Folgen bei Kindern und Jugendlichen in den Blick genommen werden. Im Rahmen der Arbeit der multiprofessionellen Teams an den Schulen sollen die Aufholbedarfe der Schülerinnen und Schüler in den Blick genommen und spezifische fachliche und pädagogische Unterstützungsangebote gemacht werden. Aus diesem Aufholprogramm für Schülerinnen und Schüler wollen wir Erkenntnisse für die Zukunft gewinnen. Deshalb wollen wir die aktuellen Angebote auf ihre Zukunftsfähigkeit jenseits der aktuellen Pandemielage bewerten. Den dabei eingeschlagenen Weg, Bildungsgutscheine einzusetzen und damit schrittweise von der objekt- zur subjektbezogenen Finanzierung im Schulbereich zu kommen, wollen wir fortsetzen und weiterentwickeln.

Wir wollen die Corona-bedingte Qualifizierungslücke schnell schließen und insbesondere Schülerinnen und Schüler kurz vor dem Schulabschluss gezielt individuell ansprechen, um sie auf berufliche Möglichkeiten nach der Schule hinzuweisen. Wir wollen so die Zahl der jungen Menschen, die nach der Schule nicht den Weg in eine Ausbildung oder an die Hochschule finden, reduzieren.

Mobbing die rote Karte zeigen

Rund jede bzw. jeder sechste 15-jährige in Deutschland wird laut einer PISA-Studie regelmäßig Opfer von Mobbing im Schulalltag. Durch Mobbing kann der Schulbesuch insbesondere für junge Menschen täglich zu einer großen Last werden. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der gegenseitiger Respekt und die freie Entfaltung jedes und jeder Einzelnen im Mittelpunkt stehen. Wir werden deshalb eine Anti-Mobbing-Offensive starten, die Kinder und Jugendliche besser schützt, für das Thema sensibilisiert und Betroffenen Anlaufstellen bietet. Wir wollen auch prüfen, ob Selbstbehauptungsstrategien in den Unterricht integriert werden können.

Wir wollen dazu Präventionsschulungen, die den geeigneten Umgang mit Mobbing sowie jeglichen Formen psychischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt thematisieren, zum festen Bestandteil des Vorbereitungsdienstes für Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter machen. Teil dieser Ausbildungsphasen sollen auch der Umgang mit Kindern und Jugendlichen in der Findungsphase ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität sowie die regelmäßige Besprechung des Umgangs mit Sozialen Medien im Unterricht sein. Gleichzeitig sollen regelmäßige Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte angeboten werden, in welchen diese sich zum Mobbing- und Konfliktberater weiterbilden lassen können. Sie können dann auch Ansprechpersonen innerhalb der jeweiligen Lehrerkollegien sein. Um grundsätzlich einen besseren Überblick über die Häufigkeit und Systematik von Mobbing zu bekommen, soll hierzu eine Erhebung auf Basis anonymer Befragungen unter wissenschaftlicher Begleitung stattfinden.

Beste Bildung braucht beste Lehrkräfte und eine moderne Infrastruktur

Das beste Bildungssystem braucht auch die besten Lehrkräfte – und zwar in ausreichender Zahl. So wie wir bei Schülerinnen und Schülern auf individuelle Stärken und Talente setzen und diese fördern wollen, so wollen wir auch unsere Lehrerinnen und Lehrer unterstützen und passgenau aus- und fortbilden. Bildung braucht zudem eine moderne Infrastruktur mit bestmöglicher Ausstattung.

Lehrkräftemangel strukturell beheben

Beste Bildung gelingt nur, wenn Unterricht stattfindet. Wir wollen mehr Bildungsqualität erreichen, insbesondere durch eine bessere Schüler-Lehrer-Relation und kleinere Klassen in allen Schulformen. Für dieses Ziel muss der Lehrkräftemangel dauerhaft und strukturell behoben werden. Mit insgesamt vier wirksamen Maßnahmenpaketen haben wir seit 2017 insgesamt über 5.600 Lehrerstellen an unseren Schulen zusätzlich besetzen können. Insgesamt arbeiten heute über 10.000 Menschen mehr an unseren Schulen, um den Lehrkräftemangel abzufedern. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen. Insbesondere an unseren Grundschulen fehlen grundständig ausgebildete Lehrkräfte, gleichzeitig gibt es

aber mehr Bewerbungen als verfügbare Studienplätze. Daher haben wir bereits fast 1.500 neue Studienplätze für das Grundschullehramt und die Sonderpädagogik geschaffen. Nun wollen wir im Interesse einer stärker regional angelegten Lehrkräfteausbildung im ganzen Land dafür sorgen, dass weitere Hochschulen wie zum Beispiel die RWTH Aachen künftig das Grundschullehramtsstudium anbieten und die Zahl der Studienplätze weiter erhöhen. Unser Ziel ist es, im Zusammenwirken mit den Hochschulen für alle Lehramtsstudiengänge Zulassungsbeschränkungen zu beseitigen. Davon profitiert vor allem die Lehramtsausbildung für das Grundschullehramt sowie das Lehramt Sonderpädagogik. Hierzu wollen wir entsprechende Vereinbarungen mit den Hochschulen treffen. Mit den Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften wollen wir Modelle der Lehrerausbildung für den Bereich der beruflichen Bildung entwickeln.

Digitales Klassenzimmer 5.0

Digitale Bildung ist eine zentrale Aufgabe für eine zukunftsfähige Schulpolitik. Das gilt sowohl für die technische Ausstattung und Infrastruktur als auch für die Anwendung im Unterricht. Wir haben in den letzten Jahren die Schulen in Nordrhein-Westfalen bereits digitaler ausgestattet. Die Corona-Pandemie hat unseren Schulen einen großen zusätzlichen Digitalisierungsschub gebracht. Sie hat aber auch gezeigt, was noch zu tun ist, damit jede Schule in Nordrhein-Westfalen zu einer digitalen Schule wird. Die Digitalisierung unserer Schulen ist nun unter pädagogischen Gesichtspunkten modern und nachhaltig zu gestalten. Der Prozess muss unumkehrbar angelegt und daher auch dauerhaft finanziert werden. Jenseits der Qualifizierung und Fortbildung von Lehrkräften benötigt der Digitalisierungsprozess für die Schulen auch eine stabile Finanzierung für die digitale Infrastruktur in allen Schulen. Hierzu wollen wir den Digitalpakt 2.0 des Bundes nutzen und gemeinsam mit den Schulträgern umsetzen. Zudem werden wir im Rahmen einer Fortbildungsoffensive die Qualifizierung für Schulleitungen und Digitalisierungsexpertinnen und Digitalisierungsexperten in den einzelnen Schulen dauerhaft etablieren.

Zur Unterstützung eines nachhaltigen Digitalisierungsprozesses schaffen wir ein nordrhein-westfälisches Kompetenzzentrum für Lehren und Lernen in der digitalen Welt. Dieses wissenschaftlich angebundene Kompetenzzentrum soll sich mit allen Bereichen der Digitalisierung unserer Schulen befassen und Expertise für Fragen zu pädagogischen und technischen Konzepten zur Verfügung stellen. Wir wollen damit eine Institution schaffen, die als Weiterbildungsschmiede weit über Nordrhein-Westfalen hinaus strahlt und die besten Dozentinnen und Dozenten nach Nordrhein-Westfalen einlädt. Sie soll Menschen mit den Möglichkeiten exponentieller Wissensentstehung und -verarbeitung vertrauter machen. Denn wir brauchen eine Pädagogik und Didaktik mit Methoden, die helfen, anders, schneller, individualisierter und leichter lernen und verstehen zu können als wir es in der analogen Welt bislang konnten. Um hier schneller weiterzukommen, brauchen wir mehr Kreativität und Innovationskraft bei allen Beteiligten. Zugleich soll das Zentrum im Zusammenwirken mit anderen Stellen des Landes und mit den Gremien der Kultusministerkonferenz alle relevanten Fragen des Datenschutzes behandeln und so an gemeinsam weiterentwickelten Standards für den Datenschutz mitwirken.

Wir wollen sicherstellen, dass jede Schule über eine schnelle Internetverbindung, ein leistungsfähiges W-LAN-Netz sowie über die notwendigen Geräte verfügt, die im schulischen Alltag eingesetzt werden. Der Digitalpakt des Bundes und die Sofortausstattungsprogramme des Landes haben dafür einen kräftigen Anstoß gegeben. Dabei darf es nicht bleiben. Zusammen mit den Schulträgern wollen wir dafür sorgen, dass unseren Schulen stets eine einsatzfähige Infrastruktur und aktuelle Soft- und Hardware zur Verfügung stehen. Das ist ein Zeichen der Wertschätzung für unsere Schülerinnen und Schüler und für alle Lehrkräfte in unserem Land. Das Sofortausstattungsprogramm für Schülerinnen und Schüler, die sich kein eigenes Endgerät leisten können, war ein wichtiger Schritt, um Teilhabe und digitale Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zu machen. Unser Ziel ist nun, für Schülerinnen und Schüler sowie für die Lehrkräfte eine 1:1 Ausstattung zu erreichen. Alle Schülerinnen und Schüler sollen zukünftig bei einem moderaten Eigenanteil ein digitales Endgerät zur Verfügung gestellt bekommen. Schülerinnen und Schüler, die sich bisher kein digitales Endgerät leisten konnten, sollen auch weiterhin von einer Zuzahlung befreit sein.

Digitales Lehren und Lernen müssen feste Bestandteile aller Schulen und aller Schulfächer sowie der Lehreraus- und -fortbildung werden. Alle Kinder und Jugendlichen sollen durch die Schule frühzeitig und kompetent zu einer souveränen und verantwortungsvollen Nutzung digitaler Medien befähigt werden. Der Medienkompetenzrahmen NRW sorgt dafür, dass digitale Lerninhalte und Verknüpfungen zur digitalisierten Lebenswelt fächerübergreifend in den Klassen 5 bis 10 vermittelt werden. Um frühzeitig das Interesse für Berufe der Zukunft zu wecken, haben wir auch Informatik als Pflichtfach in den Klassen 5 und 6 aller Schulformen eingeführt. Doch wir wollen schon in der Grundschule anfangen und den Kindern dort Grundlagen des Codings spielerisch vermitteln. Wir wollen, dass jede Schülerin und jeder Schüler am Ende der Schullaufbahn mindestens einmal eine App programmiert hat. Darüber hinaus ist auch die Ausstattung der Schulen mit digitalen Lernmitteln elementar für die Weiterentwicklung der digitalen Bildung. Die Schulen sollen dazu befähigt werden, passende Lernmittel auszuwählen und diese im Schulalltag gleichrangig zu verwenden.

Lehrkräfte müssen von der Aufgabe entlastet werden, sich neben ihren pädagogischen Aufgaben auch um die technischen Voraussetzungen kümmern zu müssen. Wir wollen deshalb die Schulträger dabei unterstützen, sogenannte „Digitale Hausmeister“ in den Schulen einzusetzen. Diese IT-Spezialisten sollen sich zum Beispiel um die tägliche Einsatzbereitschaft der Geräte, Neuanschaffungen, Wartung oder die Verwaltungssoftware der Schulen kümmern.

Die Vorteile des Distanzlernens wollen wir in die Zukunft überführen. Wenn Schülerinnen und Schüler zum Beispiel aufgrund einer Erkrankung längere Zeit nicht am Unterricht teilnehmen können, darf das mit den Möglichkeiten der Digitalisierung nicht länger Einfluss auf den Bildungserfolg haben. Wir setzen uns deswegen dafür ein, dass die im Lernplan definierten Lerninhalte ebenso in modernen Online-Lernformaten bereitgestellt werden.

Moderne Schulen brauchen Investitionen

Modern arbeitende und modern ausgestattete Schulen benötigen nicht nur ausreichend Personal, sondern ebenso kraftvolle Investitionen in modernen Schulraum. Die Schulträger haben in diesem Bereich eine besondere Verantwortung und profitieren auch in Zukunft weiterhin von der Erhöhung der Schulpauschale im Rahmen der Gemeindefinanzierung. Angesichts des großen und noch verbliebenen Investitionsstaus wollen wir ein weiteres Investitionsprogramm „Gute Schule 2030“ für einen modernen und nachhaltigen Schulbau im Zusammenwirken mit den Schulträgern auflegen und dabei die Erfahrungen aus dem letzten Investitionsprogramm „Gute Schule 2020“ berücksichtigen. Notwendig ist ein neues Programm, das den Herausforderungen der Digitalisierung, der Integration und Inklusion gerecht wird und eine neue pädagogische Architektur auch unter Berücksichtigung des Klimawandels unterstützt.

Die öffentlichen Schulträger werden anlässlich der Rückkehr zu G9 für die Schaffung von zusätzlichem Schulraum bis 2026 mit insgesamt 518 Millionen Euro entschädigt. Wir wollen sicherstellen, dass auch die Ersatzschulträger bzw. die privaten Schulen eine angemessene und wirkungsgleiche Erstattung der Kosten für die Schaffung zusätzlichen Schulraums erhalten. Für uns ist dies eine Selbstverständlichkeit.

Bildungsfinanzierung neu aufstellen

Wir wollen ein leistungsfähiges nordrhein-westfälisches Schulsystem sichern. Dazu streben wir eine neue und zukunftsweisende Verständigung mit dem Bund und mit den Kommunen an, um Zuständigkeiten neu und klar festzuhalten und Bildung in Zeiten der Digitalisierung, der Integration und der Inklusion nachhaltig zu finanzieren. Wir wollen, dass sich der Bund als finanzkräftigste Ebene stärker in die Finanzierung bester Bildung als Zukunftsaufgabe einbringt.

Multiprofessionelle Teams fest verankern

Damit Unterricht in unseren Schulen gelingen kann, brauchen wir nicht nur hervorragende Lehrkräfte. Andere Professionen wie Schulsozialarbeit, Sozial- oder Sonderpädagogik, Schulpsychologie und viele weitere sind eine nicht mehr wegzudenkende Unterstützung in unseren Schulen. Durch sie entstehen

disziplinübergreifende, wertvolle Kompetenznetzwerke, die die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler verbessern. Die Verteilung entsprechender Stellen soll verstärkt auch unter Anwendung eines schulscharfen Sozialindex erfolgen.

In den letzten Jahren haben wir die multiprofessionellen Teams an allen Schulformen gestärkt und weiter ausgebaut, zum Beispiel mit über 1.100 zusätzlichen Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte in den Grundschulen. Gleichzeitig haben wir die so wichtige Schulsozialarbeit dauerhaft gesichert und weitere Stellen für Schulpsychologie geschaffen. Das wird uns maßgeblich helfen, auch die psychischen Folgen der Pandemie bei Kindern und Jugendlichen im Lebensraum Schule aufzuarbeiten. Die Schulsozialarbeit und Schulpsychologie wollen wir weiter ausbauen und mit Stellen im Landeshaushalt absichern und steuern.

Auch die sozialpädagogischen Fachkräfte zur Unterstützung der Schuleingangsphase sind ein voller Erfolg und eine wertvolle Unterstützung für unsere Grundschulen. Wir wollen daher dafür sorgen, dass in jeder Grundschule in Nordrhein-Westfalen mindestens eine sozialpädagogische Fachkraft fest zum Team gehört. Wir wissen auch um die immense Bedeutung der nicht-pädagogischen Arbeit in unseren Schulen, zum Beispiel der Schulsekretariate und Schulverwaltungsassistenz. Durch ihre organisatorische Unterstützung schaffen wir mehr Freiräume für die pädagogisch arbeitenden Kräfte in unseren Schulen – sowohl im Kalender als auch in den Köpfen. Diese wichtige Arbeit wollen wir weiter stärken, damit insbesondere Lehrkräfte wieder mehr Zeit im Klassenzimmer statt im Büro verbringen können.

Damit die Arbeit in unseren Schulen für die Beschäftigten in multiprofessionellen Teams noch attraktiver wird, wollen wir für diese Beschäftigten Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten schaffen.

Praxisbezug in der Lehramtsausbildung stärken

Leider schließen nicht alle Lehramtsstudierenden ihr Studium erfolgreich ab. Neben dem Studienabbruch ist der Wechsel in andere Fächer oder die freie Wirtschaft der Grund, warum nicht alle Lehramtsstudierenden auch in den Schuldienst eintreten. Um das zu ändern, wollen wir den Praxisbezug im Lehramtsstudium stärken. So können angehende Lehrkräfte besser auf ihre Tätigkeit in der Schule vorbereitet werden und bereits frühzeitig im Studium entscheiden, ob sie sich ein Berufsleben als Lehrkraft vorstellen können. Wir wollen auch mehr Praxisphasen im Lehramtsstudium schaffen, damit die Studierenden die Theorie schon früh vor der Schulklasse anzuwenden lernen. Dafür wollen wir unter anderem ein Praxissemester bereits im Bachelorstudium verankern. Das Praxissemester, auch im Masterstudium, darf zudem keine Frage des Geldes sein. Für viele angehende Lehrkräfte stellt das unentgeltliche Praxissemester eine große finanzielle Herausforderung dar, weil sie ihren Nebenjobs in dieser Zeit nicht nachgehen können. Wir wollen deshalb eine Aufwandsentschädigung in den Praxissemestern des Lehramtsstudiums orientiert am BAföG einführen. Mit den Hochschulen streben wir einen Pakt für mehr Qualität in der Lehrerausbildung an. Hierbei ist eine bessere Betreuung der Studierenden zu vereinbaren und das jeweilige Lehramtsstudium transparenter zu organisieren.

Die Inhalte der Lehrkräfteausbildung wollen wir auf den Prüfstand stellen. Grundschullehrkräfte profitieren zum Beispiel wenig von gemeinsamen Lehrveranstaltungen mit auf Master studierenden Mathematikerinnen oder Lehrkräften der Sekundarstufen. Statt höherer Mathematik wäre zum Beispiel eine Vertiefung der Mathematik-Didaktik für sie zielführender. Wir wollen die Hochschulen, die Lehrkräfte ausbilden, im Rahmen der Hochschulfreiheit von einer Anpassung der Curricula überzeugen, um unsere angehenden Lehrkräfte auch in der Theorie besser auf die Schulwirklichkeit vorzubereiten.

Unser Ziel ist, die Lehrkräfteausbildung in ein berufsintegriertes Studium umzuwandeln.

Lehrkräftefortbildung reformieren und verbindlicher machen

Die Unterrichtsqualität hängt sehr davon ab, wie umfassend und aktuell die Fortbildungsangebote sind und in welchem Umfang diese von den Lehrkräften aktiv angenommen werden. Deshalb ist es wichtig, dass sich die Lehrkräfte regelmäßig fortbilden und ihre Methoden und Inhalte auf den neuesten Stand bringen. Wir Freien Demokraten setzen wir uns dafür ein, dass Fortbildungen in einem jährlichen

Stundenrahmen für Lehrkräfte verpflichtend gemacht werden. Dabei muss die Lehrkräftefortbildung den fachlichen Anforderungen in den einzelnen Unterrichtsfächern genügen. Der Fokus soll aber auch auf überfachlichen Themen liegen, die im Alltag der jeweiligen Schule und Lehrkräfte von besonderer Bedeutung sind, wie Digitalisierung, Integration und Inklusion. Das Fortbildungsangebot ist dabei mit Schwerpunkten landesweit einheitlich zu steuern und auskömmlich zu finanzieren. Zum Einsatz sollen auch neue und moderne digitale Formate kommen, die landesweit zu koordinieren sind. Die individuellen Kurse und Fortbildungszeiten sollen die Schulleitungen und Lehrkräfte gemeinsam und verbindlich festgelegen. Dabei soll der Fokus auf Themen liegen, die im Alltag der jeweiligen Schule und Lehrkräfte von besonderer Bedeutung sind. Auch das Fortbildungsangebot im Bereich der Diagnostik, zum Beispiel von Legasthenie und Dyskalkulie, wollen wir ausbauen. Durch Blended-Learning und Online-Learning wollen wir die Fortbildungen flexibler und individueller gestalten und auch Fortbildungsangebote nicht-staatlicher Träger vermehrt für die Lehrkräftefortbildung zulassen. Im Sinne der Schulfreiheit sollen neue Budgets für die Schulen zur eigenverantwortlichen Verwendung geschaffen werden. Jenseits der staatlich organisierten Lehrerfortbildung sollen verstärkt auch private Fortbildungsangebote in Anspruch genommen werden können. Eine Einbindung der Hochschulen ist anzustreben.

Unsere Lehrkräfte verdienen eine faire Vergütung

Wir wollen eine faire Vergütung und Besoldung für alle Lehrkräfte in Nordrhein-Westfalen und nehmen dabei beamtete Lehrkräfte und tarifbeschäftigte Lehrkräfte gleichermaßen in den Blick. Zugleich berücksichtigen wir dabei die Reform der Lehrerausbildung aus dem Jahr 2009. Unser Ziel ist dabei, dass allein aus der Unterschiedlichkeit der Lehramtsausbildung keine unterschiedliche Vergütung und Besoldung resultiert. Die Lehrämter sind gleichwertig und erfordern daher auch eine einheitliche Einstiegsbesoldung. Bei einer Neuordnung der Lehrkräftebezahlung müssen jenseits der Einstiegsbesoldung auch Beförderungsämter und eine faire Lösung für die Bestandslehrkräfte in den Blick genommen werden. Für den Schuldienst sind verlässliche und sichere Beschäftigungsverhältnisse auch im Tarifbereich von großer Bedeutung für die Personalversorgung an unseren Schulen und zudem für die persönliche Situation und berufliche Perspektive der betroffenen Lehrkräfte. Deshalb sollen noch vorhandene Kettenbefristungen weiter zurückgeführt und möglichst beendet werden. Hierfür schaffen wir die notwendigen Voraussetzungen, damit unbefristete Beschäftigung vor allem auch für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger verstärkt angeboten werden kann.

„Praxislehrer“ – mehr Flexibilität für Lehrkräfte schaffen

Die Lehrkräftelaufbahn ist bis heute sehr festgefahren und bietet wenig Flexibilität, um Erfahrungen in anderen Tätigkeiten und Berufsfeldern sammeln zu können. Wir wollen deshalb für mehr Flexibilität sorgen, um mehr junge Menschen und auch Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger gewinnen zu können. Damit können „Praxislehrer“, beispielsweise Führungskräfte und andere Personen mit entsprechenden Qualifikationen, an unseren Schulen unterrichten und damit auch dem drohenden Lehrkräftemangel an den Berufskollegs entgegenwirken. Gleichzeitig soll es den grundständig ausgebildeten Lehrkräften erleichtert werden, befristet eine Auszeit vom Schuldienst zu nehmen, um beispielsweise einer anderen Tätigkeit nachzugehen und später wieder in den Schuldienst zurückzukehren.

Bildung zur Aufgabe für die ganze Gesellschaft machen

Wir wollen darüber hinaus beste Bildung noch mehr zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe machen. Initiativen, die einen befristeten Einsatz als Lehrerin oder Lehrer vor dem Berufsleben ermöglichen, wollen wir weiterdenken und auch auf das weitere Leben ausweiten. Im Rahmen von „Teach Between“ soll es möglich werden, für eine Sabbatical-Zeit an eine Schule zu gehen und eigene Erfahrungen einzubringen. Ebenso wollen wir Möglichkeiten ausweiten, die eigenen Erfahrungen als Praktikerin oder Praktiker regelmäßig vor Ort in Schulen einzubringen – zum Beispiel als Unternehmerin in der ökonomischen Bildung oder als IT-Spezialist in Informatik.

Schulautonomie und Schulfreiheit stärken

Die Schulautonomie wollen wir weiter stärken und den Schulen mehr pädagogische, personelle und finanzielle Freiheiten geben. So sollen beispielsweise kreative Lernmethoden und die Herausbildung von Schwerpunktschulen möglich sein. Wir schaffen so ein neues Verhältnis zwischen notwendigen landesweiten Standards zur Sicherung von Qualität und Vergleichbarkeit auf der einen Seite und zusätzlicher Freiheit für die Schulen für passgenaue Lösungen vor Ort auf der anderen Seite. Das Land soll sich stärker auf die personelle Grundausstattung für die Schulen und Angebote und Unterstützung für exzellente Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte konzentrieren. Denn die PISA-Studie zeigt, dass Kinder an Schulen mit größerer Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit deutlich bessere Leistungen erzielen.

Die Schulen sollen die Möglichkeit erhalten, eine doppelte Leitung zu etablieren. Im Interesse einer effizienten und professionellen Arbeitsteilung soll eine pädagogische Leitung im Zusammenwirken mit allen Lehrkräften den jeweiligen Schulentwicklungsprozess vorantreiben. Eine administrative Leitung kann dabei im Zusammenwirken mit allen anderen Beschäftigten und im Zusammenwirken mit dem Schulträger eine unterstützende Funktion übernehmen.

Möglichkeiten des Schulsponsorings und des Einwerbens von Drittmitteln durch Schulen sollen bei Gewährleistung der Neutralität zukünftig weiter möglich sein.

Individuelle Schulprofile ermöglichen

Durch weitere Schritte für mehr Schulfreiheit wollen wir die Innovationskraft an unseren Schulen weiter stärken. So können individuelle Schulbudgets insbesondere im Bereich der digitalen Bildung zu einer langfristigen Modernisierung des Schulbetriebs führen und die Lehrkräfte und Schulleitungen vor Ort bei der Auswahl von digitalen Lernmitteln miteinbeziehen.

Wir sind überzeugt, dass viele Entscheidungen am besten von den Betroffenen vor Ort getroffen werden. Jeden Tag werden so tolle Projekte und neue Ideen entwickelt, die die einzelne Schule voranbringen, aber auch für andere Schulen wichtige Anregungen sein können. Wir wollen diese Innovationen und praxistauglichen Konzepte, die durch Schulfreiheit entstehen, landesweit bekannt machen und hierdurch andere Schulen davon profitieren lassen. Über ein Austauschforum können praxistaugliche Konzepte an Schulen in die Breite getragen, exzellente Beispiele hervorgehoben präsentiert und mit Fördermitteln prämiert werden. So entsteht ein Wettbewerb an Ideen, der alle Schulen nach vorne bringt.

Ferienregelungen in der Kultusministerkonferenz (KMK) flexibilisieren

Die Kultusministerkonferenz (KMK) ist als Zusammenschluss der Schulministerinnen und Schulminister innerhalb unserer föderalen Strukturen ein wichtiges Gremium, um schulpolitische Entscheidungen länderübergreifend zu koordinieren. Mehr als bislang muss sie zu einem Gremium werden, das mehr Vergleichbarkeit, Transparenz und Qualität im deutschen Schul- und Bildungswesen schafft. Hierzu wollen wir unter Mitwirkung der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission in der Ländergemeinschaft Innovationen im Schul- und Bildungswesen gemeinsam auf den Weg bringen und neue Möglichkeiten der Kooperation mit dem Bund nutzen.

Wir wollen die Ferienregelungen innerhalb der KMK flexibilisieren und den Bundesländern mehr Freiheiten in der Schuljahresgestaltung geben. Änderungsinitiativen aus und für Nordrhein-Westfalen zu Ferienaufteilungen und -zeiten sind bislang an der fehlenden Kompromissbereitschaft von Bayern und Baden-Württemberg gescheitert. Wir wollen eine Ferienregelung im rollierenden Verfahren erreichen, um die Benachteiligung von Nordrhein-Westfalen zu beenden. Auch in Nordrhein-Westfalen sollen die Sommerferien später beginnen können und dadurch Pfingstferien dauerhaft möglich werden. Sollte die Benachteiligung nicht aufgehoben werden, ist zu erwägen, aus den gemeinsamen Ferienfestlegungen auszuscheiden.

Schüleraustausche und Schulpartnerschaften ausbauen

Verständnis für andere Länder und Kulturen lernt man am besten vor Ort. Durch europäische und internationale Schüleraustausche und Schulpartnerschaften werden Sprachkenntnisse vertieft, Fertigkeiten erweitert und die Persönlichkeit weiterentwickelt. Wir wollen diese oftmals auf ehrenamtlichem Engagement beruhenden Programme und Initiativen weiter unterstützen. Da eine Teilnahme nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern darf, werden wir einen Wettbewerb für Stipendien ausloben. Zudem werden wir weitere Schulen aller Schularten ermuntern, sich zu Europaschulen weiterzuentwickeln.

BERUFLICHE BILDUNG

Der Beruf nimmt im Leben eine wichtige Rolle ein. Er beeinflusst nicht nur die Lebenszufriedenheit, sondern auch die Möglichkeiten, eigene Talente und Fähigkeiten zur Geltung zu bringen. Die Chancen für sozialen Aufstieg sind am größten, wenn jede und jeder Zugang zu Ausbildung und Qualifizierung hat und dabei seine Talente nutzen kann – unabhängig von den Vorstellungen der Eltern, der Schule oder der Gesellschaft. Für uns ist dabei klar: Unsere Gesellschaft braucht nicht nur Master, sondern auch Meister – beide sind gleich wichtig. Für uns ist die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung und Laufbahnen eine Selbstverständlichkeit. Wir wollen deswegen in eine exzellente berufliche Bildung in Nordrhein-Westfalen investieren, um sie so dauerhaft weiter zu stärken.

Einstieg in den Aufstieg erleichtern

Die Landesinitiative zur Berufsorientierung „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) ist noch nicht so gut, wie sie sein muss. Wir wollen sie praxis- und jugendgerecht weiterentwickeln. Berufsorientierung muss zunächst motivieren und Lust machen und darf nicht primär aus reiner Analyse aus Erwachsenensicht bestehen. Mit dem Ausbau von modularen Ausbildungen und zertifizierten Teilqualifikationen sowie einem vermehrten Angebot an Teilzeitausbildungen wollen wir den Einstieg in eine Ausbildung erleichtern. Mit dem Ausbildungsprogramm NRW haben wir für Jugendliche mit Unterstützungsbedarf in benachteiligten Regionen Nordrhein-Westfalens rund 1.000 zusätzliche Ausbildungsplätze jährlich bezuschusst. Dies wollen wir fortsetzen und zudem Matchingprozesse verbessern.

Wir wollen ein Verfahren zur zusätzlichen Erschließung von Fachkräften etablieren, das eine Kompetenzfeststellung von non-formalen Fähigkeiten unterhalb des vollwertigen Berufsabschlusses umfasst. Ziel dabei ist, vorhandene Kompetenzen festzustellen und über Zertifizierungen die Weiterentwicklung zur Fachkraft zu ermöglichen. Dabei sollen bereits bestehende Strukturen qualitätssichernd zusammengeführt werden. So sollen auch die Möglichkeiten zur Weiterentwicklung ausländischer Abschlüsse und ein passgenauerer Zugang zur beruflichen Bildung für Studienabbrecherinnen und Studienabbrecher geschaffen werden. Die Verfahren zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen wollen wir weiter verbessern. Mit der Landesinitiative "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit!" unterstützen wir junge Geflüchtete bei ihrem Weg in Ausbildung und Arbeit mit speziellen Förderangeboten.

Eine besondere Hürde für den Einstieg in eine qualifizierte Ausbildung gerade in Berufen mit Fachkräftemangel stellt die Erhebung von Schulgeld dar. Wir haben die Schulgeldfreiheit für eine Ausbildung in den Gesundheitsberufen (Ergotherapie, Logopädie, Physiotherapie, Podologie, PTA) eingeführt. Als nächstes wollen wir auch für alle anderen Ausbildungsberufe das Schulgeld abschaffen. Jede Erstausbildung soll ohne finanzielle Belastungen aufgenommen werden können. Die Möglichkeiten zur Förderung der beruflichen Weiterbildung und der Meister-Qualifikation wollen wir ausweiten, indem wir Instrumente wie Stipendienprogramme, Aufstiegs-BAföG sowie Bildungsschecks ausbauen und ein Midlife-BAföG ganz neu schaffen. Die entsprechenden Ziele der neuen Bundesregierung unterstützen wir hierbei nachdrücklich.

Neben dem bereits bestehenden einjährigen Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung, der weiterhin die Regel sein soll, wollen wir Schülerinnen und Schülern als Ausnahmefall die Option eröffnen, den Hauptschulabschluss nach Klasse 9 erst nach zwei Schulbesuchsjahren am Berufskolleg zu erwerben.

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzen wir uns für die Ausweitung der Möglichkeiten einer Teilzeit-Ausbildung ein. Analog zum Erasmus-Studienaufenthalt soll für Ausbildungen mit blockweisen Berufsschulphasen die Option geschaffen werden, einen Teil der Schulphase an einer Partnerschule im Ausland zu absolvieren.

Die Vermittlung von Ausbildungsplätzen nach Corona wieder hochfahren
Durch die Corona-Pandemie hat sich die Problematik auf dem Ausbildungsmarkt verschärft. Durch Lernen auf Distanz ist für viele Jugendliche der Zugang zu Ausbildungsplatzvermittlung und Praktika weggefallen. Deshalb wollen wir über eine verstärkte Zusammenarbeit von Unternehmen, Arbeitsagenturen und Schulen bei der Vermittlung und Ausbildungsmotivation sowie mit der Unterstützung von Ausbildungsbetrieben ein bedarfsgerechtes Angebot an Ausbildungsstellen sichern. Mit der Erhöhung der Fördermittel des Landes für die rund 120 überbetrieblichen Bildungsstätten (ÜBS) von Handwerk und Industrie von zwei auf acht Millionen Euro haben wir bereits die Infrastruktur für berufliche Bildung, Qualifizierung und Meisterschulen verbessert.

Zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit und den Kammern wollen wir zukünftig das Zusammenführen von unbesetzten beruflichen Ausbildungsstellen und unversorgten Bewerberinnen und Bewerbern verstärkt koordinieren. Dazu zählt auch eine stärkere überregionale Vermittlung, die wir zum Beispiel durch ein Angebot von Azubi-Wohnheimen unterstützen wollen.

Digitales Fernausbildungszentrum schaffen
Was im universitären Bereich schon lange möglich ist, wollen wir auch für Auszubildende und berufliche Weiterbildungen schaffen. Wir wollen deswegen das erste rein digitale Fern-Ausbildungszentrum in Nordrhein-Westfalen schaffen. Der berufsschulische Teil der Ausbildung soll so ortsunabhängig absolviert werden können. Damit können für Auszubildende im ländlichen Raum lange Fahrtwege gespart werden. Auch für seltene Ausbildungsberufe oder bei einer lokal geringen Nachfrage kann so der schulische Teil der Ausbildung auf hohem Niveau gewährleistet werden.

Werdegänge abseits von Rollenbildern fördern
Wir machen uns für die Umgestaltung von Karrieremustern von Jungen und Männern beziehungsweise Mädchen und Frauen sowie eine Ausbildung abseits der klassischen Rollenbilder stark. Das betrifft insbesondere Berufe und Werdegänge im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) sowie soziale Berufe wie etwa Erzieher oder Krankenpfleger. Auch Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern wollen wir den Weg erleichtern und ihnen durch abgekürzte Ausbildungswege eine zweite Chance eröffnen, sich ihren Berufswunsch zu erfüllen.

Beste berufliche Bildung für jedes Talent
Den mit der Agenda zur Stärkung der Beruflichen Bildung eingeschlagenen Weg wollen wir weiter gehen. Mit einer Exzellenzinitiative Berufliche Bildung, dem Ausbau digitaler Ausbildungsangebote und der Öffnung der Begabtenförderung wollen wir in der beruflichen Bildung beste Rahmenbedingungen schaffen, damit jede und jeder die eigenen Talente entfalten und die eigenen Begabungen bestmöglich einsetzen kann. Denn wir wollen jedes Talent fördern – egal ob in der Schule, in der Ausbildung oder im Studium.

Unsere Berufskollegs leisten in unserem Schulsystem eine wichtige Funktion. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Berufskollegs ihre Angebote im Rahmen von allgemeinen Informationsveranstaltungen an allen abgebenden Schulen vorstellen können, um jedem Talent die Chancen und Möglichkeiten der beruflichen Bildung zu eröffnen.

Wir wollen die Abschlüsse der höheren Berufsbildung stärker in den Fokus nehmen und gezielt auf eine Gleichwertigkeit der hier zu erwerbenden Abschlüsse hinwirken. Die Höhere Berufsbildung ist eine echte Alternative zu Abschlüssen an Universitäten und Hochschulen.

Zusätzlich soll die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung erleichtern: Bachelor-Professional-Absolventinnen und -Absolventen sollen mit zusätzlich zwei Semestern theoretischen Grundlagen und wissenschaftlichem Arbeiten den Zugang zum Masterprogramm erhalten. Andersherum sollen auch Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen einer Hochschule nach einer zusätzlichen, kompakten Berufsbildungszeit einen Berufsabschluss erlangen können. Parallel zum Meisterabschluss im Handwerk sollen Abschlüsse der Höheren Berufsbildung durch die Industrie- und Handelskammern, wie unter anderem der Fachwirt, als Master-Professional-Abschluss mit einem akademischen Masterprogramm ebenfalls wechselseitig verknüpft werden. Hauptansprechpartner für die Wirtschaft sollen hierbei insbesondere die Hochschulen für angewandte Forschung sein. Um diesen Weg gehen zu können, wollen wir die Qualität in der Beruflichen Bildung weiter deutlich stärken, unter anderem durch Exzellenz-Berufskollegs und Exzellenz-Weiterbildungsakademien für die berufliche Bildung.

Zur Verwirklichung bester beruflicher Bildung ist für uns auch die Stärkung der schulischen Berufsausbildung im theoretischen Bereich unabdingbar. Wir wollen daher eine umfassende Evaluation und Aktualisierung der Lehrpläne hinsichtlich vermittelter Methoden und Kompetenzen auf den Weg bringen.

Zu häufig widerspricht der Zustand unserer berufsbildenden Schulen dem Vorhaben einer Offensive für die berufliche Bildung – dabei muss sich die Wertschätzung für unsere Auszubildenden zuallererst an den Gebäuden zeigen. Wie die NRW-Koalition es bereits für Studierendenwerke beschlossen hat, soll daher der Sanierungsbedarf unserer Einrichtungen der berufsschulischen Bildung ermittelt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser anschließend aus Bundesmitteln, nachrangig aus Landesmitteln, bspw. im Rahmen der Schulpauschale, gedeckt wird.

HOCHSCHULE

Wissenschaft und Forschung sind gemeinsam mit Unternehmen die größten Treiber für Innovation und Fortschritt. Hochschulen sind seit jeher Orte des Experimentierens und des Erkenntnisgewinns. Dafür braucht es Offenheit, Meinungs- und Forschungsfreiheit und Neugier auf die Chancen des Fortschritts. Wir wollen deswegen die Bedingungen für Forschung und Lehre an allen Hochschulen für angehende wie etablierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ebenso wie für die Studierenden weiter verbessern. Dazu zählen für uns insbesondere die Digitalisierung, die Stärkung der Forschung, die Unterstützung von Ausgründungen und der Zugang für mehr Menschen unabhängig von ihrer individuellen Lebenssituation.

Digitalisierungsschub für eine optimale Ergänzung von Präsenz und digitaler Lehre
Die Pandemie hat an den Hochschulen zu einem Digitalisierungsschub in der Lehre, der (Selbst-) Verwaltung und der Organisation geführt. Wir wollen die Hochschulen dabei unterstützen, die Veränderungen, die sich in der Pandemie bewährt haben, zu Dauerlösungen zu machen. Präsenzveranstaltungen und der kreative persönliche Austausch sollen dabei zugleich weiterhin auch fester Bestandteil des Hochschullebens bleiben. Erforderlich ist das hochschul- und fachspezifische Austarieren des optimalen Verhältnisses zwischen digitalen Lehr- und Lernformaten sowie Präsenzformaten. Wir wollen daher im Dialog mit den Studierenden sowie den Hochschulen Erfahrungen auswerten und dann Strukturen fördern, Vernetzung beziehungsweise Skalierung unterstützen und dauerhaft rechtssichere Grundlagen schaffen, beispielsweise für digitale Lehr- und Prüfungsveranstaltungen, Wahlen und Sitzungen von Hochschulgremien. Dem Hochschulfreiheitsgesetz wollen wir hierfür ein Update geben. Wir wollen auch ermöglichen, dass in Modellen ein Baukastenstudium, bei dem (digitale) Studienleistungen in begrenztem Umfang an anderen Hochschulen in Nordrhein-Westfalen absolviert werden können, erprobt werden kann.

Den Weg der „Digitalen Hochschule NRW“ als kooperative Plattform wollen wir konsequent weitergehen und die Zusammenarbeit der Hochschulen vereinfachen, damit die Hochschulen hiervon noch stärker profitieren.

Gemeinsam mit den Studierenden und den Hochschulen wollen wir einzelne Studiengänge wie zum Beispiel das Jura-Studium oder Lehramtsstudiengänge modernisieren. Durch die Chancen und Veränderungen durch die Digitalisierung wird eine stetige Bewertung möglicher Veränderungen notwendig.

Digitaluniversität einrichten

Wir wollen Menschen unabhängig von ihrer persönlichen Lebenssituation, ihrer sozialen und geografischen Lage die Teilnahme an weltbester Lehre und akademischer Weiterbildung ermöglichen. Deshalb setzen wir uns für eine Digitaluniversität ein, die in Ergänzung zum vielfältigen und umfassenden Angebot der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen insbesondere nicht-traditionelle Studierende bzw. Personen mit beruflicher Qualifikation noch besser erreicht. Nach dem Vorbild des Promotionskollegs NRW wollen wir ein Digitalkolleg NRW einrichten, damit Lehrende von unterschiedlichen Hochschulen im Sinne einer Best-Practice ihre Expertise in eine einzigartige Plattform für Lehrende und Lernende einbringen können. Die digitalen Erfahrungen aus der Pandemie wollen wir bei der Entwicklung einbeziehen.

Start ins Studium erleichtern

Zur besseren Unterstützung beim Start ins Studium wollen wir neue Konzepte gemeinsam mit den Hochschulen erarbeiten, um den Übergang von Schule zum Studium zu erleichtern. Hierbei sollen insbesondere Formate wie „Sommerkollegs“ entwickelt werden.

Wir unterstützen die Pläne der neuen Bundesregierung zur Reform des BAföG. Die Digitalisierung des BAföG-Antragsverfahrens wollen wir auf Basis des aktuell erprobten Verfahrens vorantreiben. Unser Ziel ist eine vollständig digitale und medienbruchfreie BAföG-Beantragung und Bearbeitung. Dazu wollen wir in den BAföG-Ämtern flächendeckend digitale Strukturen etablieren.

Wir wollen finanzielle und psychologische Hürden für die Aufnahme eines Studiums beseitigen und dazu auch die Zusammenarbeit mit nach Kriterien ausgewählten Portalen, die über Studienfinanzierungsmöglichkeiten informieren, ausbauen.

Politische Partizipation an Hochschulen neu denken

Zur Stärkung der politischen Partizipation und Selbstbestimmtheit über die Kosten ihres Studiums entwickeln wir die bisher bestehende verfasste Studierendenschaft zu einer selbstbestimmten Studierendenschaft. Künftig werden Studierende so nicht bei der Immatrikulation an der Universität Zwangsmitglied, sondern über ein souveränes Opt-In-Verfahren Mitglied der Studierendenschaft.

Wissenstransfer fördern

Wir wollen die Grundlagenforschung an unseren (außer-)universitären Forschungseinrichtungen, die angewandte Forschung an unseren Hochschulen für angewandte Wissenschaften sowie den Transfer in die Wirtschaft und Gesellschaft voranbringen. Neben dem Erhalt bestehender Instrumente wie den Start-Up Exzellenzzentren, dem Gründerstipendium oder Urlaubssemestern für Gründerinnen und Gründer wollen wir zusätzlich eine systematische Förderung des Wissenstransfers unterstützen. Eine entsprechende Institution soll unabhängig agieren und als Selbstverwaltungseinrichtung sowohl technologische als auch soziale Innovationen unterstützen.

Mit einer Austauschoffensive wollen wir den internationalen Austausch von Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nach der Pandemie wiederbeleben.

Erforschen von Schlüsseltechnologien fördern

Unser Ziel ist, dass Nordrhein-Westfalen als Forschungsstandort internationale Spitze ist – mit entsprechend herausragenden Hochschulen, die in wichtigen Fachgebieten die globale akademische Führung beanspruchen kann. Dies gilt insbesondere auch für die Schlüsseltechnologien der Zukunft. Wir setzen uns deswegen für mehr Professuren zur Erforschung von Schlüsseltechnologien wie Künstliche

Intelligenz, Industrie 4.0, Biotechnologie, Internet der Dinge, Quantencomputing, autonome Systeme, Blockchain und Cybersicherheit ein.

Faire Arbeitsbedingungen in Forschung und Lehre
Um mehr Menschen für eine Karriere in der Wissenschaft zu gewinnen, wollen wir für Daueraufgaben mehr unbefristete Stellen schaffen. Gleichzeitig sind für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Phase der Qualifizierung befristete Arbeitsverhältnisse sinnvoll und notwendig, um durch Rotation der nachrückenden Generationen den Zugang zu wissenschaftlichen Tätigkeiten zu ermöglichen.

Wir wollen geschlechterspezifische Aufstiegsbarrieren sowie diskriminierende Vergaben von Leistungsbezügen weiter konsequent abbauen. Anstatt weiterer Quoten brauchen wir einen kontinuierlichen Kulturwandel, der durch mehr weibliche Role Models, Netzwerkmöglichkeiten und Mentoring ebenso unterstützt werden soll wie durch transparentes Controlling von Mitarbeitenden- und Gehaltsstrukturen.

Vereinbarkeit von Hochschule und Familie
Um für Studierende sowie Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher attraktiver zu sein, setzen wir uns für den Ausbau von Kinderbetreuung für Studierende, Lehrende und Beschäftigte ein. Um Karrierewege in der akademischen Welt planbarer und transparenter zu machen, wollen wir das Tenure-Track-Programm weiter ausbauen.

Lebensbegleitendes Lernen fördern – Wissenschaftliche Weiterbildung ausbauen
Wir setzen uns zur Verbesserung der Durchlässigkeit des Bildungssystems sowie zur Stärkung des lebensbegleitenden Lernens für die Anerkennung und den Ausbau von digitalen Lehrformaten wie zum Beispiel Massive Online Open Courses ein. Zudem wollen wir durch eine Imagekampagne sowie Aufklärung mehr Personen mit beruflicher Qualifikation für hochschulische Angebote gewinnen sowie akademische Weiterbildungsangebote an unseren Hochschulen ausbauen. Um die wissenschaftliche Weiterbildung auf eine stabile Basis zu stellen, wollen wir einen Weiterbildungsfonds erproben.

Wir wollen die Hochschulen unseres Landes unter anderem mit Blick auf die Veränderungen durch den digitalen Wandel auch zu Orten für Weiterbildung für Berufstätige machen. Gerade weil die Hochschulen die Umstellung auf digitale Lehre in der Pandemie flächendeckend sichergestellt haben, gibt es jetzt eine Infrastruktur, die die Einrichtung eines digitalen Weiterbildungs-Campus an jeder Hochschule möglich macht. Langfristig unterstützen wir die Ausgründung von Fortbildungs-Akademien, die fortlaufend Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung entwickeln. Zudem werben wir dafür, dass unsere Hochschulen in Nordrhein-Westfalen in den Semesterferien ihre Räumlichkeiten für Weiter- und Fortbildungskurse im Sinne des lebenslangen Lernens zur Verfügung stellen.

Wissenschaftsfreiheit sichern
Die Wissenschaftsfreiheit ist für uns ein Fundament unserer Demokratie. Wenn im Rahmen externer Kooperationen die Wissenschaftsfreiheit eingeschränkt wird, sollen diese Kooperationen zukünftig beendet werden müssen. Die in Nordrhein-Westfalen existierenden Kooperationen mit den chinesischen Konfuzius-Instituten wollen wir unter dieser Maßgabe kritisch überprüfen.

Studieren für Menschen mit Beeinträchtigung erleichtern
Wir wollen die Chancengerechtigkeit für Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung verbessern, indem wir Hürden abbauen. Neben der Unterstützung der Hochschulen durch die Fortführung des Programms „Inklusive Hochschule NRW“ wollen wir mit Blick auf den zunehmenden Anteil digitaler Lehr- und Lernformate auch digitale Assistenzsysteme sowie die digitale Aufarbeitung von Lehr- und Klausurmaterialien bzw. deren Umwandlung in Brailleschrift ausbauen.

Agenda Hochschulbau
Zum Abbau des seit Jahren bestehenden Sanierungsstaus wollen wir Investitionen im Hochschulbereich erleichtern. Das Optionenmodell Bau im Hochschulfreiheitsgesetz war ein guter erster Schritt, den Hochschulen beim Bauen mehr Freiheiten zu geben und Bauvorhaben zu beschleunigen. Wir wollen eine „Agenda Hochschulbau“, in der die investitionshemmende Aufgabenverteilung zwischen unterschiedlichen Behörden, Ministerien sowie den Hochschulen neu strukturiert wird. Ziel soll sein, nicht nur zügiger den Sanierungsstau abzubauen, sondern auch veränderte Nutzungsanforderungen durch Digitalisierung in diese Betrachtungen einfließen zu lassen. Wir wollen, wo dies räumlich möglich und durch die Hochschulen gewollt ist, leerstehende Gebäude in Innenstädten bei der baulichen Entwicklung von Hochschulen einbeziehen. Für den Hochschulausbau zur praxisorientierten Forschung und zur Ausbildung von Fachkräften zur Gestaltung des Strukturwandels sollen auch Mittel des Strukturstärkungsfonds eingesetzt werden können.

Statt Abbrechen: Durchstarten
Ein Studienabbruch ist kein Makel. Viele Studienabbrecherinnen und Studienabbrecher bringen bereits durch das Studium erlangte Kenntnisse und Lebenserfahrung mit, die für Handwerk und Industrie von großer Bedeutung sind. Die bereits bestehenden Projekte wollen wir regional mit allen beteiligten Akteuren weiterentwickeln und noch stärker mit der Wirtschaft vernetzen. Auch auf jede Beendigung eines Studiums ohne Abschluss soll eine berufliche Perspektive folgen.

WIR WOLLEN EIN NRW, IN DEM MAN DURCH EIGENE LEISTUNG VORANKOMMEN KANN

ARBEIT, WEITERBILDUNG UND LEBENSLAUFHOHEIT

Wir wollen, dass jede und jeder Pilot und nicht nur Passagier des eigenen Lebens sein kann. Neugierde, Innovationsfreude und lebenslanges Lernen sowie der Wille, durch eigene Leistung voranzukommen, ermöglichen Fortschritt. Auch Zick-Zack-Biographien und ungewöhnliche Lebenswege müssen dabei möglich sein, weil nur die Suche nach dem eigenen Weg und dem eigenen Glück zählt.

Arbeit ist die Grundlage für Wohlstand. Lebenslange Qualifizierung und Weiterbildung sorgen für Aufstiegschancen. Die freie Wahl der Berufstätigkeit, nicht nur am Start, sondern auch während des gesamten Lebens, ist Ausdruck von Freiheit. Die Teilhabe am Erwerbsleben ist aber mehr als nur die Sicherung des Einkommens. Wer die für sich richtige berufliche Tätigkeit gefunden hat, der kann seine Talente entfalten und sich selbst verwirklichen.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für den Standort Nordrhein-Westfalen so gestalten, dass Arbeitsplätze gesichert werden und neue entstehen. Der Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen entwickelt sich seit 2017 besser als im Bund. Unser Ziel ist es, die Arbeitslosigkeit weiter zu reduzieren – und besser als der Bundesdurchschnitt zu werden.

Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern
Die Möglichkeit zum Einstieg in den Arbeitsmarkt ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Nur wer diesen schafft, kann durch fortlaufende Qualifikation auch aufsteigen und vorankommen. Wir wollen für Menschen mit Beeinträchtigungen, Fluchterfahrung und Einwanderungsgeschichte passgenaue Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration stärken. Wir wollen zudem Menschen ohne Schulabschluss und langzeitarbeitslosen Menschen mehr Chancen geben, um den gleitenden und schrittweisen Ein- und Aufstieg in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Wir wollen den Wechsel vom Mini- über den Midijob in eine reguläre Vollzeitstelle erleichtern, indem wir die Übergänge attraktiver gestalten.

Auf dem Weg zum Bürgergeld – Kommunen die Pauschalierung von Leistungen ermöglichen

Auf dem Weg zum liberalen Bürgergeld wollen wir, dass die Pauschalierung von Leistungen auch vor Ort genutzt werden kann. Deshalb treten wir dafür ein, dass das Land Nordrhein-Westfalen die bestehenden und künftigen bundesrechtlichen Möglichkeiten dazu ausschöpft. Insbesondere muss es auch in Nordrein-Westfalen für Kreise und kreisfreie Städte möglich werden, vor Ort in eigener Verantwortung die Kosten der Unterkunft und Heizung durch eine monatliche, kommunal differenzierte Pauschale an die Leistungsempfänger zu berücksichtigen.

New Work und digitale Arbeitswelt gestalten

Die Digitalisierung verändert alles: unser Leben, unser Lernen, unser Wirtschaften und auch unser Arbeiten. In der digitalisierten Arbeitswelt entstehen permanent neue Tätigkeitsfelder und neue Berufsfelder werden hinzukommen. Präsenz an einem festen Arbeitsplatz verliert in vielen Branchen an Bedeutung. Eine digitale Arbeitswelt braucht deshalb andere Regeln. Wir wollen, anknüpfend an die Ziele der neuen Bundesregierung, das Arbeitszeitgesetz flexibler gestalten und die Möglichkeiten für mobiles Arbeiten, auch nach der Pandemie, ausbauen und nicht durch komplizierte Vorgaben für Home-Office einengen. Niemand soll weniger Pausen machen oder mehr arbeiten als bisher, aber die Einteilung der Arbeitszeit muss flexibler möglich sein. Mehr Flexibilität kann für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Freizeit sorgen und gleichzeitig auch die Umweltbelastung reduzieren.

Analog zu den Angeboten für Unternehmen im Bereich Wissenstransfer und Vernetzung, zum Beispiel in der Kompetenzplattform KI.NRW oder dem Spitzencluster It´s OWL, wollen wir ein Labor „Arbeit 4.0“ gründen, um Austausch, Wissenstransfer und Modelllernen bei Themen der Arbeitswelt der Zukunft zu befördern. Wir wollen die Initiativen des Landes zur Fachkräftesicherung angesichts der Transformation der Arbeitswelt gemeinsam mit Kammern, Verbänden, Tarifpartnern und der Bundesagentur für Arbeit weiterentwickeln und dabei insbesondere branchen- und berufsspezifische Bedarfe (Leitbild für „Future Skills“), Best-Practice-Beispiele zum Wissenstransfer und eine Steigerung der Attraktivität tarifvertraglicher Ansätze in den Fokus nehmen.

Mehr Frauen in Führungspositionen

Wir setzen uns für mehr Vielfalt in Unternehmen und im öffentlichen Dienst ein und wollen mehr Frauen den Weg in Führungspositionen ermöglichen. Arbeitsmodelle wie geteilte Führung („Jobsharing“ und „Topsharing“) müssen selbstverständlich werden. Wir setzen uns dafür ein, dass weibliche wie männliche Beschäftigte bei gleichen Funktionen auch gleichermaßen für Weiterbildungen berücksichtigt werden. Wir wollen die Voraussetzungen für späte Berufskarrieren verbessern und die Möglichkeiten, auch in späteren Lebensphasen Ausbildungen und Abschlüsse nachzuholen, ausweiten.

Anerkennung für Familienzeit verbessern

Familienarbeit und insbesondere die Betreuung und Erziehung von Kindern ist eine wichtige Phase der Persönlichkeitsentwicklung. Verantwortung für Kinder und Familie zu übernehmen, stärkt auch die Bereitschaft und die Fähigkeit im beruflichen Kontext Führungsrollen einzunehmen. Deswegen wollen wir bessere Voraussetzungen für die Vereinbarung von Weiterbildung und Familie schaffen. Familienfreundliche Weiterbildungen steigern die Karrierechancen von Menschen, die auch zu Hause Verantwortung übernehmen. Gleichzeitig wollen wir auch die Chancen für den Wiedereinstieg nach Elternzeit oder einer familiären Pause erhöhen, indem wir das Steigern von Stundenzahlen in einer Teilzeitbeschäftigung und den Wechsel von einem Mini-Job bis hin zu einer regulären Beschäftigung attraktiver machen.

Zweites Bildungssystem für lebensbegleitendes Lernen

Lebenslange Weiterbildung hat in einer Welt im Wandel zentrale Bedeutung. Die Anforderungen der modernen Arbeitswelt in der Aus- und Weiterbildung sind groß, Zick-Zack-Lebensläufe und Erwerbsbiographien werden immer vielfältiger. Aus-, Fort- und Weiterbildung bleiben das ganze Leben Grundlage für sozialen Aufstieg und beruflichen Erfolg. Die Entscheidung für Weiterbildung darf nicht finanziell erschwert werden. Wir unterstützen deswegen die umfassenden Vorhaben der neuen Bundesregierung in diesem Bereich, vor allem die Schaffung ganz neuer Gamechanger-Instrumente wie

das Lebenschancen-Bafög. Mit dem Qualifizierungschancengesetz wurden zudem die Möglichkeiten zur beruflichen Weiterbildung von Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen bereits verbessert und deren Förderung ausgeweitet. Wir wollen zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit und den Sozialpartnern Information und Beratung ausbauen, um eine stärkere Inanspruchnahme dieser Möglichkeiten zu erreichen.

Wir wollen bei der Etablierung eines einheitlichen Zertifizierungsrahmens für Weiterbildungen vorangehen, um Qualität und Vergleichbarkeit zu sichern. Auch über die Kammern angebotene Fortbildungen sowie Angebote private Anbieter sollen einbezogen werden. Wir setzen uns zudem für einen aktiven Ausbau von modularen, digital gestützten und damit zeit- und ortsunabhängigen Weiterbildungsangeboten in Nordrhein-Westfalen ein, gerade auch durch die Hochschulen. Wir wollen eine Struktur des lebenslangen Lernens schaffen, die Angebote bestehender Bildungseinrichtungen zusammenführt, öffnet und erweitert. Beginnen wollen wir mit der Vernetzung bestehender Angebote, die die verschiedenen Träger – zum Beispiel VHS, IHK, Berufsschulen, Hochschulen – bereits vorhalten und die wir auf einer einfachen und übersichtlichen Online-Präsenz zusammenführen und „buchbar“ machen. Angebote des digitalen Fernausbildungszentrums werden hier integriert.

Weiterbildung ist Demokratiebildung
In unserer wissensbasierten Gesellschaft ist Bildung ein unverzichtbarer Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Für uns steht der mündige Mensch im Mittelpunkt und deshalb ist lebensbegleitendes Lernen für uns auch eine wichtige Voraussetzung für freie Meinungsbildung in unserer offenen Gesellschaft. Wir wollen die Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung – in der politischen Bildung, kulturellen Bildung und Familienbildung – deswegen weiter stärken.

GRÜNDERLAND NRW – STARKES UNTERNEHMERTUM

Klimaschutz, Digitalisierung und nicht zuletzt die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung wirken sich spürbar auf viele Wirtschaftszweige aus. Um die Wirtschaft erfolgreich weiter voranzutreiben, wollen wir neue Kräfte freisetzen. Gründerinnen und Gründer ebenso wie innovative Unternehmerinnen und Unternehmer sind die besten Zukunftsmacher. Ihnen wollen wir den Rücken freihalten und mit der Kraft der Marktwirtschaft dynamisch wachsen.

Die schnelle Entwicklung eines Impfstoffs gegen Covid-19 durch ein deutsches Forscherpaar zeigt: Harte unternehmerische Arbeit, Entschlossenheit und Erfindergeist können Großes bewirken. Davon brauchen wir mehr in Europa, Deutschland und in Nordrhein-Westfalen. Denn nicht der Staat hat die Ideen, die uns weiterbringen, sondern Menschen. Ihnen wollen wir eine innovative Umgebung für neue Ideen und unkonventionelle Ansätze schaffen. Wir wollen den Blickwinkel verändern, Chancen eröffnen und Risikobereitschaft belohnen. Etwas zu unternehmen und dann zu scheitern ist für uns kein Makel, sondern eine Chance, zu lernen. Wir setzen auf diejenigen, die Mut für Neues haben, und unterstützen sie – unabhängig von Alter und Lebensphase und unabhängig davon, ob sie in Ballungsräumen oder ländlichen Regionen wohnen.

Start-ups und Gründerkultur stärken
Nordrhein-Westfalen hat sich in den letzten Jahren mit starken Netzwerkpartnern unter dem Dach „Gründen.nrw“ zum Gründerland Nummer 1 entwickelt. Mit neuen Instrumenten wie dem Gründerstipendium und den Exzellenz-Start-up-Centern an führenden Universitäten des Landes setzt Nordrhein-Westfalen bundesweit neue Maßstäbe bei der Verwirklichung innovativer Ideen. Das NRW-Gründerstipendium hat sich mit nahezu dreitausend Stipendiatinnen und Stipendiaten zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt, die wir fortschreiben wollen. Diese Gründerinnen und Gründer konnten durch das Gründerstipendium neue Unternehmer werden und bereichern mit ihren Ideen so heute unsere Gesellschaft. Unser Ziel bleibt nicht nur, pro Jahr auch künftig mindestens 1.000 Gründerinnen und Gründer mit ihren innovativen Vorhaben finanziell und ideell zu unterstützen. Diesen Weg wollen wir auch konsequent ausbauen und weitergehen.

Gerade den Hochschulen kommt eine wachsende Bedeutung als Inkubatoren und Innovationstreiber in den regionalen Ökosystemen zu. Gleichzeitig fördern wir die DigitalHubs zum schnellen Austausch zwischen Gründern und Mittelstand. Wir wollen diese Start-up-Politik weiter ausbauen und ihre internationale Sichtbarkeit erhöhen.

Hierbei wollen wir auch ganz junge Gründerinnen und Gründer noch stärker fördern. Andere Länder sind uns bei Gründungen von Menschen unter 25 Jahren voraus – hier wollen wir dringend aufholen und Schülerinnen und Schüler bereits frühzeitig an Unternehmertum heranführen. Initiativen wie StartUp Teens und IW Schülerfirmen sind der richtige Weg dafür. Gründen ab 16 Jahren muss leichter möglich werden. Darüber hinaus ermutigen wir Gründungen im Handwerk mit der Meistergründerprämie, deren Bereitstellung wir deutlich vereinfacht und im Umfang erhöht haben.

Im Bereich des Social Entrepreneurship (Soziales Unternehmertum) tragen Unternehmen konkret dazu bei, mehr Chancengerechtigkeit für Menschen in allen Lebensphasen zu ermöglichen. Hier werden die Chancen unternehmerischer Freiheit in besonderer Weise mit gesellschaftlicher Verantwortung verbunden. Deswegen wollen wir Social Entrepreneurship in Nordrhein-Westfalen weiter stärken, indem wir spezifische Fortbildungen in der Gründungsberatung ausbauen und Gründerinnen und Gründern in diesem Bereich helfen, sich besser zu vernetzen.

Zudem werden wir uns dafür einsetzen, in den ersten beiden Gründungsjahren Beitragsfreiheit in den Kammern einzuführen. Eine Pflicht zur Mehrfach-Kammerzugehörigkeit soll es nicht geben.

Chancenkapital weiter ausbauen
Wir wollen die Bedingungen für Akzeleratoren, Business Angels und Wagniskapital-Fonds weiter verbessern, um Start-ups in der Gründungs- und Wachstumsphase Entwicklungsmöglichkeiten jenseits staatlicher Finanzierungswege zu ermöglichen. Dazu gehört auch, dass Nordrhein-Westfalen attraktiver für Venture Capital Investoren wird. Hier konnten wir die Investitionen gegenüber 2017 bereits mehr als verdoppeln – ein wichtiger Fortschritt, der jedoch nicht ausreicht. Wir wollen den Standort und seine Start-ups auch international noch attraktiver machen und haben dafür das Scale-Up Programm.NRW angestoßen und begrüßen die Verstärkung der Venture Capital-Aktivitäten der NRW-Bank unter der neuen Dachmarke NRW.Venture.

Wir wollen es darüber hinaus Start-ups erleichtern, sich an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen. Grundsätzlich soll die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Start-ups – wo immer möglich – weiter verbessert werden.

Mehr Gründerinnen für Nordrhein-Westfalen
Wir streben einen weiteren Ausbau der Gründerinnenstruktur an. Wir wollen bundesweit führend beim weiblichen Unternehmertum werden. Das vom Land geförderte Projekt „Women Entrepreneurs in Science“ (WES) an der Bergischen Universität Wuppertal wollen wir weiterhin dabei unterstützen, ein landesweites Netzwerk gemeinsam mit den NRW-Hochschulen aufzubauen. Durch neue Veranstaltungsformate wollen wir landesweit noch mehr Gründerinnen und Gründungsinteressierte erreichen und motivieren, ihre innovativen Ideen umzusetzen. Wir setzen uns auch dafür ein, mehr Investierende zu gewinnen, die Gründerinnen mit dem notwendigen Startkapital ausstatten.

WIRTSCHAFT UND INDUSTRIE

Nordrhein-Westfalen ist ein starker Wirtschaftsstandort im Herzen von Europa. Unsere hier ansässigen Unternehmen und die dort Beschäftigten sorgen dafür, dass wir eine prosperierende Region sind und bleiben. Unsere Unternehmen sind es, die Arbeitsplätze, Aufstiegschancen und Karrieremöglichkeiten für die Menschen bieten. Aufgabe der Politik ist es, die richtigen Rahmenbedingungen dafür zu setzen und den Strukturwandel, insbesondere im Ruhrgebiet und im Rheinischen Revier, erfolgreich zu gestalten. Wir

wollen ein Land der Strukturwandel-Gewinner werden. Veränderung darf kein Angstwort sein, sie muss als Chance verstanden und ergriffen werden. Die Jahrhundertaufgabe einer Transformation des Rheinischen Reviers wollen wir zu einer Jahrhundertchance machen und dafür sorgen, dass sich in der Region der erfolgreichste Strukturwandelprozess Europas vollzieht.

Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Jahren durch mutige Reformen bei Wachstum und Beschäftigung kräftig aufgeholt. Blieb das größte Industrieland Deutschlands beim Wachstum zwischen 2011 bis 2016 um jährlich 0,6 Prozent gegenüber dem Bundesdurchschnitt zurück, läuft die Wirtschaft seit 2018 um durchschnittlich 0,2 Prozent besser als im Bund. Die Überwindung der Wachstumslücke hat einen starken positiven Effekt auf den Arbeitsmarkt. So sank die Arbeitslosigkeit schneller als im Bund und seit 2018 entstanden insgesamt mehr als 400.000 neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Diesen Weg neuer Chancen wollen wir beherzt fortsetzen und den Vorsprung ausbauen. Auch bei den Investitionen haben wir aufgeholt. Nordrhein-Westfalen ist wieder attraktiver Investitionsstandort – und auch hier wollen wir in die Spitzengruppe. Denn Nordrhein-Westfalen ist Heimat global erfolgreicher Großunternehmen in der Industrie, hochinnovativer mittelständischer Familienunternehmen teils seit Hunderten von Jahren und ist in den letzten Jahren Spitzen-Gründerland geworden – alles in einem Bundesland. Was haben wir für Möglichkeiten, wenn wir alle drei Stärken kombinieren und durch bessere Rahmenbedingungen noch weiter ausbauen.

Innovation als Schlüssel nutzen

Auch bei Forschung und Entwicklung wollen wir noch stärker aufholen. Die privaten und staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung konnten bereits leicht erhöht werden, sollen bis 2030 aber einen Anteil von 3,5 Prozent am Bruttoinlandsprodukt erreichen. Dieses ambitionierte Ziel der neuen Innovationsstrategie des Landes wollen wir erreichen und die konkret aufgezeigten Maßnahmen für den Weg dorthin umsetzen. Als Land exzellenter Hochschulen und Forschungseinrichtungen, zahlreicher Weltmarktführer im Mittelstand, weltweit agierender Konzerne und innovativer Start-ups haben wir beste Chancen, zum Innovationsführer zu werden. Der Innovationsbericht und die Innovationsstrategie zeigen, in welchen Themen und Handlungsfeldern wir noch besser werden können, um dieses Potenzial zu erschließen: Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Klimaschutz, Resilienz und innovative Geschäftsmodelle wollen wir stärken und nutzen, um in den Bereichen, in denen wir bereits große Kompetenz im Land haben, voranzukommen.

Wir wollen die Wirtschaftskraft des Landes als Kraft der Erneuerung nutzen, für individuelle Zukunftschancen, nachhaltiges und generationengerechtes Wachstum und als Motor des Fortschritts – gerade nach der Pandemie und ihren Folgen. Dies erfordert eine Finanzpolitik, die steuerliche Belastungen für die Menschen und Betriebe im Land so gering wie möglich hält und, wo möglich, senkt. Nur so können in den Betrieben Innovationen vorangetrieben und neue innovative Unternehmen für den Standort gewonnen werden.

Industrie ist Zukunft

Die Industrie ist ein wesentlicher Grundpfeiler für Wertschöpfung und Innovation. Sie verfügt über beste Zukunftschancen. Um diese freizusetzen und auch zukünftig Industriestandort Nr. 1 zu bleiben, braucht es eine Transformation hin zu einer klimafreundlichen Industrie. Dabei ist es unser Anspruch, Vorreiter und Vorbild für andere zu sein. Nordrhein-Westfalen wollen wir zum modernsten, klima- und umweltfreundlichsten Industriestandort Europas machen.

Mit dem Industriepolitischen Leitbild haben wir gemeinsam mit der Wirtschaft und den Sozialpartnern ein starkes und zukunftsorientiertes Bekenntnis zum Industriestandort Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Die Rahmenbedingungen für Akzeptanz und Entwicklung der Industrie wollen wir künftig verbessern, indem wir an den Schlüsselthemen des Industriepolitischen Leitbildes weiterarbeiten: digitale Infrastruktur, Innovations- und Forschungsförderung, Investitionsklima, Flächenentwicklung, Klima- und Umweltfreundlichkeit, Circular Economy und Transfer von Wissenschaftsfortschritt in Unternehmen.

Wir setzen auf einen Transformationsdialog zur Zukunft der Industrie, um Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter der industriellen Transformation zu machen. Entscheidende Grundlage dafür ist, dass sich die Landesregierung, Kammern, Unternehmens- und Wirtschaftsverbände wie auch Gewerkschaften in der „Düsseldorfer Erklärung“ zur Umsetzung des Industriepolitischen Leitbildes und zur chancenorientierten Transformation der nordrhein-westfälischen Industrie bekannt haben. Die herausragenden Kompetenzen der Industrie als „Ermöglicherin“ von Klimaneutralität und Innovation wollen wir daher noch sichtbarer machen und unterstützen. So wollen wir eine gesteigerte gesellschaftliche Akzeptanz und Transparenz der Zukunfts- und Innovationsfähigkeit der Industrie erreichen und die Standortqualität des Industrielandes Nordrhein-Westfalen steigern.

Ökonomie und Ökologie in Einklang bringen

Durch die feste Verankerung des Klimaschutzes im Wirtschafts-, Digitalisierungs-, Innovations- und Energieministerium haben wir gezeigt, dass Klimaschutz und Wirtschaft kein Widerspruch sind – sondern sich vielmehr bestens ergänzen. Wir haben die Investitionen in Klimaschutz mehr als versiebenfacht, weil wir die Treibhausgasemissionen schneller senken müssen und uns damit zugleich wichtige Zukunftschancen für die Industrie der Zukunft erschließen. Wir setzen auf die Entwicklung und Implementierung modernster Technologien und Prozesse sowie neuester Produkte. Wir sehen in der nordrhein-westfälischen Industrie dafür einen starken Motor und Problemlöser. Die steigenden Preise für viele Materialien und Vorprodukte gerade in jüngster Zeit unterstreichen die wachsende Bedeutung von Sekundärrohstoffen sowohl für den Klimaschutz als auch für die Ressourcensicherheit und -bezahlbarkeit. Über das bisherige Recycling deutlich hinaus unterstützen wir die Entwicklung einer zirkulären Wirtschaft, die das Wiederverwerten bereits beim Produktdesign zu Beginn der Wertschöpfungskette mitdenkt. Wir wollen das Circular Valley in Wuppertal und vielen Unternehmensinitiativen unter dem Dach des NRW-Thinktanks IN4climate als Kerne für den weiteren landesweiten Ausbau nutzen.

Beste Rahmenbedingungen für fairen Wettbewerb schaffen

Wir wollen günstige Rahmenbedingungen schaffen, damit die handelnden Akteure eigenständig den Transformationsprozess der Industrie gestalten können und über beste Wettbewerbsbedingungen verfügen. Ziel muss dabei sein, dass die Industrie umfassende Investitionen tätigen kann und mit ihren innovativen Produkten, Verfahren und Prozessen weltweiter Impulsgeber ist. Hierfür setzen wir auf gezielte Initiativen und Maßnahmen wie den Abbau überflüssiger bürokratischer Vorgaben und beschleunigte Genehmigungs- und Planungsverfahren. Darüber hinaus wollen wir die Voraussetzungen für ein verbessertes Fachkräfteangebot, insbesondere durch gezielte Einwanderung, und eine verlässliche und wettbewerbsfähige Energieversorgung schaffen.

Innovative Industriepolitik und Technologieführerschaft

Die große Innovationsstärke des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen wollen wir weiter ausbauen. Dafür setzen wir auf Schlüsseltechnologien sowie Basisinnovationen und wollen die dichte Forschungslandschaft in Nordrhein-Westfalen hierfür nutzen. Beim Transformationsprozess hin zur klimaneutralen Industrie wollen wir alle neuen Technologien gleichermaßen fördern und keine einseitig bevorzugen. Technologieoffenheit ist die Voraussetzung, um die besten Lösungen zu finden.

Transformation finanzieren

Die digitale und klimaneutrale Transformation erfordert Investitionen in hohen Milliardenbeträgen, die vor allem von der Wirtschaft gestemmt werden müssen. Kluge Ideen, zukunftsträchtige Geschäftsmodelle und nachhaltig wirkende Investitionen benötigen eine erfolgreiche Finanzierung, vor allem in der Energiewirtschaft, der Industrie, der Verkehrs- und der Wohnungswirtschaft. Die 2020 ins Leben gerufene Finanzplatzinitiative Fin.Connect.NRW bringt Betriebe, Kreditwirtschaft, Versicherungen und andere Investoren zusammen, um Impulse zu setzen, Projekte anzustoßen und Chancenkapital zu mobilisieren. Damit die Transformationsfinanzierung gelingt, wollen wir diese Initiative weiter stärken.

Automobil- und Automobilzulieferindustrie stärken

Die Automobilindustrie befindet sich aktuell in einem umfassenden Strukturwandel. Dank der dynamisch wachsenden Produktion von Elektroantrieben hat Nordrhein-Westfalen gute Chancen, ein Gewinner dieser Entwicklung zu werden. Nordrhein-Westfalen ist als Standort vieler Zuliefererunternehmen, die eng in automobile Wertschöpfungsketten eingebunden sind, sowie etablierter und neuer Fahrzeughersteller besonders von den aktuellen Entwicklungen betroffen. Wir wollen die Chancen des Wandels hin zu emissionsarmer Mobilität nutzen und setzen dabei sowohl auf den Anspruch eines Vorreiterlandes für batterieelektrische Mobilität als auch auf wasserstoffbasierte Antriebe und die Entwicklung und Herstellung synthetischer Kraftstoffe, die vielfach bereits heute ohne technische Umrüstung in herkömmlichen Verbrennungsmotoren verwendet werden können. Innovationen wollen wir technologieoffen fördern. Unser Ziel ist, eine nachhaltig erfolgreiche Industrie für die Mobilität der Zukunft am Standort zu entwickeln und die damit verbundenen hochwertigen Arbeitsplätze langfristig zu sichern.

Logistikstandort Nordrhein-Westfalen stärken

Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen Logistikstandort Nr. 1 in Deutschland bleibt. Die Versorgungssicherheit der Industrie soll dabei gewährleistet werden. Wir setzen dabei auf eine funktionierende Wettbewerbslandschaft von Häfen, Operatoren und Logistikern. Das Hafengesetz ist ein zentrales Instrument, um den Güterverkehr zu sichern und dessen Leistungsfähigkeit auszubauen. Wir wollen die Häfen als Drehkreuz für Wasser, Schiene und Straße mit einzelnen weiteren Hafenplätzen einfach und zügig ausbauen. Durch die Entwicklung einer Logistikstrategie NRW, die Infrastrukturfragen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie die Interessen der verschiedenen beteiligten Akteure verbindet, wollen wir Lieferketten stärken. Die Anwendung der Blockchain-Technologie soll hierbei umfassend einbezogen werden.

Internationaler Wirtschaftsstandort bleiben

Nordrhein-Westfalens Wirtschaft ist exportstark und lebt von der internationalen Vernetzung. Im Herzen Europas wollen wir auch der international führende Wirtschaftsstandort sein. Wir werden über NRW.Global Business unsere Standortförderung und -werbung ausbauen und das internationale Netz weiterspannen. Mit einer konsequenten Einbindung der Standortvorteile des grenzüberschreitenden Großraums Belgien-Niederlande-Nordrhein-Westfalen werden wir die Attraktivität des Investitionsstandorts Nordrhein-Westfalen weiter erhöhen. Auf der Grundlage der neuen Außenwirtschaftsstrategie wollen wir die Investorenanwerbung und -pflege stärker auf die Zukunftsthemen wie Digitalisierung, Klimaschutz, Energiewende, Innovationsmärkte und Start-up-Kultur ausrichten. Wir werden uns auf Bundes- und europäischer Ebene für eine multilaterale, regelbasierte Wirtschafts- und Handelsordnung stark machen, die sich an der Offenheit von Märkten und dem freien Handel auch mit problematischen Partnern auf Gegenseitigkeit orientiert.

Heute die Fachkräfte von morgen gewinnen

Die Sicherung der Fachkräftebasis ist für die Wirtschaft die größte Herausforderung der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Auch die digitale und klimaneutrale Transformation gelingt nur, wenn qualifizierte und kreative Köpfe daran arbeiten können, Lösungen zu entwickeln, zu planen und umzusetzen. Damit die Betriebe auch in den kommenden Jahren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen finden, wollen wir alle Kräfte mobilisieren. Wir setzen auf Bildung, auf Integration, auf Teilhabe und auch auf qualifizierte Zuwanderinnen und Zuwanderer. Die MINT-Fächer und digitale Kompetenzen wollen wir weiter stärken. Nachdem wir durch das Azubi-Ticket bereits junge Menschen im ganzen Land mobil gemacht haben, wollen wir im nächsten Schritt mehr Wohnraum für Azubis schaffen.

HANDWERK, MITTELSTAND UND FREIE BERUFE

Kleine und mittelständische Betriebe leben eine hohe soziale Verantwortung. Gerade in der Krise haben sie dies, vor allem auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, gezeigt. Deswegen wollen wir alles daransetzen, es diesen Unternehmerinnen und Unternehmern mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern so einfach wie möglich zu machen. Damit sie voll durchstarten können, brauchen sie vor

allem Freiheiten zum Wirtschaften durch Entlastungen bei Bürokratie und Regulierung sowie Frei- und Spielraum für Investitionen.

Die Corona-Krise hat etablierte wirtschaftliche Strukturen vor enorme Herausforderungen gestellt. Die während der vergangenen Monate gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse wollen wir nutzen, um unsere Wirtschaft krisenfester zu machen und eine insgesamt bessere Krisenresilienz zu verankern. Wir wollen eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, bei der sich der Staat wieder darauf konzentriert, Rahmenbedingungen vorzugeben, statt alle Lebensbereiche im Detail zu steuern.

Die Zukunft der mittelständischen Unternehmen, die das Rückgrat unserer Wirtschaft sind, wird wesentlich von diesen Rahmenbedingungen abhängen. Dabei wird es nicht zuletzt darauf ankommen, die richtigen politischen Maßnahmen zu treffen, damit die vielen anstehenden Unternehmensnachfolgen erfolgreich gestaltet werden können.

Digitalisierung des Mittelstands fördern
Wohlstand kann nur dann gesichert werden, wenn Unternehmen innovative Produkte und Dienstleistungen entwickeln. Dies setzt voraus, dass der Mittelstand die Potenziale der Digitalisierung umfassend nutzt. Zur Förderung der Digitalisierung des Mittelstands haben wir das Förderprogramm Mittelstand Innovativ & Digital (MID) ins Leben gerufen. Dieses Programm wollen wir weiterführen und ausbauen.

Entfesselungsoffensive fortsetzen
In Regierungsverantwortung haben wir bereits neun ambitionierte Entfesselungspakete auf den Weg gebracht, die Bürgerinnen und Bürger, Betriebe und Beschäftigte von unnötiger Bürokratie befreien und verbesserte wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen schaffen. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen und für einen echten Bürokratiedeckel sorgen. Mit dem Entfesselungspaket IX haben wir die Grundlage dafür geschaffen, dass zukünftig neue zusätzliche Bürokratiebelastung erst gar nicht entstehen kann. Dafür führen wir als erstes Bundesland das verpflichtende One-in-One-out-Prinzip ein. Das bedeutet, dass für jede neue Regelung eine alte, nicht mehr notwendige Regelung wegfallen muss. Wir sichern, dass europäische Regulierungsvorgaben nur noch 1:1 umgesetzt und nicht mit weiteren landesrechtlichen Regulierungen verschärft werden. Zudem führen wir den „Best-Practice“-Grundsatz ein, der die Landesregierung verpflichtet, sich bei allen Maßnahmen an den einfachsten und effizientesten Beispielen anderer Länder zu orientieren. Wir werden zudem eine Verpflichtung zu einheitlichen und bürgerfreundlichen Rechtstexten verankern. Damit schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass Verwaltungsleistungen auch unter Einsatz von Künstlicher Intelligenz besser digitalisiert werden können. Diese wollen wir nutzen. Wir wollen zudem Genehmigungsprozesse auch durch größere Handlungsspielräume für Wirtschaftsakteure vereinfachen. So werden wir die verantwortungsvolle Einführung einer „kleinen Bauvorlageberechtigung“ für Maurer, Zimmerer und Metallbauer im Sinne der Baubeschleunigung nutzen. Eine solche Bauvorlageberechtigung könnte gerade bei akuten Bedarfen wie dem Wiederaufbau spürbare Entlastung schaffen. Wir wollen außerdem den Arbeitsschutz stärker an der betrieblichen Praxis ausrichten. Wir haben Entfesselungsimpulse auf Bundesebene angestoßen wie ein Belastungsmoratorium für die Wirtschaft, die Anhebung der Zuverdienstgrenzen und die Vereinfachung von Dokumentationspflichten und unterstützen die Umsetzung auf Bundesebene.

Landesentwicklungsplanung für ein Land auf Wachstumskurs
Wir haben den Landesentwicklungsplan (LEP) weiterentwickelt, um ihn von einem Verhinderungsinstrument zu einem Ermöglichungsinstrument zu machen und haben Fesseln vor allem für die Verwirklichung von Gewerbegebieten gelöst. Wir wollen nun konsequent weitere Schritte gehen und den LEP deutlich entschlacken. Ziel ist, die immer noch kleinteiligen Vorgaben zu beseitigen und mehr Verantwortung auf die regionale und kommunale Ebene zu verlagern. Vor allem im Standortwettbewerb auch zu benachbarten Ländern enthält der LEP für die Entwicklung von Gewerbeflächen immer noch zu viele Restriktionen. So gibt die Flächenbedarfsberechnung eine Bedarfsberechnungsgrundlage vor, die für eine angebotsorientierte Planung nicht ausreicht. Der LEP beinhaltet nach wie vor

Anschlussverpflichtungen, die den Anforderungen an die Bereitstellung von großen Flächen für industrielle Nutzung nicht entsprechen. Daher wollen wir einen investitionsfreundlichen Flächenpool, der bedarfsgerecht für attraktive Flächen eingesetzt werden kann. Zudem soll der LEP der Vielschichtigkeit und Unterschiedlichkeit des großen Flächenlandes Nordrhein-Westfalen Rechnung tragen. Anforderungen des Natur- und Artenschutzes sowie des Freiflächenschutzes sind in den verschiedenen Teilregionen des Landes sehr unterschiedlich. Hier wollen wir größere Spielräume für die Regionen. Wo das Raumordnungsgesetz des Bundes Fesseln anlegt, wollen wir konkrete Vorschläge machen, um diese zu lösen.

Das Handwerk stärken

Wir wollen den „Innovationsdialog Handwerk NRW“ weiter vorantreiben. Das Projekt strukturiert die Rahmenbedingungen im Dialog für die wichtigen Zukunftsthemen des Handwerks, wie Technologie, Innovationstätigkeit und Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Fachkräftesicherung, und bringt konkrete Verbesserungen voran. Der „Innovationsdialog Handwerk“ soll dazu beitragen, die Zukunftspotenziale des Handwerks zu identifizieren, sichtbar zu machen und daraus möglichst konkrete Handlungsalternativen abzuleiten. Damit wollen wir das Handwerk bei seinen Transformationsprozessen gezielt unterstützen und die im Prozess eingebundenen Handwerksorganisationen, Forschungseinrichtungen, Betriebe und ausgewählte Arbeitsmarktakteure intensiv begleiten und stärken.

Lokale Wirtschaft und Mittelstand stärken

Kleine und mittelständische Betriebe, das Handwerk und die Freien Berufe sind das wirtschaftliche Rückgrat vieler Gemeinden und Kommunen. Sie sind lokal verwurzelt, erhalten und schaffen Arbeitsplätze, leisten einen erheblichen Beitrag zur Gemeindefinanzierung und fördern Kultur und Sport. Viel mehr noch sind viele dieser Betriebe Keimzelle für neue Ideen und Innovationen. Dafür brauchen sie die Kommunalverwaltungen vor Ort als Partner, die ihre Entwicklung unterstützen und nicht behindern. Rechtsunsicherheiten und neuen Bürokratieaufwand für Unternehmen, z.B. infolge von abweichenden Überprüfungs-, Genehmigungs- und Servicepraktiken kommunaler Behörden, wollen wir durch einheitliche, unbürokratische Vorgaben bzw. einen mittelstandsorientierten Best-Practice-Vollzug, ggf. zunächst erprobt in kommunalen „Reallaboren“, wo immer möglich vermeiden.

Stationären Handel stärken

Der Einzelhandel ist nach wie vor prägend für das Bild unserer Städte und ein Anker für die lokale Wertschöpfung. Damit der traditionelle Handel im Wettbewerb mit den großen Digitalplattformen bestehen kann, wollen wir uns für die Flexibilisierung und Entbürokratisierung städtebaurechtlicher und verwaltungstechnischer Vorgaben einsetzen. Außerdem werden wir den Einzelhandel dabei unterstützen, die Transformation zu gestalten und hybride Vertriebswege – analog und digital – zu erschließen. So lassen sich Synergien zwischen Einkaufserlebnis, stationärer Beratung und bequemer digitaler Bestellung nutzen.

Sonntagsöffnungen ermöglichen

Im Gegensatz zum Einzelhandel hat der Online-Handel 24 Stunden und 7 Tage die Woche geöffnet. Wir wollen die stationären Ladengeschäfte stärken, indem wir im Rahmen der verfassungsrechtlichen Grenzen mehr Sonntagsöffnungen ermöglichen. Wir wollen den Kommunen ermöglichen, pro Monat einen verkaufsoffenen Sonntag auszuweisen. An diesem können Kommunen leichter Veranstaltungen in der Innenstadt durchführen, Innenstädte durch Sonderkapazitäten des Öffentlichen Personennahverkehrs besser erreichbar machen und zusätzliche Parkflächen ausweisen.

Tourismus in Nordrhein-Westfalen stärken

Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Nordrhein-Westfalen mit mehreren hunderttausend Beschäftigten. Wir wollen die Tourismuswirtschaft nachhaltig stärken. Dafür setzen wir auf Zukunftskonzepte für die gesamte touristische Wertschöpfungskette – vom Gastgewerbe über den Einzelhandel bis hin zu weiteren Dienstleistungen. Motor des Tourismus ist auch der Ausbau der digitalen

Infrastruktur, der den Anschluss an den wachsenden Online-Reisemarkt sichert und die Entwicklung kreativer und innovativer Reisedienstleistungen ermöglicht.

Freie Berufe fördern
Die Freien Berufe sind eine der tragenden Säulen einer qualitativ hochwertigen Dienstleistungsbranche sowie eines starken und innovativen Mittelstands. Sie tragen erheblich zur nordrhein-westfälischen Wertschöpfung bei. Wir wollen die Freien Berufe weiter stärken, unter anderem durch spürbare Bürokratieentlastungen sowie die weitere Unterstützung des Instituts der Freien Berufe. Die hohe Qualität der Freien Berufe wollen wir dabei schützen und das Berufsrecht so ausgestalten, dass sie leichter innovative Produkte entwickeln können.

BAUEN UND WOHNEN

Uns treibt an, jede und jedem die Chance zu geben, die eigenen individuellen Träume zu verwirklichen. Dazu gehört auch das eigene Zuhause. 80 Prozent der Menschen möchten am liebsten Eigentümerin und Eigentümer sein, allerdings kann sich nicht einmal die Hälfte derzeit diesen Wunsch erfüllen. Wir wollen Nordrhein-Westfalen deswegen zum Land der Eigentümerinnen und Eigentümer machen. Durch eigene Leistung voranzukommen bedeutet für uns auch, mit dem Ertrag dieser Leistung den eigenen Lebensstandard gestalten und wesentlich zur eigenen Altersvorsorge durch Wohneigentum beitragen zu können. Insgesamt wollen wir den Wohnungsbau in allen Formen – freifinanziert, gefördert und selbstgenutzt – sowohl durch Neubau als auch durch Wohnraumschaffung im Bestand vorantreiben. Das hilft auch denjenigen, die lieber zur Miete wohnen möchten – mit einem breiteren Angebot und entsprechend günstigeren Mietpreisen. Wir wollen das Bauen weiter erleichtern und beschleunigen, insbesondere in stark nachgefragten, urbanen Gebieten. Wir setzen aber auch auf neue Modelle, um die Eigentumsquote und gerade auch die Vermietungsquote zu steigern.

Der schonende Gebrauch von Flächen und die Rücksicht auf ökologisch wichtige Grünstreifen in unseren Städten ist für uns selbstverständlich, auch mit Blick auf die Herausforderungen bei Starkregenereignissen und Hochwasser. Eine der Umgebung angepasste Nachverdichtung in urbanen und stark nachgefragten Gebieten ist dafür ein wichtiges Instrument, für das wir Anreize verstärken wollen. Innovative und nachhaltige Bauprodukte und -methoden leisten ebenfalls einen Beitrag zum Umweltschutz. Statt auf Verbote setzen wir auf intelligente und innovative Lösungen, die alle berechtigten Interessen verbinden statt sie gegeneinander auszuspielen.

Nordrhein-Westfalen ist geprägt von ganz verschiedenen Regionen. Wir wollen das ganze Land entwickeln. Der ländliche Raum muss attraktiv fürs Wohnen und auch die Ansiedlung von Gewerbe sein und bleiben – mit einer Infrastruktur, die eine adäquate Versorgung ermöglicht. Gleichzeitig wollen wir unsere Städte als moderne Zentren weiterentwickeln und lebenswert halten.

Mehr Wohneigentum ermöglichen
Wir wollen, dass sich mehr Menschen den Traum vom Eigenheim verwirklichen können. Die niedrige Eigentumsquote liegt auch an steigenden Bau- und Grundstückskosten und einer hohen Grunderwerbsteuer. Wir wollen deshalb die Baunebenkosten für selbstgenutztes Wohneigentum senken.

Das Landesprogramm über 400 Millionen Euro zur Entlastung beim Kauf von selbstgenutztem Wohneigentum ist deswegen ein wichtiger Schritt. Wir begrüßen, dass die neue Bundesregierung für die Länder endlich die rechtliche Möglichkeit zur Einführung eines Freibetrags schaffen will. Wir werden diese Möglichkeit dann unverzüglich für Nordrhein-Westfalen nutzen und schnellstmöglich einen Freibetrag für den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum einführen, um so insbesondere auch junge Familien beim Eigentumserwerb zu entlasten und dafür zu sorgen, dass so beim Traum der selbstgenutzten Immobilie in den meisten Fällen gar keine Grunderwerbsteuer mehr anfällt. Neben dem priorisierten

Projekt des Freibetrags setzen wir uns in einem zweiten Schritt für eine spürbare Senkung der Grunderwerbsteuer und damit für eine allgemeine Entlastung ein.

Wir wollen durch einen sozialen Wohnungskauf mehr Mieter zu Eigentümern machen. Wir setzen hierbei auf verschiedene Modelle, die auch Menschen, die es sich bisher nicht leisten können, den Erwerb von Wohneigentum ermöglichen. Eigenkapitalersetzende Darlehen, Tilgungszuschüsse und Zinsverbilligungen sind hierfür Ansatzpunkte, für die wir uns auch auf Bundesebene weiterhin einsetzen. Ziel hierbei ist nicht, privates Wohneigentum staatlich zu finanzieren, es soll vielmehr ein Rahmen geschaffen werden, in dem eine Finanzierung aus eigener Kraft möglich wird. Wir unterstützen zudem die Weiterentwicklung und Erprobung von Mietkauf-Ansätzen, die aus Käufer- wie Verkäufersicht ökonomisch sinnvoll sind.

Wir wollen eine Offensive für mehr Bauland. Neben der Initiative Bau.Land.Leben und der Verdoppelung des Finanzrahmens für die kooperative Baulandentwicklung wollen wir landeseigene Flächen, wo immer möglich und sinnvoll, zusätzlich als Bauland mobilisieren. Weitere Baumöglichkeiten sollen durch Baulückenkataster und eine systematische Erfassung von Nachverdichtungspotenzialen erkannt werden. Aber auch das Wachstum von Städten und Gemeinden durch Arrondierung von Wohnbauflächen oder im Einzelfall durch Bau neuer Stadtteile unterstützen wir. Bei der Entwicklung knapper innerstädtischer Flächen wollen wir sicherstellen, dass neben freier Bebauung auch ein Anteil für sozialen Wohnungsbau vorgesehen wird.

Die Fesseln im Landesentwicklungsplan, die neues Bauland verhindert haben, haben wir gelöst. Die Regionalpläne können jetzt mehr Flächen für den Wohnungsbau ausweisen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese neuen Freiheiten jetzt genutzt werden, um auch für junge und wachsende Familien angemessenen Wohnraum im Eigentum oder zu erschwinglichen Mieten anbieten zu können.

Hochhinaushäuser bauen

In angespannten Wohnungsmärkten und Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen wollen wir Leuchttürme für neuen Wohnraum und Aufstiegschancen schaffen. Hierzu sollen Hochhäuser nach höchsten ökologischen und städtebaulichen Standards in innovativer Bauweise entwickelt werden. Über Vereinbarungen mit Investoren sollen konkrete Anteile für mietpreisgebremsten und mietpreisgebundenen Wohnraum festgelegt werden. Die Abweichung von der Begrenzung auf sieben Geschosse soll für innovative und architektonisch ansprechende Mehrzweck-Hochhäuser genutzt werden – das Gegenteil von neuem Plattenbau. Unser Ziel dabei ist eine vertikale Quartiersentwicklung durch die Verknüpfung des Wohnraums mit Bildungs- und Teilhabeangeboten wie einer Kita im Haus, einem Quartiersmanager und kleinem Einzelhandel. Auch innovative Versorgungsansätze wie „Vertical Farming“ sollen integriert werden können. Wir sind überzeugt, dass in Deutschland die Möglichkeiten vom Bauen in die Höhe bei weitem nicht ausgeschöpft werden – und dass diese, maßvoll eingesetzt, eine Chance für faszinierende Stadtentwicklung sein können. Zudem waren bereits im letzten Jahrhundert „Arbeitersiedlungen“ etwa im Rahmen des „Neues Bauen“ begeisternde Vorbilder der Stadtentwicklung, an denen sich die besten Architekten beteiligten und die oft heute noch als Architekturdenkmäler strahlen. Laden wir doch auch im 21. Jahrhundert wieder die besten Architekten der Welt ein, soziale Transformation und Aufstiegschancen auch durch Architektur zu befördern, statt sich vor allem außerhalb Europas zu verwirklichen.

Innovatives Bauen stärken

Um günstiger und ressourcenschonender bauen zu können, setzen wir auf neue Entwicklungen in der Baubranche. Moderne Bautechnologien wie den 3D-Druck und BIM-Systeme (Building Information Modeling) zur digitalen Planung, zum Bau und zur Instandhaltung von Gebäuden haben wir in den letzten Jahren bereits stark gefördert und ausgebaut. In den nächsten Jahren wollen wir innovatives und nachhaltiges Bauen zusätzlich befördern. Wir wollen die Entwicklung und Nutzung neuer Baustoffe vorantreiben und zukunftsfähige Konzepte wie etwa „Cradle to Cradle“ nutzen. Bei diesem ökoeffizienten Lösungsansatz werden die genutzten Ressourcen am Ende ihrer Lebensdauer wieder dem Stoff- und Materialkreislauf zugeführt. Dieses Verfahren wollen wir zukünftig auch für Bauprojekte des

landeseigenen „Bau- und Liegenschaftsbetriebs“ anwenden. Weiterhin wollen wir für die Kommunen Handreichungen erarbeiten, damit auch sie das Konzept „Cradle to Cradle“ einfacher umsetzen können.

Gleichzeitig erleben wir eine völlig neue Entwicklung bei den Baumaterialien. Wir wollen die Marktreifung von Innovationen in diesem Bereich vorantreiben mit passgenauen Förderprojekten und Möglichkeiten der verbesserten Erprobung, etwa durch eine bauordnungsrechtliche Experimentierklausel.

Planung beschleunigen
Wir brauchen schnellere Baugenehmigungen – durch Digitalisierung der Bauanträge, Verkürzung der Vollständigkeitsprüfung auf zehn Tage, mehr Wettbewerb zwischen den Kommunen. Durch konkrete Ziele für Genehmigungen für neuen Wohnraum wollen wir einen Anreiz für schnellere Verfahren schaffen. Durch durchgehend digitalisierte Prozesse – vom Bauantrag bis zur Weiterbearbeitung – wollen wir für eine zusätzliche Beschleunigung sorgen.

Wir wollen landesseitig personelle Kapazitäten aufbauen, die durch einzelne Kommunen gezielt abgerufen werden können, wenn unvorhergesehene personelle Engpässe in Bauämtern vor Ort zu massiven Genehmigungsverzögerungen führen. Mit dieser unkomplizierten Task-Force sollen weder Doppelstrukturen aufgebaut noch Personal von den Kommunen abgezogen werden. Sie wird aber zum Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen und damit zu viel Beschleunigung beitragen.

Wohnungsmärkte entspannen
Wir haben den Rahmen dafür geschaffen, dass sich die örtlichen Wohnungsmärkte zunehmend entspannen. Wir wollen Mieterschutz-Bestimmungen wie die Mietpreisbremse, die Kappungsgrenze und die Kündigungssperrfrist bedarfsgerecht weiterentwickeln, evaluieren und nicht notwendige Reglementierungen abbauen.

Die öffentliche Förderung zum Bau und zur Modernisierung von mietpreisgebundenem und mietpreisgebremstem Wohnraum ist nach wie vor die wichtigste Säule der NRW-Wohnraumförderung. Wir wollen die Förderung des Wohnungsbaus zielgenauer machen. Denn obwohl kein Bundesland so viel Geld für den geförderten Wohnungsbau zur Verfügung stellt wie Nordrhein-Westfalen, werden immer noch zu wenige Wohnungen damit gebaut. Wir wollen deshalb alle etwaigen Hürden identifizieren und beseitigen, damit auch alle Fördermittel wirklich für neue Wohnungen genutzt werden. Zudem wollen wir Anreize für weitere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau verbessern, beispielsweise durch Pensionsfonds.

Wir werden weiter dafür sorgen, den Bau von Wohnungen attraktiver zu machen und setzen dabei auf eine echte Um- und Ausbaukultur. Wir haben bereits zahlreiche bauordnungsrechtliche Hindernisse beiseite geräumt, um weitere Potenziale für Dachausbau und Nachverdichtung zu realisieren. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und auch die Schaffung von neuem Wohnraum durch die Teilung von Wohnungen stärker einbeziehen, um insbesondere den Bedarf an kleinen Wohnungen besser decken zu können. Weitere Hindernisse in der Bauordnung, wie zum Beispiel die Regelungen zur Dachaufstockung und Abstandsflächen, wollen wir durch eine entsprechende Überarbeitung beseitigen. Das heißt, einerseits die Quartiere dichter zu planen und andererseits völlig neue Räume für Erholung und Begegnung zu schaffen. Sofern eine Baunorm die Schaffung von Wohnraum aufhält, muss ein Bauprojekt dennoch genehmigt werden können, wenn der Schutzstandard auf andere Weise realisiert werden kann.

Die Modernisierungsoffensive als Teil der Wohnraumförderung wollen wir fortsetzen. Damit mobilisieren wir Investitionen in Wohnraum und in die generationengerechte und energetische Sanierung von Bestandsgebäuden.

Um Wohnen in ländlichen Regionen ohne Pendel-Notwendigkeiten zu stärken, wollen wir auch die Einrichtung von Co-Working-Spaces forcieren. Denn Co-Working-Spaces sind für Freiberufler, Freelancer

und Start-Ups ebenso wie für Großunternehmen geeignete Alternativen zu eigenen Räumen. Auch für die öffentliche Hand sind sie ein gutes Instrument für weiter entfernt wohnende Beschäftigte.

Wohnraum für Azubis und Studierende schaffen
Sowohl Studierende als auch Auszubildende sind vielfach auf preisgünstige Wohnungsangebote angewiesen. Der Ausbau der preisgünstigen Wohnheimplätze ist hinter der steigenden Nachfrage zurückgeblieben. Es besteht auch bei den Bestandsbauten ein hoher Sanierungsbedarf. Wir wollen deshalb die öffentliche Förderung für die Modernisierung und den Neubau von Wohnheimen ausbauen. Das Land garantiert Tilgung und Zinsen für die Finanzierungen und stellt selbst Flächen in Campusnähe und, wo möglich, in der Nähe von Berufsschulen zur Verfügung.

Neue Chancen für Innenstädte und Zentren durch Stadtentwicklung nutzen
Wir wollen Stadtmitte und Dorfzentrum wiederbeleben und zu echten Erlebnis- und Begegnungsräumen der Bürgerschaft machen. Das Herz unserer Städte und Dörfer soll wie ein zweites Wohnzimmer sein, in dem wir uns rundum wohl fühlen. Wir wollen Treffpunkte mit hoher Aufenthaltsqualität und einem Mischnutzen. In der „neuen Mitte“ findet alles organisch zueinander, der Handel, das Wohnen, die Gastronomie und die Kultur. Grünflächen sollen aufgewertet werden.

Aufgabe der Städtebauförderung ist es, qualitativ hochwertige und funktionale öffentliche Räume für alle Altersgruppen zu schaffen. Dafür vereinfachen wir das Bau- und Planungsrecht weiter: Bei Baumaßnahmen im Bestand von der Kernsanierung über die Aufstockung bis zum Abriss samt Neubau müssen noch einfachere Bestimmungen gelten als bisher.

Gerade die Zentren sind von den Folgen der Pandemie besonders betroffen. Mit einer weiteren Innenstadtoffensive werden wir Pilotprojekte zur Zwischennutzung wie etwa Popup-Stores und Showrooms fördern. Zudem werden wir den analogen Einzelhandel weiter dabei unterstützen, ein eigenes digitales Angebot zu schaffen; weitere Digital-Coaches sollen die jeweiligen Geschäfte passgenau und kostenlos beraten.

Während der Pandemie haben viele Unternehmen die Möglichkeit geschaffen, dass ihre Beschäftigten von zu Hause aus arbeiten. Das wollen wir als Chance für Mittel- und Kleinstädte nutzen. Der suburbane Raum sowie kleinere Städte und Gemeinden im Umfeld der Ballungszentren brauchen eine aktive Stadtentwicklungspolitik. Wir wollen schon frühzeitig die Weichen für diese relevante Entwicklung stellen und die entsprechenden Kommunen, das Land und weitere Akteure an einen Tisch bringen.

Die im Rahmen der Novelle der Landesbauordnung geschaffenen Möglichkeiten, leergefallene innerstädtische Einzelhandels- oder Büroimmobilien auch für Zwecke der Wohnnutzung zu verwenden, wollen wir unterstützen, um ressourcenschonend Wohnraum zu schaffen und durch neues innerstädtisches Wohnen zur Revitalisierung von Innenstädten beizutragen.

Baukosten weiter senken
Die Baukosten sind in den vergangenen Jahren immer weiter gestiegen. Ein relevanter Anteil wird durch immer mehr und immer höhere Standards und DIN-Normen verursacht: Seit 1990 hat sich deren Anzahl vervierfacht, bis zu 24.000 Normen gibt es allein im Baubereich. Wir wollen uns über die Landesbauministerkonferenz dafür einsetzen, den Vertrag mit dem „Deutschen Institut für Normung“ (DIN) zu überarbeiten. Dabei sollen die Zahl und das Niveau der Standards auf das Ziel des Vertrags überprüft werden, Baumaßnahmen zu vereinheitlichen und zu verbilligen. Zudem werden wir Änderungen an der Musterbauordnung (MBO) der Länder, wann immer möglich, in Landesrecht übertragen, sofern sich daraus kostensenkende Effekte ergeben.

Nutzungsänderungen weiter erleichtern

Mit der sogenannten Innovationsklausel in der Landesbauordnung haben wir bereits die Möglichkeit geschaffen, Räumlichkeiten schneller und einfacher einer anderen Nutzung zuzuführen. Eine neue Nutzung im Innenbereich wird bei der Kommune angemeldet und gilt, sofern die Kommune nicht binnen eines Monats widerspricht, für die Dauer von zwölf Monaten als genehmigt. Wir wollen nun einen Schritt weitergehen. Zunächst soll die bisherige Innovationsklausel auch für den Außenbereich aktiviert werden. In einem zweiten Schritt wollen wir die Dauer der Genehmigung von zwölf Monaten auf 24 Monate ausweiten.

WIR WOLLEN EIN NRW, DAS WELTOFFEN UND TOLERANT IST

OFFENE GESELLSCHAFT

Wir stehen für eine offene Gesellschaft. Jede und jeder soll sich selbstbestimmt frei entfalten können. Vielfalt und Weltoffenheit erweitern den Horizont und bereichern unser Zusammenleben. Die offene Gesellschaft lebt von größtmöglicher Freiheit, ist zugleich aber untrennbar mit einer Verantwortung dafür verbunden. Auch der Staat gibt nicht vor, welche Lebensziele besonders wertvoll sind. In einer offenen Gesellschaft ist der Staat neutral und wertet nicht zwischen verschiedenen Lebensentwürfen.

Damit die offene Gesellschaft gelebt werden kann, braucht es einen Rahmen. Wer der eigenen Meinung, Religion oder Lebensweise einen Absolutheitsanspruch gibt und damit andere Meinungen, Religionen oder Lebensweisen abwertet, kann sich nicht auf die offene Gesellschaft berufen, die er damit aufs Spiel setzt. Toleranz und Respekt zeigen sich im Handeln. Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Diskriminierung oder anderen Formen von Intoleranz treten wir entschieden und konsequent entgegen. Wir grenzen uns scharf zu jeder Form von rechtem, linkem und religiösem Extremismus ab – sie alle werden von uns bekämpft.

Toleranz und Vielfalt in der Schule stärken
Ausgrenzung, Intoleranz und Hass dürfen keinen Platz in den nordrhein-westfälischen Schulen haben. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass diese Themen nicht nur an besonderen Aktionstagen aufgearbeitet werden, sondern als dauerhaftes Konzept bereits von der Grundschule an im Unterricht verankert sind. Dabei muss auch die Schulsozialarbeit vor Ort in die Konzepte integriert werden.

Werteorientierter Religionsunterricht und Praktische Philosophie
Das Verständnis und die Toleranz gegenüber anderen Religionsgemeinschaften, Weltanschauungen und Lebensentwürfen ist Basis für unser friedliches Zusammenleben. Um das Verständnis für andere Religionen, Weltanschauungen und Lebensweisen zu stärken, wollen wir deshalb in allen Kernlehrplänen für das Fach Religion den Bereich der vergleichenden Religionswissenschaften und die Werteorientierung stärken. Neben den vielfältigen Angeboten des bekenntnisorientierten Religionsunterrichts müssen gleichberechtigt auch nicht-religiöse Überzeugungen berücksichtigt werden. Daher setzen wir uns dafür ein, dass langfristig an allen öffentlichen Schulen das Fach Praktische Philosophie als Wahlalternative zum bekenntnisorientierten Religionsunterricht angeboten wird. Zahlreiche Schulen in Nordrhein-Westfalen bieten zudem schon den konfessionell-kooperativen Religionsunterricht an, in dem katholische und evangelische Inhalte zusammen unterrichtet werden. Auch dieses Angebot wollen wir weiter ausweiten. Am Ende der Sekundarstufe I soll außerdem jede Schülerin und jeder Schüler mindestens einmal eine Synagoge, eine Moschee und eine christliche Kirche besucht haben.

Säkularer Staat
Die im Rahmen der Feiertagsgesetzgebung während sogenannter „stiller Feiertage“ verhängten Einschränkungen unter dem Oberbegriff des „Tanzverbots“ wollen wir deutlich lockern.

Im deutschsprachigen Raum übernimmt die Verwaltung neben ihren staatlichen Aufgaben auch die Bearbeitung der Kirchenein- und -austritte. Die zunehmende Zahl an Kirchenaustritten stellt eine Belastung für die Verwaltung dar und führt zu langen Wartezeiten für Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen deshalb diesen Bereich digitalisieren und damit beschleunigen. Die Kirchenaustrittsgebühr wollen wir abschaffen.

Wir sprechen uns zudem, aus Gründen der Bürgerfreundlichkeit und des Schutzes des Einzelnen, für eine Beweislastumkehr fünf Jahre nach dem Kirchenaustritt zugunsten der Austretenden aus. Die Beweispflicht der unterstellten, noch andauernden Mitgliedschaft soll dann nicht mehr beim Ausgetretenen, sondern bei der Kirche liegen.

Schüleraustausch mit Israel intensivieren
Wir wollen den Schüleraustausch mit Israel intensivieren, unter anderem durch den Ausbau des bestehenden Projekts „Workshop Schulpartnerschaften Israel und Palästina – Nordrhein-Westfalen“ und die Wiederbelebung des Deutsch-Israelischen Wissenschaftscamps.

Gleichstellungspolitik für alle Geschlechter machen
Wir gestalten eine neue Gleichstellungspolitik für alle. Dort, wo Benachteiligungen vorliegen, wollen wir politisch agieren, unabhängig, ob es sich um eine Benachteiligung von Frauen, Männern oder diversen Personen handelt. Wir unterscheiden dabei nicht, welches Geschlecht benachteiligt wird, sondern wenden uns gegen die Benachteiligung an sich, ungeachtet dessen, wen es trifft. Es gilt, die im Einzelfall Benachteiligten oder Schwächeren zu schützen. Das Landesgleichstellungsgesetz muss daher zu einem Landesdiversitätsgesetz weiterentwickelt und den heutigen Lebensverhältnissen angepasst werden. Im Rahmen der Neufassung werden wir klarstellen, dass unter Gleichstellung die Gewährleistung von Gleichberechtigung für alle Geschlechter zu verstehen ist. Das Landesdiversitätsgesetz wird deshalb unter anderem auch die Belange von Männern und Diversen aufnehmen und sie als Bewerbende für das Amt des/der Diversitätsbeauftragten zulassen. Wir wollen zudem die bisherige starre Quotenregelung durch verbindliche Selbstverpflichtungen hinsichtlich der Diversität innerhalb der Organisation ersetzen, ohne dabei bei Personalauswahlverfahren das Leistungsprinzip außer Kraft zu setzen.

Um insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken, unterstützen wir Jobsharing- und Topsharing-Modelle. Wir wollen Unternehmen zur Unterstützung bei der Einführung geeignete Beratungsangebote zugänglich machen.

Wir wollen das Modell „Girls‘ und Boys‘ Day Academies“ auswerten und für ganz Nordrhein-Westfalen weiterentwickeln.

Vielfalt durch Diversity Management als Chance nutzen
Personelle und kulturelle Vielfalt in Unternehmen ist ein Erfolgsfaktor. Setzen Unternehmen auf Akzeptanz, freie Entfaltung und Chancengerechtigkeit zwischen ihren Mitarbeitenden, kann dies zu einem produktiveren Miteinander führen. Wir wollen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen über die von uns eingerichtete Netzwerkstelle „UNTERNEHMEN VIELFALT“ bei der Planung und Umsetzung von Diversity-Management-Maßnahmen beraten, damit Chancen der Vielfalt in Nordrhein-Westfalen noch stärker genutzt werden.

Aktiv gegen Diskriminierung und Rassismus vorgehen
Für uns ist klar: Für Rassismus und Diskriminierung ist in unserem Land kein Platz. Wir stellen uns gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung. Wir wollen die Förderung von Projekten weiter ausbauen, die aktiv gegen Diskriminierung jeder Art vorgehen, beispielsweise von LSBTIQ*. Dazu zählen unter anderem Aufklärungs- und Toleranzprojekte in Schulen und Jugendarbeit, aber auch Projekte für Senioren durch Peer-to-peer-Beratung. Insbesondere diese Altersgruppe war noch von der Unterdrückung und Verfolgung unter dem alten § 175 StGB betroffen und benötigt in Folge von Geheimhaltung ihrer sexuellen Orientierung oder traumatischer Erfahrungen aufgrund von sozialer

Isolation oftmals Unterstützung. Wir setzen uns für eine LSBTIQ*-sensible Altenpflege in Anlehnung an die kultursensible Altenpflege und regional verteilte, strukturell verankerte Piloteinrichtungen ein.

Sichtbarkeit und Respekt für LSBTIQ*

Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität treten wir entschieden entgegen. Wir setzen uns seit Jahren für die gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung von LSBTIQ*, für Sichtbarkeit und Respekt sowie für den konsequenten Abbau von Diskriminierung und Gewalt ein. Wir haben darum die Haushaltsmittel für LSBTIQ*-Politik auf ein Rekordniveau angehoben. Wir haben unter anderem psychosoziale Beratungsangebote deutlich ausgebaut, um ihre wichtige Aufklärungs- und Beratungsarbeit zu unterstützen. Zukünftig werden wir vor allem im ländlichen Raum die Beratung ausbauen und hier vermehrt Projekte fördern. Wir werden die Förderung von Selbsthilfe und Beratung sowie der Koordinierungsstelle Trans fortführen und weiterentwickeln. Wir wollen zudem die Haushaltsmittelförderung für die Träger von der Projekt- in eine dauerhafte Strukturmittelförderung überführen, damit deren Arbeit nachhaltig gesichert wird.

Trotz des jahrelangen Einsatzes für gleichberechtigtes und respektvolles Miteinander ist die Lage für LSBTIQ*-Menschen nach wie vor nicht zufriedenstellend. Diskriminierung und Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität prägen nach wie vor die Lebensrealität von LSBTIQ*-Menschen. Sicherheitsbehörden, polizeiliche Ermittlungsdienste und Justiz wollen wir deswegen im Rahmen von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für die Erkennung und Verfolgung homo- und transfeindlich motivierter Hasskriminalität besonders sensibilisieren. Wir wollen dafür sorgen, dass Straftaten aufgrund der sexuellen oder geschlechtlichen Orientierung entsprechend benannt sowie zeitnah verfolgt und angeklagt werden.

Wir wollen darum den eingeschlagenen Weg fortsetzen und uns für die vollständige Gleichstellung von LSBTIQ*-Personen und Regenbogenfamilien einsetzen. Die entsprechenden Ziele der neuen Bundesregierung, unter anderem den Gruppenausschluss bei der Blutspende zu beenden, unterstützen wir dabei. LSBTIQ*-Feindlichkeit und -Stigmatisierung wollen wir konsequent entgegentreten, beispielsweise durch Beiträge zur Aufdeckung und Widerlegung von Verschwörungstheorien und eine stärkere Aufklärungsarbeit in der Schule, für die das Lehrpersonal weiter qualifiziert werden soll.

Vergangenes Unrecht an LSBTIQ*-Personen anerkennen, zukünftiges Unrecht verhindern

Wir haben die Wanderausstellung zur historischen Aufarbeitung des damaligen § 175 Strafgesetzbuch (StGB), der jahrzehntelang Grundlage für die Unterdrückung und Verfolgung von LSBTIQ*-Personen gewesen ist, aktiv und finanziell unterstützt. In seiner Funktion als stellvertretender Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen hat Dr. Joachim Stamp die Opfer dieser Verfolgung öffentlich um Vergebung gebeten. Erfahrenes Leid und Unrecht, das auch über den damaligen §175 StGB hinausging, darf nicht in Vergessenheit geraten, auch damit in Zukunft der Schutz vor Übergriffen und ein respektvoller und toleranter Umgang Normalität wird. Deshalb werden wir weiterhin Projekte zur historischen Aufarbeitung fördern und unterstützen das Ziel der neuen Bundesregierung, das Merkmal „sexuelle Identität“ in Art. 3 (3) GG aufzunehmen.

Der Landtagsbeschluss zum Verbot medizinisch nicht gebotener Geschlechtsangleichungen war ein Meilenstein für den Schutz intergeschlechtlicher Menschen. Über das bundesweit einmalige Portal inter-nrw.de haben wir darüber hinaus das Informations- und Beratungsangebot deutlich gestärkt und wollen die Strukturen für intergeschlechtliche Menschen weiter ausbauen. Die Absicht der neuen Bundesregierung, das Transsexuellengesetz durch ein Selbstbestimmungsgesetz zu ersetzen, unterstützen wir ausdrücklich.

Antisemitismus hat keinen Platz in Nordrhein-Westfalen

Gewalttätige Angriffe auf Jüdinnen und Juden sowie auf Synagogen und Gemeindeeinrichtungen verurteilen wir. Wir wollen ein gesellschaftliches Klima fördern, in dem Judenhass endgültig keinen Platz mehr in unserem Land hat. Hierzu wollen wir die politische Bildung zu Judentum und Antisemitismus

ausbauen und dabei das Vermitteln jüdischer Geschichte in Deutschland nicht nur auf das Thema Shoah begrenzen. Auch Antisemitismus weit vor dem 20. Jahrhundert und in der Gegenwart sollen thematisiert werden. Ebenso soll aber auch jüdisches Leben in Deutschland insgesamt mehr thematisiert werden, um die Diversität und Vielfalt des modernen Judentums aufzuzeigen. Dazu ist es auch nötig, insbesondere Bildungseinrichtungen für dieses Thema zu sensibilisieren und entsprechende Kooperationen und Veranstaltungen jüdischer Begegnungs- und Kennenlernprojekte auszubauen. Wir werden die europäische Strategie zum Kampf gegen Antisemitismus aktiv mitgestalten und entschlossen umsetzen.

Wir sprechen uns zudem dafür aus, die erfolgreiche Arbeit der derzeitigen Antisemitismusbeauftragten Sabine Leutheusser-Schnarrenberger fortzusetzen und dauerhaft eine Antisemitismusbeauftragte bzw. einen Antisemitismusbeauftragten in Nordrein-Westfalen einzusetzen. Die Sicherheitsmaßnahmen rund um Einrichtungen der jüdischen Gemeinden werden wir fortsetzen und notwendigenfalls verstärken.

Niemals wieder: Gedenkstättenbesuche fest verankern
Antisemitismus ist in vielen Fällen ein konkretes Bildungsproblem. In den letzten Jahren haben wir durch das Landesförderprogramm „Gedenkstättenfahrten“ viel mehr Schülerinnen und Schülern ermöglicht, Gedenkstätten zu besuchen. Diese erfolgreichen außerschulischen Bildungsangebote wollen wir weiter ausbauen. Unser Ziel ist es, dass alle Schülerinnen und Schüler im Rahmen ihrer schulischen Laufbahn verpflichtend mindestens eine NS-Gedenkstätte sowie eine Gedenkstätte des DDR-Unrechts besucht haben. Denn kein Buch, kein Film und keine Unterrichtsstunde kann Antisemitismus, Intoleranz, Hass und Unrecht so nahbar machen wie der Besuch einer Gedenkstätte.

MIGRATION UND INTEGRATION

Nordrhein-Westfalen hat eine lange Tradition als Einwanderungsland. Viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte haben sich in unsere Gesellschaft integriert und tragen ihren Anteil an der erfolgreichen Entwicklung unseres Landes. Dazu zählen nicht nur Prominente, wie die Impfstoffentwickler Sahin und Türeci, sondern ganz viele individuelle Biographien, die mit Leistungsbereitschaft und Fleiß selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft geworden sind. Nordrhein-Westfalen braucht eine geordnete Einwanderung, um Wohlstand und Wirtschaftsstandort zu erhalten. Einwanderung hat die Gesellschaft auch kulturell vielfältiger gemacht. Neben vielen Innovationen und positiven Impulsen sind damit auch Reibungen und Konflikte verbunden. Umso wichtiger ist eine aktive Migrations- und Integrationspolitik, die sich an Einwanderer und aufnehmende Gesellschaft gleichermaßen richtet. Die offene Gesellschaft braucht für ihr Gelingen Regeln des gegenseitigen Respekts. So wie wir Freie Demokraten von Eingewanderten die Achtung von Rechtsstaat und demokratischer Kultur erwarten, setzen wir uns für gleichberechtigte Teilhabe und den konsequenten Schutz vor Rassismus und Diskriminierung ein. Wir wollen allen, die zum Gelingen unserer Gesellschaft beitragen wollen, faire Chancen zu sozialem Aufstieg ermöglichen. Für Freie Demokraten zählt nicht Herkunft, sondern Charakter.

Humanität und Ordnung
Wir haben in Nordrhein-Westfalen einen klaren Kurs: Kein anderes Bundesland schiebt so konsequent insbesondere Straftäter und Gefährder ab wie Nordrhein-Westfalen. Wer keinen Schutzgrund hat und unsere Gesellschaft belastet oder gar bedroht, muss in sein Heimatland zurückgeführt werden. Gleichzeitig haben wir mit Erlassen das deutschlandweit liberalste Bleiberecht für gut integrierte Geduldete geschaffen. Wer sich integriert hat, straffrei lebt, arbeitet und die Werte unserer Gesellschaft akzeptiert, soll dauerhaft in Nordrhein-Westfalen leben können. Leider gab es unter der alten Bundesregierung nur mangelhafte Unterstützung sowohl bei der Realisierung notwendiger Abschiebungen als auch bei Bleiberechten. Dies wollen wir gemeinsam mit der neuen Bundesregierung ändern. Wir wollen Ordnung in der Einwanderungspolitik schaffen, legale Einwanderungswege eröffnen und irreguläre Migration unterbinden. Es darf keine Toleranz für Straftäter und Gefährder geben, aber auch keine Abschiebung gut integrierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familien. Darum werden wir mit der neuen Bundesregierung einerseits eine Rückführungsoffensive starten, bei der

wir konsequent die Instrumente der Abschiebehaft und des Ausreisegewahrsams sowie die notwendige Unterstützung durch die Bundespolizei nutzen. Über den Bundesrat werden wir andererseits Druck ausüben, die notwendigen gesetzlichen Veränderungen herbeizuführen, um gut Integrierten dauerhafte Rechtssicherheit zu ermöglichen. Unser Asylstufenplan hat die Kommunen durch eine schrittweise Zentralisierung der Zuständigkeit für die Rückkehr auf Landesebene spürbar entlastet, damit sie sich ganz auf die Integration der Menschen vor Ort konzentrieren können. Wir schaffen Wertevermittlung und Sprachförderung bei Geflüchteten von Anfang an. In den Landesunterkünften haben wir ein schulnahes Angebot auf den Weg gebracht, welches wir in allen Einrichtungen zum Standard weiterentwickeln. Darüber hinaus setzen wir uns für einen Erhalt und die Stärkung queerer Flüchtlingsarbeit ein, um jenen Geflüchteten sichere Schutzräume in Nordrhein-Westfalen zu bieten.

Fachkräfteeinwanderung ausbauen

Der Fachkräftemangel ist eine der großen Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Wir unterstützen Handwerk, Mittelstand und Industrie bereits bei der Fachkräftegewinnung durch die neue Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung in Bonn. Den Wirkungsgrad der Fachstelle werden wir vorantreiben und sie zu einer echten Serviceagentur zur Fachkräftegewinnung für die NRW-Wirtschaft etablieren. Wir unterstützen die Pläne der neuen Bundesregierung, Fachkräfteeinwanderung zu vereinfachen. Wer einen regulären, branchenüblichen Arbeitsvertrag mit einem deutschen Unternehmen hat, soll auch als nicht-akademische Fachkraft mit der Blue Card legal nach Deutschland kommen können. Dazu wollen wir mit Handwerk, Mittelstand und Industrie gezielte Jobbörsen in verschiedenen Ländern durchführen. Zudem werden wir nach kanadischem Vorbild Hochqualifizierte im Rahmen eines Punktesystems über eine Chancenkarte in unseren Arbeitsmarkt einladen. Mit entsprechenden Migrationsabkommen sollen zudem Einwanderer bereits im Herkunftsland Deutsch lernen und gezielt für unseren Arbeitsmarkt qualifiziert werden. Die Verfahren zur Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen werden wir weiter verbessern, damit jeder entsprechend seiner Fähigkeiten eingesetzt und weiterqualifiziert werden kann. Wir müssen zudem als Einwanderungsland attraktiver werden, indem wir gemeinsam mit der neuen Bundesregierung Einwandernden durch vereinfachte Einbürgerung und die Ermöglichung von Mehrstaatlichkeit eine realistische Chance geben, vollwertiges Mitglied unserer Gemeinschaft zu werden, mit allen Rechten und Pflichten.

Vorreiterrolle in Integrationspolitik

Nordrhein-Westfalen ist wieder Motor der Integrationspolitik in Deutschland. Mit der Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030 haben wir die Weiterentwicklung unserer ineinandergreifenden Integrationsangebote systematisiert. Im Teilhabe- und Integrationsgesetz wurde eine dynamisierte Mindestsumme zur Förderung der integrationspolitischen Infrastruktur in Höhe von 130 Millionen Euro festgeschrieben. Mit der Initiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ haben wir die Qualifikation insbesondere junger Migrantinnen und Migranten für unseren Arbeitsmarkt vorangetrieben. Wir haben Geschichten erfolgreicher Integration sichtbar und Integrationsvorbilder bekannter gemacht. Diesen Weg werden wir konsequent fortsetzen und Vorreiter in Deutschland bleiben. Dazu zählt insbesondere das deutschlandweit einzigartige Konzept des Kommunalen Integrationsmanagements, mit dem wir den Kommunen rechtskreisübergreifend verlässliche, verbindliche und nachhaltige Integrationsstrukturen garantieren. Durch die Vernetzung von Ausländer- und Jugendämtern, Einbürgerungsbehörden, Schulamt, Kommunalem Integrationszentrum, Arbeitsagenturen und Jobcenter, Strukturen der Familienbildung- und Familienberatung sowie gesellschaftlichen Akteuren und der Freien Wohlfahrtspflege vor Ort schaffen wir die Voraussetzung, um jedem Menschen mit Einwanderungsgeschichte passgenaue, seinen individuellen Potenzialen und Bedarfen entsprechende Integrationsangebote zu machen.

Bereits in der Schule fördern wir durch Talentscouts motivierte und leistungsstarke junge Menschen. Wir werden maßgeschneiderte Angebote für die Erwerbsbeteiligung von Frauen und für Unternehmensgründer schaffen. Zugleich wollen wir echte Teilhabe ermöglichen, etwa durch die interkulturelle Öffnung des Öffentlichen Dienstes, kultursensibler Altenpflege und weiterer Bereiche unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Mit dem „Haus der Einwanderungsgesellschaft“ in Köln

werden wir die Einwanderungsgeschichte der Bundesrepublik seit 1945 und deren Wert für unsere heutige und zukünftige Gesellschaft aufzeigen.

Die konsequente Vermittlung der Werte, die unsere Gesellschaft prägen, ist Aufgabe aller am Integrationsprozess Beteiligten. Die Grundlage dafür bildet unser Grundgesetz. Diese Vermittlung soll mit der Einreise beginnen und sich durch den Alltag ziehen. Sie sind für jeden mit und ohne Einwanderungsgeschichte verbindlich. In dieser pluralen und diversen Gesellschaft müssen die Spielregeln für alle verbindlich sein. Wir wenden uns deswegen gegen jede Form von Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wir setzen uns für mehr demokratische Bildung für alle in unserem Land Lebenden ein und werden mit einer neuen Antidiskriminierungsstrategie das bisherige Engagement unseres Landes systematisieren und verstärken.

PLURALISMUS UND MEDIEN

In einer Demokratie sind freie und unabhängige Medien unverzichtbar. Private und öffentlich-rechtliche Medien sichern Pluralität und Vielfalt. Zentraler Baustein einer funktionierenden und lebendigen Demokratie ist deshalb die Meinungs- und Pressefreiheit. Ohne sie kann es keinen Pluralismus geben, ohne Pluralismus keine offene Gesellschaft und keine Demokratie. Die Aufgabe der Medien ist eine überparteiliche Information als Grundlage für eine unabhängige Meinungsbildung.

Medienvielfalt sichert Meinungsvielfalt – auch lokal
Wir stehen für Medienvielfalt und bekennen uns zum dualen Rundfunksystem. Wir wollen die Rahmenbedingungen an das digitale Zeitalter anpassen. Die aus anlogen Zeiten stammenden Bestimmungen des §§ 33a ff im Landesmediengesetz wollen wir mit Blick auf die Zweckmäßigkeit im digitalen Zeitalter weiterentwickeln. In einer modernen digitalen Branche ist es nicht mehr zielführend, Zeitungsverlagen, die sich in Nordrhein-Westfalen zu Medienhäusern gewandelt haben, lineare Audio- und Videorundfunkangebote nur stark eingeschränkt zu erlauben. Die Rahmenbedingungen sollen privaten Verlagen eine Finanzierungsgrundlage für lokalen und regionalen Journalismus in der konvergenten Medienwelt ermöglichen. Ausufernden lokale Print- und Medienangebote durch Städte und Kreise oder über kommunale Unternehmen lehnen wir ab.

Wir wollen die Möglichkeiten für ein vielfältiges und zukunftsfähiges privates Radio und einen wirtschaftlich tragfähigen Lokalfunk im digitalen Zeitalter verbessern. Die Regulierung des Landesmediengesetzes für den Lokalfunk wollen wir in diesem Sinne anpassen. Wir wollen staatsvertraglich sicherstellen, dass auch die privaten lokalen Radioangebote auf den digitalen Plattformen bevorzugt auffindbar sind, wie es bei den regionalen WDR-Angeboten vorgesehen ist (Public Value-Privileg).

Die Flutkatstrophe im Sommer 2021 hat die Bedeutung der Lokalstationen als Informations- und vor allem Warnmedium gezeigt. Die Defizite bei der Integration der Lokalradios in die Meldeketten bei Katastrophenfällen wollen wir deshalb beseitigen.

Eine Zwangsabschaltung von UKW lehnen wir ab. Der Ende 2021 gestartete Sendebetrieb des ersten privaten landesweiten DAB+-Multiplex in Nordrhein-Westfalen mit 16 neuen Programmen und zahlreichen regionalen Inhalten schafft zusätzlich mehr Vielfalt. Wir wollen die Bedingungen für weitere Marktteilnehmer schaffen.

Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vorantreiben
Wir setzen uns für eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und für ein schlankes, modernes und informatives Rundfunkangebot ein. Unser Ziel ist ein Rundfunk, der seine Mittel effizient einsetzt, um seinem Informationsauftrag nachzukommen. Dafür müssen Strukturen erheblich entschlackt und Doppelstrukturen vermieden werden. Die Zahl der Fernseh- und Hörfunkkanäle wollen wir auf wenige

Sender mit klarem und erkennbarem Profil beschränken. Die Überprüfung der Strukturen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wird sich dämpfend auf die Beitragshöhe auswirken.

Angebote aus den Bereichen Information, Bildung und Kultur (auch Fiktion und Dokumentation) müssen gestützt werden, teure Unterhaltungssendungen und teure Spielshows sollen im Gegenzug reduziert werden. Nordrhein-Westfalen soll in dieser Hinsicht auf den im Länderkreis zu vereinbarenden Medienänderungsstaatsvertrag hinwirken und auch entsprechende Stellschrauben im WDR-Gesetz ändern. Parallel zum Medienstaatsvertrag sollte auch auf Ebene des WDR-Gesetzes die Auftragsbeschreibung eine schlankere Struktur zum Ziel haben.

Das WDR-Gesetz wollen wir novellieren und so den WDR-Rundfunkrat von jetzt 55 auf 40 Mitglieder reduzieren. Perspektivisch streben wir eine externe Aufsicht nach dem BBC-Modell an. Wir setzen uns für Transparenz bei der Beauftragung von Produktionsfirmen und der Struktur der Beauftragung ein. Bei der Vergabe dieser Formate ist eine faire und kostengünstige Balance zu finden.

Private Angebote und die Entwicklung neuer Medienformen dürfen nicht durch die beitragsfinanzierte Konkurrenz beeinträchtigt werden. Durch die ungebremste Expansion im Online-Bereich entsteht eine Unwucht, die sich auch regional und lokal negativ auf die Medienvielfalt auswirkt. Bestehende Regelungen zum Schutz der digitalen freien Presse und ihrer Finanzierbarkeit wollen wir verschärfen und uns dafür aus Nordrhein-Westfalen heraus einsetzen. Auch die regionalen Fensterprogramme der privaten Fernsehsender leisten einen wichtigen Informationsbeitrag. Wir setzen uns dafür ein, dass ihre Auffindbarkeit auf den Plattformen durchgesetzt wird.

Presse- und Mediennutzung stärken, Informieren erleichtern
Wir wollen privates Engagement und Refinanzierungsmöglichkeiten von Presse- und Medienangeboten stärken. Wir wollen, dass journalistische Arbeit als Kernbestandteil der Pressefreiheit als gemeinnützig anerkannt wird. Non-Profit Rechercheprojekten oder lokalen Presseangeboten ohne Gewinnerzielungsabsicht sollen so neue Finanzierungsmöglichkeiten über Spenden eröffnet werden. Die von uns initiierte Bundesrats-Initiative dazu muss weitergeführt werden. Das entsprechende Vorhaben der neuen Bundesregierung unterstützten wir.

Qualitätsjournalismus fördern
Wir wollen Ausbildung und Vernetzung von insbesondere jungen Journalistinnen und Journalisten unterstützen. Dabei kommt auch Qualifizierungsangeboten eine besondere Bedeutung zu. Wir wollen entsprechende Angebote, wie das Cashcamp der Landesanstalt für Medien NRW, gezielt fördern und ausbauen. Die Gründer- und Start-Up- Beratung für Journalisten wollen wir forcieren. Die internationale filmschule köln, das Mediennetzwerk, das Mediengründerzentrum und die berufsfortführenden Angebote der Filmwerkstätten sollen als etablierte Partner eingebunden werden. Das geplante bundesweit einmalige Journalismus-Institut in Bonn unterstützen wir. Es soll die Bedürfnisse der Mediennutzenden sowie die Marktbedürfnisse der Anbieter mit redaktionellen Experimenten erforschen und der Fortbildung und Vernetzung von Journalisten dienen.

Desinformation begegnen, Medienkompetenz ausweiten
Wir werden die Stärkung der Medienkompetenz für alle Altersklassen angesichts einer wachsenden Zahl digitaler Medienangebote und der zunehmenden Verbreitung von FakeNews, Hassmails und Verschwörungstheorien weiter fördern. Projekte wie #DigitalCheckNRW wollen wir weiterentwickeln und ausbauen. „Faktenchecker“, die aufklären und präventive Arbeit leisten, sollen ebenso weiter gefördert werden wie die bewährten Präventiv-Projekte „Medienscout NRW“ und „ZEBRA“ der LfM. Ein besonderes Augenmerk richten wir dabei auf die Schulen. Wir wollen Schülerinnen und Schüler dabei unterstützen, Schülerzeitungen und Schülerblogs zu entwickeln und so eigene journalistische Erfahrungen zu sammeln.

Medienschaffende schützen

In der Corona-Krise haben sich Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten gehäuft und intensiviert. Dabei handelt es sich nicht nur um eine Bedrohung der unabhängigen Berichterstattung, sondern um Straftaten, die konsequent verfolgt werden müssen. Wir werden auch hier eine Null-Toleranz-Strategie verfolgen und Gesetzesbrüche nicht dulden. Wir setzen uns für eine Stärkung des Austausches zwischen Polizei und journalistischen Berufsverbänden mit dem Ziel ein, die Beamtinnen und Beamten für die Gefährdung von Journalistinnen und Journalisten zu sensibilisieren sowie gemeinsam Schutzstrategien zu entwickeln.

Filmförderinstrumente neu ordnen, Games-Entwicklung stärken

Die Film- und Medienstiftung NRW gehört mit ihrem Engagement zu den wichtigsten Förderhäusern Deutschlands. Mit der anstehenden FFG-Novelle des Bundes wollen wir auch die Filmförderinstrumente des Landes und die Rahmenbedingungen in Abstimmung mit der Filmbranche neu ordnen, vereinfachen und transparenter machen. Auch im Bereich Games ist Nordrhein-Westfalen mit der Film- und Medienstiftung NRW im Bundesvergleich Spitzenreiter. Wir wollen die Zahl der Games-Entwicklungen aus Nordrhein-Westfalen durch verstärkte Aus- und Fortbildung von Fachkräften stärken. Durch gezielte Anschubfinanzierungen von Projekten mit einer wirtschaftlichen Perspektive wollen wir Dauersubventionen beenden.

KULTUR

Kultur und Kulturfreiheit sind wichtige Grundlagen für eine liberale Gesellschaft. Demokratie als Ermöglichungsrahmen für Freiheit braucht Kultur, so wie Kultur selbst von dieser Freiheit lebt. Jeder Bedrohung dieses Wechselverhältnisses stellen wir uns entschlossen entgegen. Kultur ist Identität und Bildung. Sie ist Kritik und gesellschaftliches Korrektiv. Kultur ermöglicht das Einnehmen neuer Perspektiven und erweitert unseren Horizont. Verstörendes wie Begeisterndes lassen uns unsere Haltung und Erfahrungen hinterfragen und öffnen den Blick für Neues, in Vergessenheit Geratenes und Ungewöhnliches.

Unsere Kulturpolitik ist daher geprägt von der gleichmäßigen Wertschätzung der verschiedensten Erscheinungsformen von Kunst und Kultur. Aus dieser Haltung wollen wir Breite und Vielfalt der Kulturszene unseres Landes stärken. Dies gilt für die institutionelle Kultur wie unsere einzigartige Vielfalt der Theater, Opern, Museen, die verschiedenen Sparten der freien Szene sowie die Breitenkultur. Wir wollen den Akteurinnen und Akteuren bestmögliche Bedingungen für die qualitative Weiterentwicklung ihres Programms bieten und ihre Angebote für ein möglichst großes und vielfältiges Publikum erschließen. Wir stehen für gesellschaftliche Offenheit und Pluralität und deswegen auch für die Freiheit und Eigensinnigkeit von Kunst.

Wir haben für einen deutlichen Aufwuchs der Kulturförderung des Landes um 50 Prozent gesorgt. Damit konnten wir für eine spürbare Stärkung der Kulturszene in Nordrhein-Westfalen sorgen. Wir wollen diesen Weg fortsetzen und auch zukünftig den Kulturetat steigern, mit einem jährlichen Zuwachs von 20 Millionen Euro.

Kulturgarantie für Kinder: kulturelle Bildung systematisch ausbauen

Auch weiterhin wollen wir das Thema kulturelle Bildung verstärkt in den Blick nehmen. Sie ist Zukunftsaufgabe und Bildungsziel für unsere vielfältige Gesellschaft. Über alle Altersgrenzen hinweg und unabhängig von Herkunft und Bildungshintergrund soll für jede und jeden ein passendes Angebot für kulturelle Bildung zur Verfügung stehen. Vor allem im Kinder- und Jugendbereich wollen wir jedem Kind Begegnungen mit Kunst und Kultur ermöglichen. Bereits bestehende Projekte wie „JeKits“ wollen wir weiter etablieren, stärken und zu einem 3K-Programm als echte Kulturgarantie ausbauen. Unabhängig von der Schulform soll darüber jedes Kind mindestens drei verschiedene, altersgerechte Kulturangebote besuchen, in der dritten, siebten und zehnten beziehungsweise Abschlussklasse. Kulturelle Bildung hat für uns als Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe einen besonderen Stellenwert.

Kulturelle Infrastruktur im ländlichen Raum stärken

Zur Sicherstellung der Kulturangebote im ländlichen Raum sind Erhalt und Stärkung der Infrastruktur vor Ort nötig. Viele Kulturstätten sind in schlechtem baulichen Zustand, entsprechen nicht dem neuesten Stand der Technik, sind vielerorts nicht barrierefrei und nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung nicht im erforderlichen Rahmen. Insbesondere bereitet die inhaltliche Neuausrichtung auf die veränderten Anforderungen des Publikums Probleme. Hier ist das Land gefordert, Kommunen und Landschaftsverbände bei dieser überregionalen Aufgabe zu unterstützen. Eine stärkere Vernetzung der Kultureinrichtungen im ländlichen Raum untereinander und mit anderen Institutionen ist die Basis dafür. Wir setzen uns für die Stärkung des Programms „Dritte Orte“ ein und wollen einen Landesfonds für die Stärkung kultureller Infrastruktur im ländlichen Raum entwickeln. Ein solches Förderprogramm soll lokale Initiativen unterstützen, die Kultureinrichtungen wie zum Beispiel kleine Bühnen oder Programm-Kinos wieder in Betrieb nehmen, sanieren oder den Weiterbetrieb sichern. Dafür setzen wir weiter auf die enge Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Landschaftsverbänden, die wesentliche Träger der Kultur im ganzen Land sind.

Förderung von Spitzenkultur ausbauen

Die Breite und Vielfalt unserer Kulturlandschaft erfährt wesentliche Impulse von künstlerischer Spitzenleistung. Mit einer Förderung, die Stärken stärkt, wollen wir sowohl Ausstrahlung und Austausch in nationale und internationale Kulturszenen erhöhen, als auch die Orientierung an Professionalität und die damit verbundene Inspiration für den künstlerischen Nachwuchs ermöglichen. Die gleichzeitige Förderung von Spitze und Breite ist für uns kein Widerspruch, sondern Anerkennung eines integralen Zusammenhangs.

Diversität in der Kultur stärken

Unsere Gesellschaft ist vielfältiger – und damit auch die kulturellen Hintergründe der Menschen in unserem Land. Wir begreifen diese Vielfältigkeit als Chance und Bereicherung. Unsere Kulturinstitutionen haben begonnen, diese Einflüsse aufzunehmen und zu repräsentieren. Dies muss sich über thematische Öffnungen der Programme und Produktionen, aber auch in der Integration von Künstlerinnen und Künstlern bis hin zur Besetzung von Leitungspositionen zeigen. Wir wollen diese Prozesse noch stärker unterstützen. Kunst sollte nicht exklusiv oder gar elitär ausschließen, sondern die offene und integrative Gesellschaft leben und damit fördern.

Faire Honorare im Kulturbetrieb

In der Freien Szene wird mit viel Engagement, aber auch häufig unter fragwürdigen finanziellen Bedingungen gearbeitet. Neben der individuellen Eigenverantwortung sehen wir auch Kulturveranstaltende und öffentliche Fördergeber in der Pflicht, Mindeststandards zu gewährleisten. Wir streben deshalb an, in der Ausbildung an Kunst- und Musikhochschulen das unternehmerische Selbstverständnis von Künstlerinnen und Künstlern zu stärken. Darüber hinaus wollen wir Fördersystematiken so ausrichten, dass faire Honorierung in Projekten Fördervoraussetzung wird und Strukturkosten als Voraussetzung für künstlerische Produktionen besser berücksichtigt werden. Wir halten darüber hinaus die Frage einer verlässlichen Absicherung von soloselbstständigen Künstlerinnen und Künstlern für eine der drängendsten Aufgaben und wir unterstützen die entsprechenden Bemühungen auf Bundesebene.

Digitalisierung in und für die Kunst

Digitalisierung spielt eine immer größere Rolle in der Kunst – als Element künstlerischer Praxis, als Medium der Vermittlung oder unterschiedlichster Formen der Rezeption. Sie ist integraler Bestandteil des Kulturbetriebs und muss so behandelt werden. Wir setzen uns für den Aufbau entsprechender Infrastrukturen, die stärkere Berücksichtigung digitaler Herausforderungen für Produktion und Distribution von Kunst in den Förderprogrammen und die Verstärkung digitaler Strategien für die Vermittlung von Kunst in der kulturellen Bildung ein.

Kreativwirtschaft: Experimentier- und Freiräume ausbauen, neue Märkte und Kunden erschließen

In Nordrhein-Westfalen arbeiten knapp 400.000 Menschen in der Kreativwirtschaft. Sie nimmt damit den zweiten Platz hinter der Metallindustrie ein. Wir wollen Produktions- und Experimentierräume über alle Sparten und Grenzen hinweg ausbauen und so Nordrhein-Westfalen als attraktiven Standort für Kreative sowie Künstlerinnen und Künstler weiter stärken, insbesondere für Soloselbständige. Die digitale Sichtbarkeit gerade der kleinen und mittleren Betriebe der Kreativwirtschaft, um neue Kunden zu gewinnen, wollen wir unterstützen. Das Wachstum von kreativwirtschaftlichen Unternehmen in regionalen Märkten und im ländlichen Raum soll durch strukturelle Impulse gefördert werden. Die Stärke der Kreativwirtschaft beim Erschließen internationaler Märke durch Innovationen wollen wir sichern. Wir wollen die Kreativwirtschaft attraktiver für ausländische Firmen und Venture Capital Investoren und dazu auch im europäischen Standortwettbewerb sichtbarer machen. Integrativer Bestandteil der Kreativwirtschaft ist die Musik- und Filmkultur, die durch insbesondere Netzwerkaktivitäten, internationale Kooperationen sowie Nachwuchsförderung gestärkt werden soll. Die Digitale Kreativwirtschaft wollen wir als Motor von neuem Wachstum stärken. Innovationen in digitalen Produkten und Plattformen sollen dazu vorangetrieben werden.

Denkmalschutz
Denkmäler, besonders Baudenkmäler, schaffen Identifikation, ziehen Touristen und historisch Interessierte an, bewahren Erinnerung. Die Aufgabe der Erhaltung und Nutzung nehmen Denkmaleigentümer für die Allgemeinheit wahr. Das wird, auch finanziell, immer noch zu wenig gewürdigt. Denkmaleigentümer brauchen nicht nur mehr finanzielle Unterstützung, sie benötigen auch kompetente Ansprechpartner, die in der Lage sind, schnell die notwendige Beratung und Genehmigung auf den Weg zu bringen und erklären können, wo finanzielle Unterstützung zu erhalten ist. Ebenso ist fachliche Expertise in und für die Denkmalbehörden vorzuhalten.

WIR WOLLEN EIN NRW DES MITEINANDERS UND DER VERANTWORTUNG

GEMEINSCHAFT UND ZUSAMMENHALT

Auch wer den eigenen Lebensweg selbstbestimmt geht und seine Talente entfaltet, erlebt Rückschläge und manchmal auch Schicksalsschläge. In solchen schwierigen Phasen des Lebens braucht es eine starke Gemeinschaft, die Unterstützung bietet. Das zeichnet unseren Sozialstaat aus. Ziel staatlicher Hilfe muss dabei sein, aus der Stabilisierung heraus den eigenen Lebensweg wieder selbstständig gehen zu können. Dazu wollen wir Unterstützungsleistungen treffsicherer machen.

Für uns heißt dies auch, dass Menschen eine zweite und dritte Chance bekommen. Wir geben Menschen nicht auf. Zugleich setzen wir auf eigene Anstrengung und auch Eigeninitiative. Wir wollen dazu das Unterstützungsnetzwerk um Menschen herum stärken, etwa Familien, aber auch ehrenamtliche und nachbarschaftliche Strukturen.

Wir wollen zudem die Idee einer „One-Stop-Agency“ für Unterstützungsleistungen als zentralem Anlauf- und Lotsenpunkt umsetzen. Wir wollen es den Menschen einfacher machen, Hilfsangebote zu erkennen und in Anspruch zu nehmen. Als Ansprechpartner setzen wir hier zunächst auf Generalisten wie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die niedrigschwellig, zum Beispiel im Stadtteil-Café, ansprechbar sind. Spezifische weiterführende Hilfsangebote können vermittelt und eingebunden werden.

Möglichst langes Wohnen in den eigenen vier Wänden
Wir Freien Demokraten wollen eine selbstbewusste und selbstbestimmte Lebensführung für alle Menschen – ein gutes Miteinander von Jung und Alt. Deshalb setzen wir uns für ein möglichst langes Wohnen in den eigenen vier Wänden ein. Dazu wollen wir generationsübergreifende Wohnmodelle mit bezahlbarem Wohnraum und die Entwicklung technischer Assistenzsysteme (auch Robotik) vorantreiben.

Schutz- und Hilfeinfrastruktur krisenfest aufstellen
Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben gezeigt, wie wichtig eine krisenfeste Hilfeinfrastruktur ist. Diese werden wir weiterentwickeln. Wir wollen eine Koordinierungsstelle schaffen, die in Abstimmung mit Bund und Ländern eine wirksame und nachhaltige Gesamtstrategie zur Prävention und Bekämpfung von häuslicher Gewalt gegen Frauen und Männer entwickelt.

Wir setzen uns für die Einführung eines länderübergreifenden Online-Registers zur Registrierung und Abfrage von freien Frauenhausplätzen sowie einen weiteren Ausbau der Frauenhausinfrastruktur ein. Wir wollen zudem eine Hilfeinfrastruktur mit Akutschutzplätzen für Männer schaffen und zwischen den Ländern vernetzen.

Wohnungslosigkeit bekämpfen
Mit der Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ und der deutlichen Steigerung der finanziellen Mittel werden durch eine Vernetzung und Kooperation von Sozialarbeit, Suchtberatung und Wohnungswirtschaft wohnungslose Menschen besser in dauerhafte Wohnverhältnisse vermittelt bzw. vor einem drohenden Wohnungsverlust bewahrt. Wir wollen die entsprechenden Projekte flächendeckend auf alle Kreise und kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen ausweiten und dabei die zielgruppenspezifischen Bedürfnisse von wohnungslosen Frauen, Jugendlichen beziehungsweise jungen Erwachsenen sowie Menschen mit Einwanderungsgeschichte verstärkt berücksichtigen.

Aussteigerprogramme ausbauen
Manche Lebenswege führen aus unterschiedlichen Gründen in teilweise extremistische Strukturen, aus denen ein Ausstieg nicht einfach ist. Das Programm „Spurwechsel“, das sich aus der Mitte der Gesellschaft an Personen aus einem rechtsextremen Umfeld richtet, ist ein Beispiel für ein entsprechendes Hilfsangebot in einer solchen Situation. Wir wollen die bestehenden Aussteigerprogramme, insbesondere auch zur Extremismus-Prävention, stärken und weiterentwickeln. Gerade in dem Bereich der Clan-Kriminalität und in der Querdenker-Szene können Beratungs- und Hilfsangebote dazu beitragen, Menschen zu erreichen, die bislang für staatliche Stellen nicht ansprechbar waren. Wir sind überzeugt: Die Stärke einer liberalen Gesellschaft zeigt sich auch in Angeboten für diejenigen, die in sie zurückkehren wollen.

Ehrenamt stärken
Grundlage für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist bürgerschaftliches Engagement. Viele Hilfsangebote für Menschen in schwierigen Lebensphasen werden vom Ehrenamt getragen. Das Engagement von Ehrenamtlichen erstreckt sich weit darüber hinaus. Deswegen werden wir zivilgesellschaftliches Engagement in allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens weiter stärken und bestehende Konzepte und Strategien dafür fortschreiben. Wir wollen die Leistungen der Engagierten noch stärker würdigen und in das öffentliche Bewusstsein bringen. Die jeweiligen Vereine und Verbände wollen wir bei Qualifizierungsangeboten unterstützen. Zudem werden wir Ehrenamtliche mit dem Ausbau des Versicherungsschutzes besser absichern.

STARKE DEMOKRATIE

Unsere Freiheits- und Bürgerrechte sind die Grundpfeiler einer starken Demokratie. Die Ausübung der Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland war noch nie so eingeengt wie seit dem Beginn der Corona-Pandemie. Für uns ist klar: Notwendige Eingriffe in die Grundrechte müssen stets verhältnismäßig und in Dauer und Tragweite auf das Nötigste beschränkt sein. Nicht die Ausübung von Grundrechten ist rechtfertigungsbedürftig, sondern ihre Beschränkung.

Wir setzen uns für eine wehrhafte, starke Demokratie mit einer offenen Debattenkultur ein. Gleichzeitig dürfen wir nicht zulassen, dass sie von antidemokratischen Kräften ausgehöhlt wird. Auch auf gezielte Desinformation, Politikverdrossenheit und sinkendes Vertrauen in Regierungen, Parteien und Parlamente

brauchen wir Antworten. Wir wollen deswegen bessere, moderne Beteiligungsmöglichkeiten schaffen, damit mehr Menschen unser Gemeinwesen mitgestalten und es so tragen. Zudem wollen wir staatliche Strukturen auf den Prüfstand stellen, ob sie den Anforderungen der Zeit gerecht werden. Denn wenn der Staat seine Aufgaben gerade im Krisenfall nicht umfassend erfüllen kann, erschüttert dies Vertrauen. Zudem muss unser Rechtsstaat so aufgestellt sein, dass er unsere Demokratie und unsere Bürgerrechte wirksam schützen kann. Außerdem werden wir die Themen Offene Gesellschaft und Demokratie stärker in der Bildung verankern.

Junge Menschen stärker in politische Entscheidungen und Wahlen einbinden

Junge Menschen tragen Verantwortung für ihre Entscheidungen, können ihre Religion frei wählen, arbeiten, zahlen Steuern und sind Teil des Wirtschaftslebens. Viele junge Menschen unter 18 engagieren sich politisch und sind kommunalpolitisch aktiv. Aus diesem Grund wollen wir das passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen sowie das aktive Wahlrecht bei Landtagswahlen auf 16 Jahre herabsetzen.

Kurzfristig wollen wir die Gemeindeordnung dahingehend ändern, dass Jugendliche ab 16 Jahren als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner Ausschüssen auf der kommunalen Ebene angehören dürfen. Wir wollen darüber hinaus kommunalen Kinder- und Jugendparlamenten ermöglichen, ein Mitglied in den Jugendhilfeausschuss zu entsenden, das dort über ein Vorschlags- und Beteiligungsrecht verfügt.

Wir wollen die Kommunen außerdem beim Auf- und Ausbau von kommunaler Jugendpartizipation unterstützen. Kinder und Jugendliche sollen das verbindliche Recht erhalten, an Planungen und Vorhaben mitzuwirken, die deren Interessen berühren. Kommunen und Gemeinden, die Interesse an der Einrichtung eines Kinder- oder Jugendparlaments haben, wollen wir über die Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung NRW stärker durch Beratung unterstützen. Wir erwarten von allen Kommunen, dass sie Strukturen der dauerhaften und verbindlichen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen etablieren, wie sie insbesondere auch Kinder- und Jugendräte darstellen. Dies gilt auch für die Ebene der Landkreise mit einer Anbindung an Kreistage. Bereits bestehende kommunale Strukturen, bei denen das Jugendgremium den Status eines offiziellen Gremiums der Stadt hat und mit denen die Beteiligung an politischen Prozessen verbindlich verankert ist, weisen den Weg.

Kinder und Jugendliche haben sich während der Pandemie in der Debatte um Einschränkungen und Öffnungen des öffentlichen Lebens oft zu wenig berücksichtigt und gehört gefühlt. Wir haben darum bereits die Weichen für das deutschlandweit erste direkt und frei gewählte Landesjugendparlament gestellt. Es soll dauerhafte, krisenfeste Strukturen für Jugendbeteiligung gegenüber der (Landes-)Politik schaffen.

Digitale Volksinitiativen ermöglichen

Digitale Beteiligungsformen bieten die Chance, mehr Menschen in demokratische Prozesse einzubinden. Neue Möglichkeiten wollen wir deswegen nutzen. Orientiert an Beispielen aus anderen Bundesländern wollen wir ermöglichen, dass Bürgerinnen und Bürger Volksinitiativen und Bürgerbegehren künftig auch in einem sicheren, digitalen Verfahren mit ihrer Unterschrift unterstützen können.

Staatliche Strukturen auf den Prüfstand stellen

Verschiedene Krisensituationen haben gezeigt, dass der Staat in verschiedenen Bereichen nicht immer ausreichend handlungs- und leistungsfähig ist. Das Fax-Gerät in der Pandemie ist hierfür zum Sinnbild geworden. Wir wollen deswegen „den Staat“ auf den Prüfstand stellen, ob er auf der Höhe der Zeit ist – vom Schutz der kritischen Infrastruktur über Herausforderungen durch den Klimawandel bis zu Anforderungen durch die Digitalisierung. Hierzu werden wir die Einsetzung einer beim Landtag angesiedelten, überparteilichen Kommission vorschlagen. Unser Ziel ist eine umfassende Verwaltungsmodernisierung. Im Zuge dieser Verwaltungsmodernisierung wollen wir ebenfalls eine Föderalismusreform mit der Überarbeitung der Zuständigkeiten unter anderem von Kommunen, Kreisen,

Landschaftsverbänden, Bezirksregierungen und dem Land anstoßen. Denn nur ein Staat, der seinen Aufgaben im Ernstfall auch gerecht wird, wird dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gerecht.

Landtagswahlkreise reduzieren
Ein arbeitsfähiges Parlament hat für uns eine zentrale Bedeutung. Bedingt durch die vielen Landtagswahlkreise (127 Wahlkreise auf 181 Sitze) ist die Wahrscheinlichkeit für Überhang- und Ausgleichsmandate relativ groß. Wir setzen uns deswegen dafür ein, dass sich der nächste Landtag zeitnah nach der Wahl mit einer Reduzierung der Wahlkreise auf 90 bzw. 91 Wahlkreise befasst.

Karenzzeit für Richterwahlen einführen
Um die richterliche Unabhängigkeit zu stärken, wollen wir eine Karenzzeit für Abgeordnete, Staatssekretäre und Minister schaffen, die als Richterin oder Richter an den Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen berufen werden sollen. Es soll ausgeschlossen werden, dass sie über Sachverhalte zu entscheiden haben, an denen sie in vorheriger Funktion mitgewirkt haben. Eine solche Trennung dient nicht nur der richterlichen Unabhängigkeit, sondern sichert auch die Gewaltenteilung ab.

GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE

Teilhabe bedeutet für uns mehr als nur dabei zu sein. Es ist die Möglichkeit, aktiv mitzugestalten und gemeinsam etwas aufzubauen. Jede und jeder Einzelne ist wichtiger Bestandteil unserer Gemeinschaft und soll eine echte Chance auf Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens haben. Wir wollen deswegen Barrieren für Teilhabe abbauen. Das umfasst nicht nur physische Barrierefreiheit, sondern auch Hürden für Teilhabe darüber hinaus.

Teilhabe im Alter
Wir wollen, dass unsere Gesellschaft von der Lebenserfahrung älterer Menschen profitieren kann. Dazu wollen wir mehr Selbstbestimmung und Flexibilität beim Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Wir wollen gesetzliche Höchstaltersgrenzen auch außerhalb des Berufslebens abbauen. Ehrenamtliches Engagement von Senioren wollen wir mit Hilfe von passgenauen Angeboten auch unterhalb des zeitlichen Aufwandes der Freiwilligendienste fördern.

Zur Stärkung der Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben zählen die Versorgung mit Waren und Dienstleistungen in erreichbarer Nähe, Mobilitätsangebote, haushaltsnahe und pflegerische Dienstleistungen, Freizeitangebote und soziale Begegnungsmöglichkeiten. Wir wollen den Zugang zu entsprechenden Angeboten sowie zu präventiven und vorpflegerischen Dienstleistungen erleichtern und die professionellen Anbieter in Pflege und Altenhilfe in ihrem räumlichen Umfeld besser vernetzen.

Wir wollen eine Ansprechperson für die Belange von Seniorinnen und Senioren auf Landesebene etablieren, die jährlich dem Landtag einen Bericht vorlegen soll. An sie sollen sich sowohl alle Seniorenvertretungen als auch grundsätzlich alle älteren Menschen in Nordrhein-Westfalen mit Anregungen, Einwendungen und Hinweisen wenden können.

Einsamkeit und sozialer Isolation begegnen
Ein Gefühl von dauerhafter Einsamkeit stellt ein erhebliches Risiko für die Gesundheit der betroffenen Person dar. Dabei handelt es sich längst um ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, das diverse Lebensbereiche berührt und damit auch Auswirkungen auf das Gesundheits- und Sozialsystem hat. Wir wollen das Bewusstsein hierfür erhöhen, die Erforschung fördern und die Anerkennung des Phänomens Einsamkeit und seiner Folgen steigern. Wir setzen uns dafür ein, dass Maßnahmen gegen Einsamkeit und ihrer Folgen zentral organisiert werden und diesem Phänomen damit umfassend begegnet wird. Wir wollen die Vernetzung aller beteiligten Akteure fördern und setzen uns dafür ein, dass das Thema

Einsamkeit unter anderem in Wissenschaft und Forschung, aber auch in der Städteplanung mehr Beachtung erfährt.

Digitale Teilhabe
Die Digitalisierung eröffnet neue Chancen. Digitale Technologien bieten Menschen mit Beeinträchtigungen neue Möglichkeiten, Barrieren zu überwinden und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Wir wollen die Potenziale der Digitalisierung für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung weiter erschließen und dabei die Entwicklung spezieller digitaler Hilfsmittel und assistiver Technologien unter Einbeziehung von künstlicher Intelligenz, Robotik und Augmented Reality unterstützen. Wir wollen die Entwicklung und den Einsatz digitaler Assistenz bei der Inklusion im Arbeitsmarkt und bei der Gestaltung von Arbeitsplätzen voranbringen. Wir setzen uns für die verstärkte Schulung von älteren Menschen zur Nutzung der digitalen Systeme ein.

Teilhabe am Arbeitsleben
Zur Stärkung der Teilhabe an Arbeit setzen wir auf innovative, praktikable und betriebsnahe Lösungen. Der Erfolg bei der Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt ist stark abhängig von handelnden Personen und existierenden regionalen Netzwerken. Deshalb wollen wir die Aufklärungsarbeit bei den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern intensivieren und dabei die Fachberaterinnen und Fachberater Inklusion bei den Kammern noch stärker einbinden. Wir wollen dabei auch das Budget für Arbeit verstärkt nutzen und zudem die bestehenden Angebote für Arbeitsassistenzen erweitern. Wir wollen die erfolgreiche Arbeit der Inklusionsunternehmen fortsetzen und die Arbeit der Werkstätten (WfbM) weiterentwickeln. Werkstätten, die mit Unternehmen kooperieren und somit einen fließenden Übergang von der Werkstatt in den Arbeitsmarkt ermöglichen, haben für uns Modellcharakter.

Persönliches Budget ausbauen
Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt ihr Leben gestalten können und die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebensbereichen erhalten. Wir wollen deshalb die Inanspruchnahme des persönlichen Budgets ausbauen. So können hilfebedürftige Menschen statt der Sachleistung eine Geldleistung in Anspruch nehmen. Sie sind Kundinnen und Kunden, die selbst entscheiden, welcher Anbieter oder welche Person die jeweilige Hilfe erbringen soll. Dazu sind insbesondere verstärkte Informationen und vereinfachte Verfahren erforderlich.

SPORT

Sport stärkt Körper, Geist und Seele – unter anderem durch das gemeinsame Überwinden von Grenzen. Breiten-, Freizeit- oder Profisport prägen viele Grundlagen für den eigenen Lebensweg: Fairness, Respekt, Leistungsbereitschaft, Disziplin, Teamgeist und mentale Stärke. Der organisierte Sport mit all seinen Vereinen trägt eine große Verantwortung, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Im Sportverein werden das Miteinander gefördert und der faire Umgang gefordert. Sport ist integrativ, inklusiv und verbindet Generationen. Auch mit Blick auf den Gesundheitsschutz hat der Sport eine bedeutende Rolle. Zudem ist der Sport einer der größten Wirtschaftsfaktoren im Sportland NRW.

Zum Sport gehören gesundes Trainieren und Ernähren, das Stärken des Gesundheitsbewusstseins und die Prävention von Verletzungen genauso wie der Schutz vor Missbrauch und Doping. Insbesondere im Leistungssport kommt der verantwortungsvolle Umgang mit den Talenten und Zukunftschancen junger Menschen hinzu.

Nordrhein-Westfalen als Sportland stärken
Nordrhein-Westfalen versteht sich als großes Sportland und wirbt mit dem Slogan „Sportland Nr. 1“. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, setzen wir auf hervorragende Spitzensportlerinnen und -sportler sowie einen starken Nachwuchs. Wir wollen ein ausgewogenes Förderverhältnis von Leistungs- und Breitensport, denn beide Bereiche ergänzen sich. Nordrhein-Westfalen braucht starke Partner im Sport, um seine Ziele zu erreichen. Den Plan „Nr. 1 Sportland NRW“ wollen wir als wichtiges Instrument zur

finanziellen Planbarkeit weiter fortschreiben und somit die Arbeit des Landessportbunds als zentraler Landespartner sichern.

Großsportveranstaltungen unterstützen
Unser Sportland zeichnet sich durch die Ausrichtung nationaler und internationaler Sportgroßveranstaltungen aus. Wir wollen, dass unser Land auch künftig Gastgeber von herausragenden Sportereignissen ist. Sportgroßveranstaltungen haben in Nordrhein-Westfalen ein Heimspiel. Wir unterstützen daher neben vielen Großsportveranstaltungen zum Beispiel die FISU World University Games – die Sommer-Universiade 2025 – in der Rhein-Ruhr-Region. Auch einer Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele in Nordrhein-Westfalen, die durch die Initiative „Rhein Ruhr City 2032“ für einen späteren Zeitpunkt angestrebt wird, stehen wir positiv gegenüber.

Olympischen Gedanken und Nachwuchssportler fördern
Für hochklassigen Leistungssport brauchen wir eine sehr gute Förderung und eine ausreichende Breite von talentierten Nachwuchssportlerinnen und Nachwuchssportlern. Hierfür wollen wir eine attraktive, ausgewogene und bedarfsorientierte Infrastruktur sicherstellen. Wir wollen, dass junge Nachwuchssportlerinnen und Nachwuchssportler ihre Chancen und Talente für eine Karriere im Sport bestmöglich nutzen können, gleichzeitig aber auch durch schulische Bildung und berufliche Ausbildung für die Zeit nach ihrer Karriere oder ein frühzeitiges, sportliches Aus abgesichert sind.

Fair Play im Sport – gegen Diskriminierung und Missbrauch
Sport bringt Menschen zusammen und lehrt das Fair Play, also Fairness, Akzeptanz von Regeln und die Achtung des sportlichen Gegners. Durch die Förderung von gegenseitigem Vertrauen und Teamgeist ist der Sport daher Türöffner zur gesellschaftlichen Integration. Dennoch kommt es sowohl im Profi- und Leistungssport wie auch im Amateursport immer wieder zu ausgrenzenden, rassistischen oder diskriminierenden Vorfällen und leider vereinzelt auch zu sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen. Uns ist der Schutz vor physischer und psychischer Gewalt im Sport ein wichtiges Anliegen. In Nordrhein-Westfalen wird seit Jahren Präventionsarbeit im Sport durch den Landessportbund mit Unterstützung durch das Land betrieben. Mit der Fortschreibung des Plans „Nr. 1 Sportland NRW“ werden wir konkrete Maßnahmen zur Prävention sexualisierter Gewalt und zum entschlossenen Entgegentreten bei Mobbing, Diskriminierung und Rassismus auch zukünftig sicherstellen und flächendeckend eine achtsame Vereinskultur fördern.

Motorische Fähigkeiten und Fertigkeiten bei Kindern und Jugendlichen fördern
Sport ist wichtig für die Gesundheitsförderung und ganz besonders auch für die Entwicklung von Kindern, die ihre Umwelt auch durch Bewegung erschließen. Den frühkindlichen Mängeln in Form von Haltungsschäden, unzureichender Koordinationsfähigkeit, Defizite bei körperlichen Ausdauerleistungen und Übergewicht wollen wir begegnen, indem wir das Programm „Sportplatz Kommune“ auf ganz Nordrhein-Westfalen ausrollen. Wir setzen uns dafür ein, dass vor Ort Grün- und Freiflächen für Bewegung erhalten bzw. geschaffen werden.

Schwimmfähigkeit von Kindern stärken
Schwimmen zu können ist nicht nur eine sportliche Frage, es kann das Leben retten. Die zunehmende mangelnde Schwimmfähigkeit insbesondere von Kindern und Jugendlichen ist seit Jahren besorgniserregend. Die Beschränkungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie haben unsere Kinder und Jugendliche stark belastet, der Landesaktionsplan „Schwimmen lernen in NRW 2019 – 2022“ ist deutlich ins Stocken geraten. Diesen Trend wollen wir umkehren. Wir wollen ein „Jahr des Schwimmens“ ausrufen und mehrgleisige Möglichkeiten zur Vermittlung der lebenswichtigen Schwimmfähigkeit nutzen, damit alle Kinder und Jugendlichen dies erlernen können. Für uns beginnt sicheres Schwimmen mit dem Erwerb des Bronze-Schwimmabzeichens. Es bleibt unser Ziel, dass jedes Kind am Ende der Grundschulzeit sicher schwimmen kann.

Sportstätteninfrastruktur weiter verbessern
Das 300 Millionen Euro umfassende Landessportstätteninvestitionsprogramm hat die lang herbeigesehnte Wende eingeleitet und den zunehmenden Verfall unserer fast 38.000 Sportstätten in Nordrhein-Westfalen beendet. Wir wollen das Landesprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ auswerten und die Sportstätteninfrastruktur bedarfsorientiert weiter sanieren, modernisieren und zukunftsweisend ausbauen. Dabei liegt ein besonderes Augenmerk auf der Modernisierung und dem Ausbau der Schwimmbadinfrastruktur.

Digitalisierung im Sport vorantreiben
Die Digitalisierung im Sport muss auf allen Ebenen vorangetrieben werden. Wir wollen den Vereinen und Ehrenamtlichen helfen, die Chancen der Digitalisierung für eine unbürokratischere und einfachere Vereinsführung zu nutzen. Digitalisierung im Sport bedeutet aber auch die vollumfängliche Anerkennung des E-Sports. Hierzu wollen wir die rechtlichen Grundlagen für die Anerkennung des E-Sports als gemeinnütziger Zweck schaffen. Auch Sportvereine sollen partizipieren können. In Nordrhein-Westfalen wollen wir den Aufbau von Verbands- und Ligastrukturen vorantreiben und den begonnenen Aufbau von E-Sport-Zentren einschließlich einer professionell organisierten E-Sportausbildung unterstützen.

VERANTWORTUNG FÜR UNSERE WELT

Die Herausforderungen unserer Zeit können nicht mehr nur national gelöst werden, sondern nur mit internationaler Zusammenarbeit. Nordrhein-Westfalen übernimmt darum auch als Bundesland internationale Verantwortung in Europa und der Welt. Wir wollen die europäische und internationale Zusammenarbeit gezielt ausbauen, um aus den großen Herausforderungen die großen Chancen unserer Zeit zu machen.

Nordrhein-Westfalen liegt im Herzen Europas. Für uns ist europäische Zusammenarbeit deswegen selbstverständlich. Unter anderem über den Ausschuss der Regionen wollen wir Nordrhein-Westfalen als Stimme der regionalen und lokalen Ebene in der regionalen europäischen Zusammenarbeit stärken.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit Nordrhein-Westfalens soll darüber hinaus nicht an den Grenzen der Europäischen Union Halt machen. Als bevölkerungsreichstes Bundesland mit vielfältigen Erfahrungen in den Bereichen Strukturwandel und Industrie wollen wir auch Verantwortung in der internationalen Zusammenarbeit übernehmen. Entwicklungszusammenarbeit umfasst für uns auch die Stärkung des grenzüberschreitenden Handels und internationaler Messen. Gemeinsam mit der nordrhein-westfälischen Investitionsagentur NRW.Global Business wollen wir auf den weiteren Abbau internationaler Handelshürden und Beschränkungen hinwirken.

Einfluss in der EU nutzen und ausbauen
Wir wollen die Rolle Nordrhein-Westfalens in der Europäischen Union weiter stärken und über die Kontakte mit und in den EU-Institutionen unsere weitreichenden Erfahrungen mit dem Strukturwandel einbringen, um beispielsweise einen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels zu leisten. Dabei soll auch der Austausch zwischen Forschenden zum Strukturwandel und der betroffenen Akteure in der Region weiter gestärkt werden.

Grenzübergreifende Task Forces etablieren
Nordrhein-Westfalen, Belgien und die Niederlande haben zu Beginn der Corona-Pandemie eine „Cross-Border Task Force Corona“ geschaffen. Durch regelmäßigen und schnellen Informationsaustausch wurden Kräfte so gebündelt, Maßnahmen abgestimmt und vor allem die Grenzen offengehalten, um Grenzpendlern die Arbeit im Nachbarland zu ermöglichen und Lieferketten aufrechtzuerhalten. Die Aufnahme und Versorgung belgischer und niederländischer Covid-19-Patienten mit schweren Krankheitsverläufen war ein Akt gelebter europäischer Solidarität.

Wir wollen diese Zusammenarbeit darum im Rahmen einer Task Force „Borderless EU“ institutionalisieren und ihre Handlungsfelder ausweiten. Die Task Force soll in enger Zusammenarbeit mit den Euregios und weiteren Kooperationspartnern grenzüberschreitende Hindernisse identifizieren und im Rahmen einer jährlich stattfindenden trilateralen Regierungskonsultation Handlungsmaßnahmen zu ihrem Abbau vorschlagen. Darüber hinaus soll sie verstärkt potenzielle grenzüberschreitende Projektkooperationen identifizieren und die Möglichkeiten einer gezielten EU-Förderung ausloten. Auf diese Weise wollen wir die Zusammenarbeit mit Belgien und den Niederlanden auf eine neue Stufe heben. Sie soll eine Vorreiterrolle für grenzüberschreitende, regionale Kooperation einnehmen und eine Vorbildfunktion für ganz Europa entfalten. Beispiele für eine engere Zusammenarbeit sind die Förderung der EUREGIO-Profilschulen, die Stärkung der Grenz-Info-Punkte, die grenzüberschreitende feuerwehrdienstliche Versorgung und medizinische Notfallhilfe sowie ein grenzüberschreitender Katastrophenschutz und die Weiterentwicklung bi-nationaler Polizeieinsatzteams. Darüber hinaus setzen wir uns weiter dafür ein, die Anerkennung von Berufsausbildungen in Grenzregionen zu verbessern und so auch grenzübergreifende Ausbildungen zu ermöglichen.

Zur Entlastung von Unternehmen in Grenzregionen wollen wir die tagesaktuell vorzuweisenden A1-Entsendebescheinigungen zum Nachweis der Sozialversicherung digitalisieren.

Deutsch-Niederländischen Austausch fördern
Seit 2019 fördert Nordrhein-Westfalen das Deutsch-Niederländische Jugendwerk und unterstützt damit Schüleraustausche, Ausflüge ins Nachbarland oder gemeinsame Veranstaltungsbesuche in den Niederlanden und Deutschland. Wir wollen diese finanzielle Förderung ausbauen und verstetigen, damit noch mehr junge Menschen zu überzeugten Europäerinnen und Europäern von morgen werden.

In der Grenzregion liegen zahlreiche Hochschulen und Universitäten, die bereits heute im Vorlauf des EU-Projekts des Einsteinteleskops eng zusammenarbeiten. Wir unterstützen Initiativen zur Förderung einer engeren grenzüberschreitenden Hochschulzusammenarbeit.

Freundschaftliche Beziehungen zu Großbritannien vertiefen
Wir bedauern den EU-Austritt Großbritanniens zutiefst. Nordrhein-Westfalen hat besondere historische Beziehungen zum Vereinigten Königreich. Die Briten haben unser Bundesland vor rund 75 Jahren gegründet, in der Folgezeit geprägt und beim Aufbau der jungen deutschen Demokratie unterstützt. Wir wollen unsere engen und freundschaftlichen Beziehungen zu Großbritannien trotz erfolgtem Brexit vertiefen. Wir wollen uns darum auf Bundesebene für die Schaffung eines deutsch-britischen Jugendwerks einsetzen, um den Austausch zwischen jungen Menschen zu fördern. Auslandssemester und -aufenthalte von Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Azubis wollen wir über das nordrhein-westfälisch-britische Stipendienprogramm, das wir bereits in Regierungsverantwortung angestoßen haben, weiterhin ermöglichen und finanziell fördern.

Partnerschaft mit Ghana mit Leben füllen
Wir wollen die seit 2007 bestehende Partnerschaft mit Ghana weiter voranbringen. Ein jährlich stattfindender, institutionalisierter Austausch auf Regierungs- und Parlamentsebene soll künftig dafür sorgen, dass die Zusammenarbeit mit Ghana in den Feldern Wirtschaft, Gesundheit, Ressourcenschutz, Bildung und Hochschule verstetigt sowie bedarfs- und zielorientiert vertieft wird. Unterstützungsbedarf besteht unter anderem auch bei der Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung vor Ort. Weitere Ziele sind die Kooperation im Bereich des Migrationsmanagements sowie die Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungssituation in Ghana.

Zusammenarbeit mit Israel intensivieren
Nordrhein-Westfalen ist seit Jahrzehnten Israel besonders verbunden. Anfang 2020 hat das Land in Tel Aviv ein Verbindungsbüro für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur eröffnet. Wir wollen die vielfältigen Aktivitäten Nordrhein-Westfalens in Israel bündeln, vor Ort präsenter sein und neue

Ideen für die Zusammenarbeit voranbringen. Gerade im Bereich von Wissenschaft und Forschung, der digitalen Agenda und der Start-up-Entwicklung bestehen zahlreichen Chancen für gemeinsame Projekte, die wir nutzen wollen.

Impulse setzen durch multilaterale Partnerschaften
Nordrhein-Westfalen verbinden gute Beziehungen zu vielen europäischen Staaten. Mit der französischen Region Hauts-de-France und der polnischen Woiwodschaft Schlesien bildet es das Regionale Weimarer Dreieck. Wir wollen diese trilaterale Zusammenarbeit in Folge des Frankreich/Polen-Jahres 2021/22 ausbauen. Wir wollen mit unseren Partnern besprechen, ob wir die Partnerschaft um weitere bestehende oder künftige Partnerregionen, wie z.B. das italienische Piemont, erweitern können – auch für neue Impulse für europäische Zusammenarbeit.

Rechtsstaatlichkeit in Europa stärken und einfordern
Wir stehen für Rechtsstaatlichkeit in ganz Europa ein. Der Rechtsstaatsmechanismus ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir setzen uns auf Bundes- und EU-Ebene dafür ein, dass EU-Mitgliedstaaten, die massiv gegen das Rechtsstaatsprinzip verstoßen, automatisch EU-Gelder gekürzt werden. Denn wer von einer EU-Mitgliedschaft profitieren möchte, muss auch ihre Grundprinzipien teilen und schützen.

Globaler Klimaschutz durch Technologietransfer und Wissensaustausch
Umwelt- und Klimaschutz sind eine globale Herausforderung. Als Industrieland Nr. 1 mit weitreichenden Erfahrungen im Strukturwandel wollen wir Entwicklungs- und Schwellenländer bei ihren Bemühungen im Klima- und Umweltschutz unterstützen, unter anderem durch einen verstärkten Technologietransfer. Die Universitäten und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen wollen wir dabei eng einbinden.

Internationale Zusammenarbeit lokal verankern
Verständnis für andere Kulturen und Nationen entsteht und wächst am besten durch persönliches Kennenlernen, den Aufbau zwischenmenschlicher Beziehungen und das Arbeiten an gemeinsamen Projekten. Ein wichtiger Eckpfeiler sind die zahlreichen Partnerschaften, die Städte und Gemeinden mit Partnern in Europa und weltweit geschlossen haben. Wir wertschätzen das hohe, meist ehrenamtliche Engagement und wollen diese Initiativen nachhaltig mit Beratung und Projektförderungen unterstützen.

Landesstiftung für politisch verfolgte Studierende
Diktatoren und Despoten weltweit nutzen alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel, um unliebsame politische Meinungen zu unterdrücken. Viele dieser Instrumente betreffen junge Menschen, die ihre politische Meinung im Kampf für Freiheit und Grundrechte zum Ausdruck bringen. Studierende werden vom Studium ausgeschlossen oder ihre akademische Laufbahn wird auf anderem Wege in Gänze gefährdet. Wir verurteilen diese Repressionen ausdrücklich. In Nordrhein-Westfalen möchten wir mit einer Landesstiftung für politisch verfolgte Studierende konkrete Hilfe bieten. Ziel der Stiftung soll sein, jungen Menschen, denen eine akademische Laufbahn in ihrem Heimatland verwehrt bleibt, durch ein vollumfängliches Stipendienangebot ein Studium an einer Hochschule Nordrhein-Westfalens zu ermöglichen.

WIR WOLLEN EIN NRW, DAS NACHHALTIG UND INNOVATIV IST

KLIMASCHUTZ

Als Anwalt für Generationengerechtigkeit sehen wir es als unsere Verantwortung an, nachfolgenden Generationen einen intakten Planeten zu hinterlassen und deshalb Umwelt und Natur vor irreversiblen Schäden zu bewahren. Eine zentrale Menschheitsaufgabe in diesem Jahrhundert ist daher der Klimaschutz. Wir bekennen uns auf Grundlage der Pariser Klimaschutzziele zum Ziel der Treibhausgasneutralität in Nordrhein-Westfalen bis 2045. Dieses ambitionierte Ziel haben wir als erstes

Bundesland auch im nordrhein-westfälischen Klimaschutzgesetz umgesetzt. Im Mittelpunkt müssen nun die richtigen Maßnahmen stehen, um dieses Ziel ideologiefrei mit den wirksamsten Lösungen zu erreichen. Denn Klimaschutz auf der Grundlage von Verzicht wird weltweit keine Nachahmer finden. Vielmehr müssen Klimaschutz und Wirtschaftswachstum zu einer gemeinsamen Erfolgsgeschichte werden. Dass dies möglich ist, zeigen die Emissions-Reduktion in Nordrhein-Westfalen von 45 Prozent im Jahr 2020 im Vergleich zu 1990. Dafür setzen wir auf Forschung, Innovationen und kluge Ideen. Neue Technologien sind dabei die Lösung für komplexe Umweltprobleme und zugleich der Schlüssel, erneuerbare Energien zu wettbewerbsfähigen Preisen anzubieten und dabei das Klima zu schützen. Nordrhein-Westfalen verfügt hier bereits über ein breites Know-how, das es klug zu fördern und in die Praxis umzusetzen gilt. Dies wollen wir unter anderem durch praxisorientierte Studiengänge zu Klima- und Strukturwandel sowie eine Unterstützung wirtschaftlich unabhängiger Hochschul-Ausgründungen weiter ausbauen. Wir verstehen Klimaschutz als Querschnittsaufgabe, die nur unter Einbindung aller beteiligten Akteure gelingen kann.

Nordrhein-Westfalen zum innovativen Klimaschutzstandort machen

Bereits heute bieten viele nordrhein-westfälische Unternehmen innovative und zugleich ressourcenschonende Produkte und Lösungen an, die damit Arbeitsplätze erhalten und schaffen. Aufgabe der Politik ist es, diesen Prozess konsequent durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen zu unterstützen. Dafür wollen wir geeignete Anreizstrukturen schaffen, die Mittel aus dem Strukturstärkungsfonds für klimaschonende Strukturpolitik nutzbar machen und einen Wettbewerb um beste Ideen fördern.

Technologieoffene Forschung und Investitionen

Mit seiner hervorragenden Forschungslandschaft verfügt Nordrhein-Westfalen über die beste Ausgangslage, um einen zukunftsweisenden Technologiemix zu entwickeln. Dabei wollen wir technologieoffen handeln – nicht nur im Bereich alternativer Antriebe, sondern auch bei erneuerbaren Energien und Produktionsprozessen. Damit die Forschungskompetenzen auf diesen Feldern weiter wachsen, braucht es verstärkte und breiter aufgestellte Investitionen. Wir wollen Nordrhein-Westfalen im globalen Wettrennen um Zukunftstechnologien in die Spitzengruppe führen.

CO2 einen Preis geben – Emissionshandel ausweiten

Für die notwendige Begrenzung des CO2-Ausstoßes muss auf Bundesebene und international das stärkste und sinnvollste Instrument Anwendung finden: die Ausweitung des Emissionshandels auf alle Sektoren. Seine Ausweitung über alle Sektoren und idealerweise auch über alle Staaten dieser Erde garantiert das Einhalten des Ziels der Klimaneutralität sowie die Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs auf maximal 1,5 Grad. Gleichzeitig sorgt der Emissionshandel für die Suche nach den besten Lösungen zum geringsten Preis und ist damit effizient und fair. Bei der Ausweitung des Emissionshandels sind zunächst der Bund und die EU gefordert – langfristig ist jedoch klar, dass ein konsequenter Emissionshandel einer internationalen Ausweitung bedarf. Denn eine effiziente Klimapolitik gelingt nur dann, wenn global gehandelt wird. Klimaschutz ist und bleibt eine internationale Aufgabe und kann nur durch eine weltweite Zusammenarbeit vollständig erreicht werden. Sonst sind Unternehmen mit Wettbewerbsnachteilen konfrontiert oder werden zu Auslandsverlagerungen gedrängt, was Klima und Standort schadet. Daher begrüßen wir die Absicht der neuen Bundesregierung, mit Instrumenten wie einem wirksamen Carbon-Leakage-Schutz eine erfolgreiche Transformation zu begleiten. Eine Weiterführung der freien Zuteilung von Emissionszertifikaten insbesondere für CO2-intensive Branchen bleibt ein wichtiger Baustein zur Vermeidung von Carbon Leakage.

„Low Carbon Industry“ für Nordrhein-Westfalen

Wir haben in Regierungsverantwortung eine „Carbon Management Strategie“ vorgelegt. Ziel ist es, die Transformation der nordrhein-westfälischen Industrie hin zu einer „Low Carbon Industry“ zu begleiten und zu beschleunigen. Die hierzu notwendigen Initiativen werden wir verstärken. Um die Klimaschutzziele zu erreichen und unser Land als Industriestandort weiterzuentwickeln, zielen wir nicht ausschließlich auf eine Vermeidung der Nutzung von Kohlenstoff (Dekarbonisierung). Es geht vielmehr um innovative und

klimafreundliche Wege, Kohlenstoff als wichtigen Rohstoff intelligenter und nachhaltiger zu nutzen und zu managen. Wir streben eine zukunftsfähige Kohlenstoffwirtschaft an, die sich zunehmend von der Ausbeutung fossiler Quellen löst (Defossilisierung), Kreisläufe durch Nutzung von Sekundärrohstoffen schafft und Kohlenstoff klimaunschädlich abscheidet und nutzt oder speichert.

Soziale Härten vermeiden
Damit Klimaschutz keine soziale Frage wird, muss es einen Ausgleich für Mehrbelastungen geben. Wir wollen die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß senken und die für Endverbraucher belastenden Subventionen im Erneuerbare-Energien-Gesetz durch ein marktwirtschaftliches Modell ablösen. Denn die Energiewende darf nicht dazu führen, dass Menschen mit geringem Einkommen durch hohe und unverhältnismäßige finanzielle Belastungen eingeschränkt werden. Die Lenkungswirkung hin zu klima- und umweltverträglicheren Produkten ist aber eine wichtige Säule in einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. Wir begrüßen daher, dass die neue Bundesregierung unter anderem die Abschaffung der EEG-Umlage beabsichtigt.

Schutz vor Hochwasser und Starkregen verbessern
Die Folgen des Klimawandels sind im Alltag bereits spürbar. Starkregenereignisse können in Katastrophen münden und erhebliche Personen- und Sachschäden verursachen. Wir wollen deswegen den technischen Hochwasserschutz auf den Prüfstand stellen. Talsperren und Regenrückhaltebecken kommen in Extremwettersituationen an ihre Grenzen. Auch die kleineren Flüsse wurden in der Vergangenheit zu wenig beachtet. Durch Starkregen können kleine Bäche und Flüsse zu meterhohen Strömen werden. Wir setzen uns deswegen für mehr Überschwemmungsräume für Breit- statt Hochwasser ein. Ufersäume sollen von Bewirtschaftung freigehalten werden. Rückhalteflächen müssen ertüchtigt oder neu angelegt sowie Auenlebensräume aktiviert werden, um weitere Rückhaltevermögen zu schaffen. Einen vermehrten Humusaufbau in der Land- und Forstwirtschaft wollen wir nutzen, um die Wasserspeicherfähigkeit des Bodens zu steigern. Wasserrückhaltegebiete sollen neu geschaffen und dauerhaft erhalten werden. Daneben wollen wir die Hochwassergefahrenkarten und Risikokarten auf den Prüfstand stellen und überarbeiten.

Weiterhin setzen wir uns für die Erarbeitung von Notfall- und Informationssystemen ein, die eine Informationsweitergabe auch bei Stromausfall bzw. Ausfall einzelner Glieder der Meldekette gewährleisten. Bund und Länder müssen zudem die bestehenden Kooperationsmodelle ausbauen. Dann können sie im Fall von massiven Überschwemmungen unkompliziert und ohne langwierige Verwaltungshürden oder Kompetenzstreitigkeiten auf Unterstützungsmöglichkeiten von Maschinen und Fachkräften zurückgreifen, zum Beispiel zur Schadensanalyse, zur Schadensbeseitigung, zum Wiederaufbau sowie zur gesundheitlichen Versorgung.

UMWELT- UND NATURSCHUTZ

Umwelt- und Naturschutz sind integraler Bestandteil nachhaltiger und generationengerechter Politik. Eine intakte Umwelt, sauberes Wasser und saubere Luft sind Grundlage für ein gesundes Leben. Wir setzen uns für Lösungen ein, die möglichst effizient und wirksam sind und Ziele möglichst passgenau erreichen. Dies gelingt am besten gemeinsam mit den Menschen, nicht gegen sie. Wir begreifen den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen nicht als Gegensatz zur Bewirtschaftung, sondern als notwendige Voraussetzung und wollen den Vertragsnaturschutz stärken. Wir setzen nicht auf Verbote, sondern auf innovative Lösungen.

Wir stehen für marktwirtschaftliche Ansätze im Umweltschutz – gerade weil uns Umwelt und Klima am Herzen liegen und es notwendig ist, schnell zu handeln. Nur mit Innovation und Forschung, nur durch marktwirtschaftliche Anreize für Investitionen und praktische Lösungen, nur durch Ausgleich zwischen Natur schützen und Natur nutzen werden wir Umweltprobleme schnell genug, effizient genug und mit ausreichend großer Akzeptanz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe lösen können.

Wir wollen die Entwicklung und Umsetzung von Sortiertechnologien, die Flugasche-Deponien reinigen und recyceln zu CO2-reduziertem Zement und Ruß, aus dem die Chemieindustrie Metalle rückgewinnt.

Flächengebrauch neu denken

Werden Flächen in Anspruch genommen, muss hierfür in der Regel ein Ausgleich an anderer Stelle erfolgen. Auch in einem Flächenland wie Nordrhein-Westfalen sind Grund und Boden begrenzt, geeignete Flächen sind jedoch für viele Zukunftsprojekte wichtig, etwa Infrastrukturvorhaben, den Wohnungsbau und die Landwirtschaft sowie für Industrie und Gewerbe. Für die begrenzte Flächenverfügbarkeit setzen wir auf innovative und sachgerechte Lösungen, die unversiegelte Flächen weitestmöglich erhalten und gleichzeitig Fortschritt und Entwicklung ermöglichen. Wir werden dafür sorgen, Ausgleichsmaßnahmen effektiver umzusetzen, indem wir dafür zentrale Koordinierungsstellen schaffen. Für bestimmte ökologisch besonders sinnvolle Projekte, wie beispielsweise den Ausbau von Radwegen, werden wir eine Befreiung von der Ausgleichsverpflichtung anstreben. Hierzu wollen wir das Bau- und Naturschutzrecht weiterentwickeln. Wir wollen insbesondere Innovationspotenziale heben. Neben der Altlastensanierung wollen wir dabei auch Möglichkeiten zur Entsiegelung bzw. zum Rückbau nicht mehr der ursprünglichen Nutzung unterliegender Flächen einbeziehen. Durch Flächenrecycling wollen wir insbesondere auch Flächen für die Industrie nutzbar machen. Auch in Zukunft wollen wir dazu ehemalige Bergbauflächen, Industriebrachen und Konversionsflächen entwickeln und vermarkten.

Handel von Kompensationsflächen modernisieren und Flächenzertifikate einführen

Der Boden unserer Erde ist ein entscheidender CO2-Speicher. Uns ist es deswegen wichtig, unversiegelte Flächen zu erhalten und aufzuwerten. Der Handel mit Kompensationsflächen kann zu einer enormen Beschleunigung von Vorhaben führen, von dem Natur und Vorhabenträger gleichermaßen profitieren, da die Kompensationsflächen bereits vor Maßnahmenbeginn existieren. Hier haben wir bereits erste Erfolge erzielen können, wollen durch eine Weiterentwicklung aber weiteres Potenzial nutzen. Wir setzen uns für die Einführung eines Flächenzertifikatehandels ein, mit dem Kommunen Flächen untereinander handeln können,. Die Zertifikate sollen für Kommunen dann erforderlich sein, wenn Außenbereiche in Bauland umgewandelt werden sollen. Gleichzeitig sollen für die Rücknahme von bereits ausgewiesenem Bauland sogenannte „weiße Zertifikate“ geschaffen werden.

Luftverschmutzung reduzieren

Zur Verringerung der Luftverschmutzung setzen wir auf innovative Verkehrsantriebe, eine verstärkte Begrünung und intelligente Verkehrssysteme. Bestehende Grenzwerte müssen regelmäßig wissenschaftlich neu bewertet werden. Darüber hinaus müssen Messstationen für die Erfassung von Emissionen realistische, zuverlässige und belastbare Werte liefern. Wir wollen innovative Lösungen für den Verkehr von morgen mit einem Mix aus verschiedenen emissionsarmen Technologien. Hier wollen wir Potenziale insbesondere im Bereich der „grünen“ Wasserstofftechnologie stärker nutzen. Die öffentliche Hand soll hier als Vorbild vorangehen und bei der Neuanschaffung von Fahrzeugen auf innovative Antriebe setzen.

Wälder und Moore für bessere Luft und Klimaschutz nutzen

Wir wollen mehr Aufforstungen und den Schutz bestehender Wälder bei uns und weltweit durch den Erhalt von Regenwäldern vorantreiben. Dafür sollen negative Waldbilanzen global geächtet werden. Wälder und Moore sind Hüter von Biodiversität und wirksame Kohlenstoffspeicher. Neben Emissionsminderungen sind Aufforstungen, Agroforstwirtschaft und die Wiedervernässung von Mooren ein Weg, die Erwärmung des Planeten zu begrenzen. Diese CO2-Senken sollen in den Emissionshandel einbezogen werden, um entsprechende Anreize zu setzen.

Artenschutz bei uns und weltweit stärken

Wir wollen das Artensterben verhindern. Der Erhalt der Artenvielfalt ist eine Menschheitsaufgabe und ethische Verpflichtung. Er ist zugleich wissenschaftlich, wirtschaftlich und medizinisch sinnvoll. Denn unzählige wichtige Errungenschaften in Technik und Medizin kommen aus der Natur. Allein durch die Ausweisung zusätzlicher Naturschutzgebiete kann kein Artenschutz betrieben werden. Wir wollen daher

die Aufwertung bestehender Naturschutzflächen. Auf den geschützten Flächen besteht noch erhebliches Potenzial für Artenschutz. Die Aufwertung von Naturschutzflächen soll der Ausweisung weiterer Naturschutzflächen vorgehen. So wollen wir unternehmerische Investitionen und Artenschutz zusammenbringen. Wir wollen das Monitoring der Biodiversität ausbauen, um eine zielgerichtete Naturschutzpolitik zu betreiben. Hier setzen wir auf digitale Lösungen zur Datenerfassung und weiterhin auf die erwiesene Kompetenz und Unterstützung unserer Jägerinnen und Jäger.

Ideologisch betriebene Prestigeprojekte wie die Ausweisung von Nationalparks gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort lehnen wir ab. Gerade die Ausweisung eines Nationalparks in der Senne führt nicht zum besseren Schutz der Kulturlandschaften in der Senne, sondern aufgrund der einschränkenden Vorgaben in Bezug auf Nutzung und Bewirtschaftung zu deren Gefährdung. Wir machen uns stattdessen für ein gemeinschaftliches Nutzungskonzept stark, dass wirksamen Naturschutz bestmöglich mit den Interessen von Bürgern, betroffenen Kommunen und Britischen Streitkräften zugleich mit einer Förderung des Tourismus und dem Erhalt und Übungsmöglichkeiten des Bundeswehrstandortes Augustdorf in Einklang bringt.

Zukunft des Waldes

Der Wald ist einer der wichtigsten Faktoren für Klimaschutz und Artenvielfalt. In den letzten Jahren haben Dürre, Sturm und der Befall des Borkenkäfers den Wäldern stark zugesetzt. Die Aufforstung und Schädlingsbekämpfung sind deshalb zentral, um heimische Wälder zu schützen und sie zukunftsfest zu machen. Wir wollen deshalb Waldbauern und Forstwirtschaft unterstützen, damit unsere Wälder sich schnell wieder erholen können. Gleichzeitig wollen wir neue Anreize schaffen, um Waldflächen als Lebensräume und Klimaschützer zu stärken und Aufforstungspotenziale zu nutzen. Dazu wollen wir die Land- und Forstwirtschaft in das europäische Emissionshandelssystem (ETS) aufnehmen und Anreize und Beteiligungsmöglichkeiten auch für Bürgerinnen und Bürger schaffen, etwa durch sogenannte Bürgerwälder.

Schützen durch Nützen

Die Arbeit in und mit der Natur ist für viele Menschen Lebensgrundlage. Sie nutzen Produkte aus der Natur und haben deshalb auch ein besonderes Interesse an ihrem Erhalt und Schutz. Das bewährte Prinzip „Schützen durch Nützen“ hat sich bewährt: Landwirtinnen und Landwirte, Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer, Jägerinnen und Jäger, Imkerinnen und Imker und Anglerinnen und Angler leben und arbeiten in einer besonderen Symbiose mit der Natur. Durch die Bewirtschaftung leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaften, zum Arten- und Tierschutz, zur touristischen Nutzung und Bildung, aber auch für die Lebensmittelversorgung und -sicherheit. Insbesondere im ländlichen Raum ist die Anerkennung dieser Leistungen für Natur und Gesellschaft von großer Bedeutung. Das Prinzip „Schützen durch Nützen“ hat sich dabei stets weiterentwickelt, um beide Aspekte gleichermaßen zu verbessern. Wir unterstützen Innovationen in Züchtung, Pflanzenschutz, Digitalisierung und anderen Bereichen, die dazu beitragen, den Umweltschutz zu stärken und die Erträge zu verbessern.

Wohlstand und Nachhaltigkeit zusammenbringen

Wir wollen mit der Bioökonomie Antworten auf globale Herausforderungen unserer Zeit finden: Klimawandel, Schutz natürlicher Lebensgrundlagen, Sicherstellung der Welternährung und die Endlichkeit fossiler Rohstoffe. Bioökonomie ist die nachhaltige und innovative Nutzung biologischer Ressourcen und die Weiterentwicklung biologischer Prozesse. Klebstoff aus Pflanzen, Smartphone-Displays aus Zucker oder T-Shirts aus Kaffeesatz – das alles ist möglich. Wir wollen innovative Forschung zur effizienteren Nutzung von Ressourcen voranbringen, die Produktion in innovativen Bioraffinerien etablieren und einen Beitrag für eine zukunftsorientierte, nachhaltige Wirtschaft leisten. Damit verbinden wir Ökologie und Ökonomie.

Überhitzung in Städten durch blaue und grüne Infrastruktur verhindern

Wir wollen dafür sorgen, dass die Großstädte auch in Zukunft in den Sommermonaten bei größerer Hitze lebenswert sind. Wir setzen uns für einen Ausbau blauer und grüner Infrastruktur ein. Neben

Wasserflächen in Parks setzen wir auf ein innovatives Wassermanagement. Hierbei ist die Wasserspeicherung „Schwammstadt“ ein wichtiger Baustein. Wir wollen auch Anreize für private Wasserspeicher schaffen. Grünflächen leisten nicht nur einen positiven Beitrag für das Stadtbild, sondern sorgen auch im Hochsommer für Abkühlung. Neben zusätzlichen Grünflächen setzen wir uns für die Aufwertung und Weiterentwicklung von bestehenden Flächen sowie Fassaden- und Dachbegrünungen ein. Wir wollen die Kommunen bei dieser Herausforderung insgesamt unterstützen.

Wertschätzung für Lebensmittel steigern
Jährlich werden in Deutschland etwa zwölf Millionen Tonnen Lebensmittel in den Müll geworfen. Mehr als die Hälfte der Lebensmittelverschwendung wird durch private Haushalte verursacht. Die Hauptgründe hierfür sind falsche Lagerung und schlechte Einkaufsplanung. Ein weiterer Grund ist der falsche Umgang mit dem Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD). Zu oft wird das MHD als Datum für Genussuntauglichkeit interpretiert. Hier müssen Verbraucherinnen und Verbraucher zum Beispiel mittels Informationskampagnen stärker sensibilisiert werden. Zusätzliche Anreize für Supermärkte und Restaurants können auch hier die Lebensmittelverschwendung reduzieren. Dies führt gleichzeitig zu Müllvermeidung und Ressourcenschonung.

Recycling verbessern: recyceln statt wegwerfen
Neben der Müllvermeidung ist die Mülltrennung und Wiederverwertung von Wertstoffen ein wichtiges Instrument für mehr Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz. Wir setzen uns für modernes Recycling als Alternative zu Produktverboten ein. Wir wollen, dass aus Abfällen neue Rohstoffe werden. Für die Erreichung der Klimaziele des Pariser Klimaabkommens müssen wir ressourceneffizienter wirtschaften und die Kreislaufwirtschaft stärken. Innovative Wiederverwertungstechnologien wie das chemische Recyceln im Verpackungsbereich helfen, die Mengen an recyceltem Material zu erhöhen. Das Recycling von Kunststoffen wollen wir ausweiten. Bislang werden die Sammlung und Nutzung von Wertstoffen regional sehr unterschiedlich gehandhabt. Wir wollen zu einem System kommen, das effizienter und besser für die Umwelt und die Verbraucherinnen und Verbraucher ist. Dazu wollen wir in ganz Nordrhein-Westfalen Wertstoffcontainer einführen, die so funktionieren wie Glascontainer und bei denen Wertstoffe wie Elektrokleingeräte und Metalle abgegeben werden können zum Recycling.

ENERGIE

Nordrhein-Westfalen ist das Energieland Nr. 1: Mit den hier ansässigen Unternehmen der Energiewirtschaft sowie der energieintensiven Industrie kommt unserem Land eine Schlüsselrolle im Energiesystem zu. Für uns ist klar: Wir brauchen eine jederzeit verlässliche, aber gleichzeitig auch umweltfreundliche Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen. Wir wollen den Umstieg auf erneuerbare Energien mit innovativen Technologien und den Chancen der Digitalisierung und Vernetzung vorantreiben. Zudem wollen wir die Energiewende stärker innovativ, international und als Gesamtsystem denken und die Bereiche Wärme und Kälte für Gebäude, Industrieprozesse sowie Kraftstoffe ebenso einbeziehen. Unser Ziel ist ein kosteneffizientes, sicheres und weltweit vernetztes europäisches Gesamtsystem „Energieversorgung“. Wir wollen unsere Hochschullandschaft nutzen, um die für einen erfolgreichen Transformationsprozess notwendigen Weichenstellungen wissenschaftlich und technologieoffen zu begleiten und durch innovative Studiengänge Fachkräfte zur Gestaltung des Strukturwandels auszubilden.

Zieldreieck von Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und wettbewerbsfähigen Preisen
Um eine zukunftsfähige und sichere Energieversorgung zu gewährleisten, braucht es neben der steigenden Nutzung von erneuerbaren Energien weitere Technologien wie einen kurzfristigen Wechsel des Brennstoffs von Kohle auf Gas bei konventionellen Großkraftwerken, den perspektivischen Einsatz von grünem Wasserstoff in der Strom- und Wärmeerzeugung sowie einen Markthochlauf weiterer Power-to-X-Technologien. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die Netzinfrastrukturen für Strom, Gas und Wärme zügig aus- und umgebaut werden, damit die erneuerbaren Energien erfolgreich integriert werden können. So wollen wir etwa die Vorteile des Wasserstoffs bei der Speicherung nutzen und vermehrt

Anreize für Batteriespeicher schaffen. Wir unterstützen daher den Bund, der Speicher als eigenständige Säule des Energiesystems neben Produzenten, Netzen und Verbrauchern rechtlich definieren will. Dabei ist entscheidend, dass wettbewerbsfähige Preise als Ziel mitberücksichtigt werden – vor allem mit Blick auf die internationale Ausrichtung der energieintensiven Industrie. Die 2019 in Münster angesiedelte, deutschlandweit einzigartige Forschungsfabrik für Batteriezellproduktion werden wir weiter stärken.

Fahrplan für Klimaneutralität

Nordrhein-Westfalen hat eine besondere Verantwortung übernommen und schreitet beim Ausstieg aus Braun- und Steinkohle voran. Zur Einhaltung der Klimaschutzziele ist ein beschleunigter Ausstieg aus der Kohleverstromung nötig. Idealerweise gelingt das schon bis 2030. Die Klimaziele für 2020 hatte Nordrhein-Westfalen bereits 2018 erfüllt. Damit kommt das Land deutlich schneller voran als der Bund. Wir setzen weiterhin auf wettbewerbliche Lösungen und vermeiden Zwangsmaßnahmen. Wir wollen die Wirtschaft unterstützen, in Nordrhein-Westfalen Lösungen zu entwickeln, die hierzulande, in Deutschland und der ganzen Welt angewendet werden können. Wir diskutieren ambitionierte Klimaziele nicht nur, sondern wollen die Klimaneutralität auch tatsächlich erreichen. Landeseigene Betriebe sollen daher als Vorbilder für die NRW-Kommunen vorangehen und sich an den deutschen Nachhaltigkeitskodex halten. Unsere Energieversorgungsstrategie haben wir 2021 fortgeschrieben und damit einen konkreten Fahrplan, der alle Beteiligten einbezieht und mitnimmt. Damit sichern wir eine bezahlbare Energieversorgung und den Industrie- und Wirtschaftsstandort. Diesen Weg wollen wir weiter gehen.

Erneuerbare Energien massiv ausbauen

Schon jetzt belegt Nordrhein-Westfalen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien Spitzenplätze. 2020 lag der Nettozubau bei 280 Megawatt. Das ist mehr als in jedem anderen Bundesland, obwohl die Standortvoraussetzung nicht optimal und das Land besonders dicht besiedelt ist. Unsere Ambitionen bleiben hoch – bis 2030 wollen wir mehr als 55 Prozent des Stroms aus Erneuerbaren Energien erzeugen. Wir machen den Bau von Windkraft- und Solaranlagen attraktiver, beschleunigen Genehmigungsverfahren und schaffen neue Möglichkeiten der Flächennutzung. Die Akzeptanz von erneuerbaren Energien kann nicht nur durch regelmäßigen und verständlichen Informationsfluss, sondern auch durch eine wirtschaftliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Bauprojekten für regenerative Energien steigen. Insgesamt werden wir den Windenergieausbau verdoppeln und die Photovoltaik sogar mindestens verdreifachen, indem wir das Potenzial bisher ungenutzter Flächen ausschöpfen. Dazu wollen wir Photovoltaik-Anlagen nicht nur auf, sondern auch an Gebäuden als Bestandteil der Fassaden ermöglichen. Wir wollen mehr Tempo beim Mieterstrom. Die Anforderungen für die Nutzung sind zu hoch. Sie bremsen einen nachhaltigen Ausbau der Photovoltaik auf Dachflächen. So wollen wir auch als erstes Bundesland unsere Autobahnfläche für nachhaltige Energieerzeugung gewinnen, indem wir sie dort, wo es wirtschaftlich und sachlich möglich ist, mit Solarmodulen überdachen. Auch die Potenziale der Kraft-Wärme-Kopplung wollen wir noch besser nutzen. Wir haben als erstes Bundesland ein breites Förderprogramm für private und betriebliche Ladepunkte aufgelegt. Ziel waren 20.000 Ladepunkte bis 2022 – und dieses Ziel haben wir sogar weit übertroffen.

Ganze Bandbreite Erneuerbarer Energien ausschöpfen

Für den schrittweisen Umstieg auf Erneuerbare Energien ist entscheidend, dass kein einseitiger Fokus gesetzt wird. In der Energieversorgungsstrategie greifen wir die komplette Brandbreite auf: Wir wollen die Potenziale auch von Wasserkraft, Biomasse aus Abfall- und Reststoffen, Geothermie, Wärme aus Ab- und Grubenwässern sowie Grubengas gleichermaßen nutzen und vereinfachte Rahmenbedingungen für den Ausbau und die Nutzung Erneuerbarer Energien schaffen. Die technologieoffene Energieforschungsoffensive.NRW kann auch anderen Ländern als Vorbild dienen. Zudem wollen wir innovative Konzepte fördern, wie etwa parallele Photovoltaik-Nutzung (z. B. Floating-, Agri-PV) und hierfür bestehende Hürden im Planungs- und Genehmigungsrecht beseitigen. Teil der Lösung sind hochmoderne Gaskraftwerke, die weiterhin die Stromversorgung sicherstellen und die auf klimaneutrale Stromproduktion mit Wasserstoff umgerüstet werden können. Die von der neuen Bundesregierung angekündigte Abschaffung der EEG-Umlage setzt die richtigen technologischen Anreize, sorgt für fairen Wettbewerb und entlastet gerade einkommensschwache Haushalte sowie Unternehmen.

Um ausreichend Fachkräfte in der Technologieentwicklung sowie in der Umsetzung der energetischen Sanierung, der Installation und Nachrüstung von Photovoltaikanlagen und Batteriespeichern zu haben, wollen wir eine Ausbildungs- und Weiterbildungsoffensive im Handwerk initiieren. Zudem unterstützen wir den geplanten Campus-Rhein-Erft der Technischen Hochschule Köln, der sich dem Ausbildungsziel von jährlich mehreren hundert Absolventinnen und Absolventen zur Gestaltung von Energiewende und Strukturwandel verschrieben hat.

Nordrhein-Westfalen als Wasserstoffmodellregion stärken

Wasserstoff kommt eine Schlüsselrolle für die Industrie, insbesondere für eine zukünftig grüne Stahlherstellung, in Nordrhein-Westfalen auf dem Weg zur Klimaneutralität zu, er ist zudem eine wichtige Säule des künftigen Energiesystems. Wir wollen den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft vorantreiben und die gute Ausgangslage und das Potenzial nutzen, um Nordrhein-Westfalen zu der Modellregion für Wasserstoffwirtschaft in Deutschland und Europa zu machen. Perspektivisch klimaneutraler Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe werden fossile Brennstoffe in der Industrie ersetzen, Autos, Schiffe, Züge und Flugzeuge antreiben oder Gebäude heizen. Der Strom aus Sonne und Wind, der unregelmäßig erzeugt wird, wird durch chemische Umwandlung in Wasserstoff speicherbar. Für den Hochlauf ist es notwendig, Wasserstoff unabhängig von seiner „Farbe“ einzusetzen und zunächst Infrastrukturen auszubauen und technologische Innovationen im praktischen Einsatz zu ermöglichen. Perspektivisch wird primär „grüner“ Wasserstoff aus erneuerbaren Energien eingesetzt, der sicher zu wesentlichen Teilen importiert werden muss. Bis dahin setzen wir auch auf klimaneutralen „blauen“ und „türkisen“ Wasserstoff aus Erdgas, bei dessen Herstellung der enthaltene Kohlenstoff gespeichert wird und nicht in die Atmosphäre gelangt. Nur so erreichen wir kurzfristig die notwendigen großen Mengen zu wettbewerbsfähigen Preisen und unterstützen die schnelle Transformation sowohl des Industrie- als auch des Verkehrs- und Gebäudesektors. Wir setzen uns zudem für eine Europäische Wasserstoffunion ein, die Klimaschutz mit einer zukunftsfähigen Industrie und sicherer Energieversorgung verbindet.

Wie die Wasserstoffwirtschaft mit Elektrolyseuren, Brennstoffzellen und notwendiger Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen ausgebaut werden kann, hierdurch CO2-Emissionen verringert und gleichzeitig die wirtschaftlichen Chancen für unser Bundesland genutzt werden können, haben wir bereits Ende 2020 mit der „Wasserstoff Roadmap“ der Landesregierung beschrieben. Die hierzu notwendigen Maßnahmen werden wir weiterverfolgen und ausbauen.

Chancen der Digitalisierung nutzen

Neben einem funktionierenden Wettbewerb, stabilen und leistungsfähigen Netzen muss das Energiesystem der Zukunft eine neue, digitale Struktur umfassen. Hierfür wollen wir die Digitalisierung der Energiewende aktiv vorantreiben und dafür bürokratische Hindernisse abbauen. Eine konsequente Digitalisierung ist ausschlaggebend für eine verbesserte Energieeffizienz, einen flexiblen Verbrauch und flexible Tarife sowie für System- und Versorgungssicherheit. „Smarte“ Energie nutzt zudem die Vorteile der Sektorenkopplung für effektiven Klimaschutz. Denn durch ein intelligentes Zusammenspiel von Strom, Wärme und Mobilität kann auch die CO2-Einsparung vorangetrieben werden. Konkret wollen wir beispielsweise mithilfe von Digitalisierung den klassischen Ein-Wege-Fluss aufbrechen und Verbraucher zu „Prosumern“ machen, die Erzeuger und Nutzer gleichzeitig sind. Ein Beispiel ist die Nutzung von Elektrofahrzeugen als lokale Zwischenspeicher durch bidirektionales „Laden“, um die Netzstabilität und Versorgungssicherheit zu unterstützen. Auch Investitionen in „smarte“ Netze wollen wir forcieren, damit der Bedarf des Energiesektors zukünftig noch effizienter gesteuert werden kann und eine optimierte Auslastung ermöglicht wird.

Wir wollen den Rollout intelligenter Messsysteme (Smart Meter) vereinfachen als Voraussetzung für Smart Grids und Automatisierung durch Künstliche Intelligenz. Dabei müssen IT- und Datensicherheit ein Grundpfeiler zum Schutz dieser kritischen Infrastruktur sein.

INNOVATION UND FORSCHUNG

Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen auch zukünftig Heimat von Fortschritt und Innovationen ist. Innovationen machen in den meisten Fällen das Leben und den Alltag der Menschen besser und einfacher, sie sind Voraussetzung für Wohlstand, Wachstum und die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir werden uns deshalb auch weiterhin nachdrücklich für eine Innovations-Kultur in unserem Land einsetzen – eine Kultur, die offen ist für Neues und nicht im Status Quo oder in Vergangenheitsromantik verharrt. Unser Ziel ist, dass Nordrhein-Westfalen als Innovationsstandort weltspitze ist. Der Strukturwandel bietet dabei eine echte Chance zum innovationsgetriebenen Aufbruch in eine nachhaltige Zukunft.

Innovationskultur breit verankern – mindestens 50 Gründungen aus IPs in 5 Jahren
Wir sind überzeugt, dass unser Land eine neue Innovationskultur braucht. Wir werben dafür, Forschung und neue Technologien als Chancen zu sehen sowie für ein Klima der Offenheit. Den Wissenstransfer in und zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen wollen wir weiter stärken. Wir wollen Nordrhein-Westfalen zum Innovationsland machen, das den Weg in eine klimaneutrale Zukunft geht und dazu notwendige Technologien nutzt. Rechtliche Hürden vor allem durch bremsende Regulierung wollen wir abbauen. Unser Ziel ist, Investitionen gerade in Innovationen zu fördern.

Wir wollen, dass in den kommenden fünf Jahren aus mindestens 50 IPs (Intellectual Property) aus der Forschung in Nordrhein-Westfalen Firmengründungen werden. Dafür wollen wir die notwendigen Rahmenbedingungen verbessern. Unser Ziel: Next Unicorns made in NRW.

Technologie- und Innovationsförderung ausbauen
Dem technischen Fortschritt kommt bei der Lösung zentraler sozialer, ökologischer und gesellschaftlicher Herausforderungen eine Schlüsselrolle zu. Die vom deutschen Start-up BioNTech entscheidend voran gebrachte mRNA-Technologie stellt durch den Covid-Impfstoff die enorme Kraft von Innovationen unter Beweis. Wir wollen disruptive Technologien in Feldern wie Digitale Transformation, Mobilität, Energiekonversion und Biotechnologie in Universitäten, NRW-Forschungsinstituten und der Industrie gezielt finanziell anstoßen und politische Rahmenbedingungen für die Umsetzung in neuartigen Unternehmungen sicherstellen. Wir wollen daher zusätzliche Professuren für zentrale Zukunftstechnologien wie zum Beispiel Künstliche Intelligenz, Industrie 4.0, Biotechnologie, Quantentechnologie, Blockchain und Cybersicherheit einrichten. Wir wollen einen Transformationsprozess in eine Bioökonomie durch kluge Rahmensetzungen unterstützen und die Entwicklung der Biotechnologie als Schlüsseltechnologie und Innovationsmotor fördern. Auch in der Gentechnikforschung wollen wir bewusst vorangehen und die Chancen der Gentechnik 4.0 breit nutzen. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für technischen und gesellschaftlichen Fortschritt zur Lösung von Herausforderungen des Klimawandels, des Weges in die individualisierte Medizin bis hin zur Datensicherheit.

Innovations-Landschaft in Nordrhein-Westfalen stärken – digitale Freiheitszonen schaffen
Neben der Förderung von Start-ups sowie von Technologie- und Innovationsvorhaben sind auch regionale und thematische Innovationscluster wichtige Instrumente zur Schaffung von Zukunftsprojekten sowie zur Stärkung der Wirtschaftskraft. Ziel dieser Cluster ist auch eine stärkere Vernetzung von Wirtschaft und Forschung. Um die Entstehung von neuen Clustern insbesondere bei IT-Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz und Blockchain zu begünstigen, wollen wir bestimmte Regionen zu digitalen Freiheitszonen machen. In diesen Regionen sollen besonders günstige Rahmenbedingungen einen umfassenden Schub der Digitalisierung aller Lebens- und Wirtschaftsbereiche ermöglichen. Das soll die Grundlage für digitale und disruptive Innovationen schaffen. Bestehende Cluster sowie Projekte wie Ruhr Valley und Circular Valley in Wuppertal stärken die Innovationslandschaft. Wir wollen derartige Ansätze daher ausbauen und insbesondere für aktuelle Herausforderungen und globale Trends erweitern. Dazu

bündeln und vernetzen wir die Potenziale im Land mit dem Ziel einer übergeordneten Innovations- und Transformationsagentur.

LANDWIRTSCHAFT

Nordrhein-Westfalen braucht auch in der Zukunft eine starke heimische Landwirtschaft. Zentrale Voraussetzungen dafür sind optimale Rahmenbedingungen für moderne, nachhaltige, wirtschaftlich erfolgreiche, umweltverträgliche und verantwortungsvolle Betriebe, wie sie unser Land seit jeher kennzeichnen: Von traditionsreichen, zumeist in Familienhand geführten Unternehmen bis zu innovativen Startups. Hiermit hat sich die von uns initiierte Enquete-Kommission im Landtag bereits intensiv befasst.

Immer mehr Menschen achten auf eine gesunde und umweltbewusste Ernährung. Unsere Landwirtinnen und Landwirte sorgen dafür, dass eine zuverlässige Versorgung mit regionalen und saisonalen Produkten sichergestellt ist. Als Unternehmerinnen und Unternehmer stehen Landwirtinnen und Landwirte vor der Herausforderung, auskömmlich wirtschaften zu können, das Wohl ihrer Tiere in der Nutztierhaltung im Blick zu haben und gleichzeitig im Wettbewerb zu bestehen. Damit das gelingt, brauchen wir einen gesellschaftlichen Konsens zur Zukunft der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

Innovative Lösungen können dazu beitragen, die unterschiedlichen Anforderungen an Landwirtschaft noch besser in Einklang zu bringen: eine für die Betreiber auskömmliche Landwirtschaft, der Umwelt- und Tierschutz, eine hohe Qualität für die Verbraucherinnen und Verbraucher und erschwingliche Preise für gesunde Produkte. Wir wollen zukünftig noch stärker Projekte vorantreiben, die in der Forschung, vor allem aber in der Praxis, diese Innovationen schaffen. Gleichzeitig wollen wir mehr Spielräume für die Unternehmerinnen und Unternehmer in der Landwirtschaft schaffen, damit sie in solche Neuerungen investieren können.

Planungssicherheit für Betriebe schaffen
Landwirtschaft denkt und wirtschaftet in Generationen und ist deshalb ganz besonders auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen. Wir wollen landwirtschaftliche Betriebe in ihrer wirtschaftlichen Autonomie stärken und ihnen langfristige Planungssicherheit in Eigenverantwortung geben. Landwirtinnen und Landwirte wollen in ihre Betriebe investieren und sie weiter optimieren. Dazu brauchen sie aber die richtigen Bedingungen. Wir setzen uns deswegen dafür ein, Abschreibungszeiträume für Investitionen zu verkürzen, um die Investitions- und Zukunftsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe sicherzustellen.

Ausbau Landwirtschaft 4.0
Digitalisierung und Forschung eröffnen verbesserte Möglichkeiten für die Verknüpfung von Landwirtschaft und Umweltschutz. Mit Hilfe eines Förderprogramms des Landes werden nun etwa Drohnen eingesetzt, die Rehkitze im hohen Gras vor dem Tod durch Mäharbeiten schützen. Landwirtschaft 4.0 bietet aber auch den Landwirtinnen und Landwirten neue Möglichkeiten, ihre Erträge zu steigern, zeitökonomischer zu arbeiten und damit die Rentabilität ihres Betriebs zu sichern. Wir wollen deshalb verbesserte Rahmenbedingungen für Forschung und Anwendung schaffen, um die Digitalisierung der Landwirtschaft voranzubringen. Eine digitalisierte Landwirtschaft wird einen wesentlichen Beitrag zu einem klimafreundlicheren und ressourcensparenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen Boden, Wasser, Luft leisten und sie verspricht beispielsweise Effizienzsteigerungen bei gleichzeitiger Reduzierung von Einträgen wie Pflanzenschutzmitteln.

Klimaschutz betreiben
Steigende Temperaturen, Dürre sowie Wetterextreme als Folgen des Klimawandels machen Anpassungen auch in der Landwirtschaft notwendig. Wir wollen die Erforschung der Möglichkeiten des Sojaanbaus in Deutschland intensivieren, um den Betrieben einen neuen Markt zu erschließen und die wachsende Nachfrage nach veganen und vegetarischen Produkten bedienen zu können. Gleichzeitig kann der Anbau

auf bestehenden Ackerflächen in Deutschland einen Beitrag leisten, um das Abholzen wertvoller Regenwälder für den Sojaanbau in Südamerika zu verhindern.

Auch bei Emissionsminderung wollen wir Erkenntnisse aus der Forschung zur Marktreife bringen, um deren Chancen, etwa bei der Verfütterung von Insektenproteinen oder dem Zusetzen von Algen zur Senkung der Emissionen in der Rinderhaltung, zu nutzen. Wir wollen zudem die Landwirtschaft in den CO2-Zertifikatehandel einbinden, um die Landwirtschaft noch klimafester werden zu lassen. Dazu sind unter anderem auch Carbon Farming und der Einsatz von Pflanzenkohlen und Bio-Pyrolyse geeignet.

Unterstützung für die Weidetierhaltung – aktives Wolfsmanagement einführen
Die Verbreitung von Wölfen stellt die Weidetierhalterinnen und Weidetierhalter in Nordrhein-Westfalen vor große Herausforderungen. Immer mehr Weidetiere werden durch Wölfe gerissen. Die bisherige Strategie des strengsten Schutzes ohne eine besondere Betrachtung von Problemwölfen, welche für einen Großteil der Risse verantwortlich sind, halten wir für falsch. Wir fordern die Einführung von Länderkompetenzen zur Schaffung eines regional differenzierten Bestandsmanagements und der Möglichkeit zur zügigen und rechtssicheren Entnahme von Problemwölfen.

Agrarwissenschaften ausbauen und Agrar-Start-Ups fördern
Forschung und Lehre in Agrarwissenschaften sind für eine nachhaltige Zukunft der Landwirtschaft unverzichtbar. Steigende Studierendenzahlen machen einen Ausbau der Kapazitäten erforderlich. Wir wollen Ausbildung und Forschung auf höchstem Niveau und deshalb die Agrar- und Umweltfakultäten stärken. Gerade im Bereich Ernährung und Landwirtschaft gibt es viele Gründerinnen und Gründer, die Ideen für nachhaltige und innovative Konzepte verfolgen. Wir wollen sie dabei unterstützen.

Ernährungsbildung fördern, verantwortungsbewusstes Konsumieren stärken
Viele Verbraucherinnen und Verbraucher wünschen sich bei Lebensmitteln einen besseren Überblick, um souverän mit Fragen der gesunden Ernährung umgehen zu können. Wir setzen uns deshalb für ein umfassendes Angebot von öffentlich zugänglichen Informationen ein. Ernährungsbildung soll Wissen über gesunde Ernährung vermitteln, auch um die Wertschätzung für gute Lebensmittel zu steigern. Hiermit wollen wir bereits in der frühkindlichen Bildung beginnen.

EU-weites Tierwohllabel für Transparenz und Tierschutz
Wir setzen uns dafür ein, dass Nahrungsmittel übersichtlich gekennzeichnet sind. Viele verschiedene Labels führen nicht zu Transparenz, sondern stiften Verwirrung. Wir wollen deshalb ein EU-weit einheitliches Tierwohllabel als Beitrag zur Transparenz über die Haltung der Tiere. Bei tierischen Primärprodukten wie Fleisch oder Milch soll es eine europaweite Herkunftskennzeichnung geben, die sich an der bestehenden Kennzeichnung für Eier orientiert. In Deutschland haben wir bereits hohe Standards, eine europaweit einheitliche Vorgabe bedeutet daher auch, dass sich unsere Betriebe besser auf dem Markt etablieren können und wettbewerbsfähiger sind. Wir wollen zudem, dass EU-Vorgaben einheitlich angewendet werden und unsere Landwirte nicht einseitig durch zusätzliche nationale Regulierungen und Bürokratie belastet werden.

Steigerung des Tierwohls erleichtern
Tierschutz und Tierwohl sind für uns eine Selbstverständlichkeit. Gleichwohl sind weder Stallgröße noch das Etikett der Haltungsform allein ausreichende Maßstäbe für das Tierwohl, sondern der Zustand des einzelnen Tieres. Wir wollen die Landwirtinnen und Landwirte bei der Umsetzung von tierwohlfördernden Maßnahmen unterstützen, beispielsweise durch beschleunigte Genehmigungsverfahren für den Bau von offenen Stallsystemen. Umweltschutz und Tierwohl dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Daher wollen wir auch Technik wie verbesserte Abluftanlagen in Ställen fördern. Zudem wollen wir den Lebensmitteleinzelhandel bei der Umsetzung von transparenten Kriterien für tierwohlgerechte Produkte unterstützen, und einen Dialog zwischen Landwirtschaft, Handel und den Verbraucherinnen und Verbrauchern fördern.

WIR WOLLEN EIN NRW, DAS SELBSTBESTIMMUNG IN ALLEN LEBENSLAGEN ERMÖGLICHT

SICHERHEIT

Freiheits- und Bürgerrechte schützen
Sicherheit dient der Freiheit. Um unsere Freiheit zu schützen, brauchen wir eine funktionierende Sicherheitsstruktur und Vertrauen in den Rechtsstaat. Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Freiheits- und Bürgerrechte gewahrt und geschützt werden.

Extremismus, Terrorismus und organisierte Kriminalität sind eine Bedrohung für unsere Demokratie und unsere offene und freie Gesellschaft. Wir wollen, dass der Rechtsstaat besser organisiert ist als das Verbrechen. Wir brauchen einen handlungs- und durchsetzungsstarken Rechtsstaat, der Sicherheit und Freiheit gleichermaßen sichert. Dazu wollen wir Polizei und Justiz weiter bestmöglich ausstatten, unsere Sicherheitsarchitektur verbessern und den Feinden des Rechtsstaats entschieden entgegentreten. Sicherheit darf nicht zulasten der Grundrechte unbescholtener Bürgerinnen und Bürger gehen. Fragwürdige Durchsuchungsinstrumente wie den Staatstrojaner lehnen wir deswegen ab. Wir wollen die Schlagkraft gegen Kriminalität erhöhen und unseren Polizistinnen und Polizisten mit mehr Personal und moderner Ausrüstung weiter spürbar den Rücken stärken. Unsere Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr oder Rettungsdienst, die täglich ausrücken, um unser Leben und unsere Freiheit zu schützen, verdienen große Wertschätzung und verlässliche Unterstützung.

Opfer von Gewalt und weiteren Straftaten wollen wir bestmöglich unterstützen. Daher werden wir den Opferschutz weiter stärken, konkrete Schutzangebote weiter ausbauen und insbesondere auch Zufluchtsmöglichkeiten für Betroffene schaffen und unterstützen.

Die rechtsprechende Gewalt ist für das Funktionieren der Gesellschaft von essenzieller Bedeutung. Das Strafmonopol des Staates muss in den Händen einer gut ausgestatteten Justiz liegen. Wir wollen, dass die Strafe der Tat stets auf dem Fuße folgt. Wir wollen dafür die Justiz weiter stärken und personell unterstützen. Das Land Nordrhein-Westfalen als Arbeitgeber muss sich dabei anstrengen, gut ausgebildeten Nachwuchskräften ein attraktives Arbeitsumfeld und Weiterentwicklungsmöglichkeiten zu bieten.

Polizei bestmöglich unterstützen und optimal aufstellen

Einstellungszahlen weiter hochhalten
Wir stehen fest an der Seite unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Um unsere Freiheits- und Bürgerrechte bestmöglich zu schützen, braucht unsere Polizei verlässliche Unterstützung. Daher haben wir die nordrhein-westfälische Polizei in den vergangenen Jahren materiell, finanziell und personell besser aufgestellt: Neue, funktionalere Streifenwagen, endlich dienstliche Smartphones, moderne IT, bessere Schutzausstattung sowie Rekord-Einstellungszahlen. Dennoch ist die Belastungssituation nach wie vor hoch. Falls ausreichend geeignete Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung stehen, wollen wir daher die Einstellungszahlen bei der Polizei auf 3.000 Neueinstellungen pro Jahr steigern. Denn nur genug Personal schafft Entlastung und sichert verlässliche polizeiliche Arbeit auch in Zukunft. Der hohen Abbrecherquote im Polizeistudium wollen wir mit verbesserten individuellen Beratungs- und Unterstützungsangeboten noch stärker entgegentreten. Zudem setzen wir uns ein für die Einführung einer Lehrzulage für Beamtinnen und Beamte, die junge Kolleginnen und Kollegen im Wach- und Wechseldienst ausbilden. Wir wollen weiterhin junge Menschen für die Berufung Polizei begeistern.

Mehr Menschen für Polizeidienst gewinnen

Jungen Menschen mit mittlerem Bildungsabschluss haben wir wieder die Möglichkeit gegeben, eine Polizeilaufbahn einzuschlagen. In einem zweijährigen Bildungsgang erlangen die Schülerinnen und Schüler nicht nur ein Fachabitur, sondern auch spezifische Kenntnisse und Fähigkeiten in Vorbereitung auf den Polizeivollzugsdienst. Wir wollen auch zukünftig Maßnahmen unter Beibehaltung der zweigeteilten Laufbahn ergreifen, um die Anwärterzahlen hochzuhalten und noch mehr Personen mit ungewöhnlichen Profilen für den Polizeidienst zu gewinnen. Darüber hinaus steigen die fachlichen Anforderungen an die Polizei stetig. Daher wollen wir das Programm „Spezialisten zu Polizisten" weiter ausbauen und gezielt für dieses Programm werben. Zusätzlich wollen wir weitere Wege ausloten, wie wir Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern sowie Spezialistinnen und Spezialisten den Weg zur Polizei ermöglichen. Eine moderne Polizei muss in der Lage sein, neuen Herausforderungen effektiv zu begegnen.

Möglichkeiten der Spezialisierung verbessern und attraktiver machen
Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter wollen wir nach dem Bachelorstudium noch gezielter fördern, attraktive Angebote der Spezialisierung bieten sowie auch einen schnelleren Weg zur Kriminalpolizei erleichtern. Erfahrenen und gut qualifizierten Beamtinnen und Beamten wollen wir den Aufstieg in höhere Besoldungsstufen nach Abschluss weiterführender Lehrgänge vereinfachen. Durch finanzielle Anreize und bessere Aufstiegsmöglichkeiten in jeweils allen Bereichen wollen wir neue Perspektiven schaffen. Gleichzeitig wollen wir überprüfen, inwiefern bestimmte Tätigkeiten der Landesoberbehörden, insbesondere des Landesamtes für zentrale polizeiliche Dienste (LZPD), notwendigerweise durch Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten verübt werden müssen.

Verlässliche Wertschätzung für unsere Einsatzkräfte
Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gebühren mehr Respekt, Wertschätzung und Schutz. Wer für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sorgt, muss auch selbst geschützt werden. Beleidigungen und Angriffe wollen wir konsequent und schnell verfolgen.

In Zeiten steigender Gewalt und massiven Respektsverlusts gegenüber der Polizei brauchen unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten politische Rückendeckung statt Misstrauen. Zugleich muss polizeiliches Handeln im Rechtsstaat stets überprüfbar sein. Für eine randomisierte, bei jedem Einsatz wechselnde Kennzeichnung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in geschlossenen Formationen werden wir uns daher nur dann aussprechen, wenn erkennbar wird, dass Ermittlungsverfahren gegen Beamtinnen und Beamten in Nordrhein-Westfalen deswegen eingestellt wurden, weil die konkret handelnde Person nicht ermittelt werden konnte.

Wir haben erstmals einen Polizeibeauftragten ernannt, der – ohne an Weisungen gebunden zu sein – im Innenministerium direkt beim Minister angesiedelt ist. Alle Angehörigen der Polizei in Nordrhein-Westfalen können sich mit Anregungen, Einwendungen und Hinweisen an ihn wenden. Wir wollen die Stellung der bzw. des Polizeibeauftragten als Ansprechperson für Polizei-Angehörige weiter stärken und unabhängiger machen. Dazu soll die Polizeibeauftragte bzw. der Polizeibeauftragte zukünftig durch den Landtag gewählt werden.

Wertschätzung für unsere Einsatzkräfte drückt sich auch in einem modernen Personalmanagement und finanzieller Anerkennung aus. Wir setzen uns für eine verbesserte Umsetzung von attraktiv ausgestalteten Lebensarbeitszeitkonten für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst ein. Hiermit können nicht nur die Überstunden gesichert, sondern auch die Qualität der Arbeit sichergestellt und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes dauerhaft gesteigert werden.

Wir haben eine Erschwerniszulage für Kindesmissbrauchsermittelnde umgesetzt. Wir wollen darüber hinaus das gesamte Zulagenwesen reformieren und modernisieren, die Zulagensystematik insgesamt verbessern und für zeitgemäß ausgestaltete Zulagen bei Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst sorgen.

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in polizeiliches Handeln ist für unseren Rechtsstaat elementar. Wir wollen uns daher zum Ziel nehmen, das existierende qualifizierte Beschwerdemanagement der Polizei

unter Vermeidung von Doppelstrukturen weiterzuentwickeln. Die Entgegennahme von Lob und Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern wollen wir technisch zentralisieren sowie Transparenz und Unabhängigkeit von Überprüfungsprozessen weiter stärken.

Aufgabenbündelung mit Augenmaß
Wir wollen die Bündelung von Aufgaben der Kreispolizeibehörden für eine größere Schlagkraft in den Bereichen, in denen dies sinnvoll ist, mit Augenmaß prüfen. Nicht nur die Aufarbeitung der Kindesmissbrauchsvorfälle in Lügde hat gezeigt, dass die Verlegung der Bearbeitung bestimmter Verbrechen auf die Kriminalhauptstellen und damit verbundener Bündelung von Expertise sinnvoll sein kann. Eine zentrale Bearbeitung von Aufgaben darf aber nicht zu weniger Polizei vor Ort führen. Wir brauchen eine sichtbare Präsenz und verlässliche Einsatzstärken nicht nur in den Brennpunkten, sondern gerade auch im ländlichen Raum. Wir wollen dazu auch die aktuell im Rahmen der Kräfteverteilung vorgesehene Mindestdichte von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in den Landkreisen weiter erhöhen. Einer Ausdünnung der Polizei sowie einer einseitigen Verlagerung in die großen Städte wirken wir entschieden entgegen.

Digitalisierung der Polizeiarbeit vorantreiben
Wer für unsere Sicherheit auf der Straße ist, verdient die bestmöglichen Rahmenbedingungen. Wir wollen deshalb die Digitalisierung der Polizeiarbeit mit Hochdruck weiter vorantreiben und dies mit einer breiten Qualifizierungsoffensive verbinden. Dafür setzen wir auf modernste IT-Ausstattungen in allen Kreispolizeibehörden sowie digitale Einsatzmittel in den Streifenwagen. Digitalisierung ist dabei kein Selbstzweck: Digitalisierte Prozesse lösen den Papierstau auf und sorgen für Entlastung – so werden wichtige Kapazitäten frei für die Polizeiarbeit vor Ort.

Schlagkraft im digitalen Raum erhöhen
Zahlreiche Straftaten und kriminelle Aktivitäten finden heutzutage im Digitalen statt. Wir setzen uns daher entschieden für modernste Technik und zusätzliches Personal ein. Als zentralen Baustein für Effizienz und Kompetenz in der digitalen Strafverfolgung wollen wir das Cybercrimekompetenzzentrum NRW weiter stärken.

Distanzelektroimpulsgeräte (Taser) flächendeckend einführen
Nach dem erfolgreich abgeschlossenen Pilotprojekt in Nordrhein-Westfalen gehören Distanzelektroimpulsgeräte (kurz DEIG oder Taser) nun in mehreren Behörden bereits zur Grundausstattung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Die bisherigen Einsätze haben gezeigt, dass Angriffe auf Polizeibeamte allein durch die präventive Wirkung des Tasers bereits um über 80 Prozent zurückgehen. Wir machen uns daher für eine sofortige und flächendeckende Ausstattung aller Kreispolizeibehörden in ganz Nordrhein-Westfalen stark. Hierdurch kann der Schutz unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten deutlich erhöht werden.

Organisierte Kriminalität konsequent bekämpfen
Wir wollen weiter entschlossen gegen organisierte Kriminalität und kriminelle Clans vorgehen. Dafür werden wir die behördenübergreifende Strategie, bei der nicht nur die Sicherheits- und Ordnungsbehörden tätig werden, sondern auch weitere staatliche Stellen, zum Beispiel der Zoll, in die Planung und Durchsetzung von Maßnahmen miteinbezogen werden, weiterführen. Auch in Zukunft werden wir, wo möglich, gegen kriminelle Clanmitglieder mit ausländerrechtlichen Maßnahmen vorgehen. Bei der Bekämpfung von Clankriminalität und sonstiger organisierter Kriminalität werden wir einerseits mit der ganzen Härte des Rechtsstaats gegen kriminelle Strukturen vorgehen und andererseits innovative Präventionskonzepte etablieren, um die Nachwuchsgewinnung krimineller Clans nachhaltig zu stören und Kinder und Ausstiegswillige besser vor diesen Strukturen zu schützen.

Finanzermittlungen stärken
Finanzermittlungen können erheblich dazu beitragen, kriminelle Strukturen auszuheben. Dem Prinzip „Follow the Money“ folgend soll auch zukünftig noch genauer auf Finanzströme geschaut werden. Wir

setzen uns für eine verfassungskonforme Regelung ein, die es den Ermittlungsbehörden in Bund und Ländern rechtssicher ermöglicht, Vermögen unklarer Herkunft unter bestimmten Voraussetzungen abzuschöpfen.

Extremismus und Terrorismus konsequent bekämpfen

Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Land friedlich, frei und ohne Angst leben können. Wir treten daher jeder Form von Extremismus, Terrorismus, menschenverachtendem Gedankengut und politisch motivierter Gewalt entschieden entgegen. Wir wollen und werden nicht zuschauen, wenn Hass und Gewalt in unsere Gesellschaft einzusickern drohen. Prävention und Repression werden wir daher gleichsam gezielt verstärken.

Um politisch motivierte Straftaten besser im Themenkomplex Extremismus, Rassismus und Antisemitismus zu erfassen und hieraus präventive Maßnahmen zu erarbeiten, setzten wir uns für die Erstellung von Dunkelfeldstudien ein. Eine Vielzahl wissenschaftlicher Studien legt zudem nahe, dass die Tatmotive vieler rechtsextremer Täter internalisierter Frauenhass sind. Wir werden daher auch das Thema „Frauenhass“ verstärkt in den Blick nehmen und die Gesellschaft mit konkreten Präventionsangeboten sensibilisieren. Die Arbeit der Antisemitismusbeauftragten wollen wir noch stärker unterstützen. Angebote im Bereich der Aus- und Fortbildung für den öffentlichen Dienst, insbesondere Polizei und Justiz, wollen wir so überarbeiten, dass zielgerichtet Wissen und Kenntnisse über Antisemitismus in seiner historischen Entwicklung sowie in seiner modernen Ausprägung vermittelt werden, damit Stereotype, Codes und Vorfälle als Straftaten besser eingeordnet werden können.

Fälle von Extremismus und Rassismus im Öffentlichen Dienst nehmen wir sehr ernst. Rechtsextremes Gedankengut von Polizeibeamtinnen oder Polizeibeamten sind mit besonderer Sensibilität zu erkennen und ausnahmslos und konsequent zu verfolgen. Die große Mehrheit unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten leisten eine hervorragende Arbeit. Es darf daher keinen Generalverdacht gegenüber unserer Polizei geben. Die Arbeit der Extremismusbeauftragten für die Polizeibehörden werden wir weiter gezielt stärken. Im Kampf gegen Rechtsextremismus im Öffentlichen Dienst unterstützen wir wissenschaftliche Untersuchungen, um mögliche Ursachen besser zu erkennen und zu verhindern.

Sicherheitsarchitektur im Kampf gegen Terror und Extremismus verbessern
Wir wollen das Zusammenspiel von Bund und Ländern bei der Bekämpfung von Terror und Extremismus verbessern. Spätestens der NSU-Skandal sowie der Fall „Anis Amri“ haben gezeigt, dass das Verhältnis der bis zu 40 Sicherheitsbehörden in Deutschland grundsätzlich überprüft werden muss. Insbesondere die Arbeit der drei Gemeinsamen Sicherheitszentren von Bund und Ländern gegen islamistischen Terrorismus, Links- und Rechtsterrorismus sowie digitale Propaganda, wollen wir überprüfen. Bei diesen Organisationen handelt es sich um Austauschnetzwerke zwischen den Polizeien und Nachrichtendiensten. Wir wollen zukünftig eine bessere Vernetzung sicherstellen, den konstruktiven Informationsaustausch gewährleisten und die Extremismus- und Terrorabwehr stärken. Gleichzeitig muss die Einhaltung rechtlicher Grundlagen, insbesondere die Wahrung von Bürgerrechten, stetig geprüft und garantiert werden. Gemeinsam mit den anderen Ländern wollen wir auch auf die Abschaltung der nicht erfolgreichen und verzichtbaren Anti-Terrordatei hinwirken.

Wir setzen uns für die Gründung einer Föderalismuskommission III ein, um die bisherige Aufstellung der Sicherheitsarchitektur in Deutschland auf den Prüfstand zu stellen, und unterstützen Vorhaben der neuen Bundesregierung in diesem Bereich. Im Zuge dieser Beratungen müssen die Gemeinsamen Sicherheitszentren auf eine eigene Rechtsgrundlage gestellt werden. Das Trennungsgebot von Polizei und Nachrichtendiensten muss dabei gewahrt bleiben.

Verfassungsschutz optimal aufstellen
Der Verfassungsschutz leistet in Nordrhein-Westfalen einen unverzichtbaren Beitrag im Kampf gegen Extremismus. Daher wollen wir ihn weiter stärken, insbesondere die Aus- und Weiterbildung der

Beschäftigten fortentwickeln und einheitliche Standards schaffen. So wollen wir die Ausbildung der Verfassungsschützerinnen und Verfassungsschützer neu aufstellen und auch verstärkt Expertinnen und Experten anderer Fachrichtungen für den Dienst im Verfassungsschutz gewinnen. Darüber hinaus setzen wir uns für die Einführung eines „dualen Verfassungsstudiums“ mit Studieninhalten wie beispielsweise Extremismusforschung, Soziologie, Psychologie, Informationstechnologie, Geschichte, Politik und Recht ein. Der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen soll so zu einer Schmiede von Expertinnen und Experten für die verschiedenen Phänomenbereiche werden und auch für junge Absolventinnen und Absolventen offener und nahbarer werden. So kann besser gewährleistet werden, dass der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz auch in Zukunft zielgerichtet, effizient und nachhaltig gegen rechte, linke, islamistische oder religiöse Extremisten vorgehen kann.

Parlamentarische Kontrollmöglichkeiten verbessern
Wir wollen Parlament und Verfassungsschutz enger verzahnen, Misstrauen und Unwissen über die wichtige Tätigkeit der Verfassungsschützerinnen und Verfassungsschützer keinen Raum geben und die parlamentarische Kontrolle so stärken, dass die Arbeitsfähigkeit des Verfassungsschutzes unberührt bleibt. Durch die Einsetzung eines parlamentarischen Verfassungsschutzbeauftragten mit vollem Zugang zu Abläufen und Informationen soll eine bessere Information des parlamentarischen Kontrollgremiums gewährleistet werden. Die oder der Verfassungsschutzbeauftragte soll darüber mitentscheiden, welche Vorgänge und Inhalte dem Parlamentarischen Kontrollgremium vorzulegen sind. Die oder der Verfassungsschutzbeauftragte soll auch an der Vorbereitung und an den Sitzungen der G-10-Kommission teilnehmen. § 30 des Verfassungsschutzgesetzes NRW ist entsprechend anzupassen. Fraktionen soll es ermöglicht werden, an Sitzungen des parlamentarischen Kontrollgremiums mit einer entsprechend sicherheitsüberprüften Fachreferentin oder einem Fachreferenten teilzunehmen.

Ausgewogenes Waffenrecht umsetzen
Wir stehen für ein Waffenrecht mit Augenmaß und Konsequenz. Dabei muss zwischen den Besitzerinnen und Besitzern von Legalwaffen wie Sportschützen und Jägern und zwischen dem illegalen Waffenbesitz sowie dem Waffenbesitz durch gefährliche Personen strikt unterschieden werden. Die jüngsten Verschärfungen des Waffenrechts haben die Besitzer von Legalwaffen wie Sportschützen und Jäger mit zusätzlicher unnützer Bürokratie überzogen. Der Bund sollte eine Generalrevision des Waffenrechts unternehmen, um Praktikabilität und Praxisnähe zu verbessern. Wir wollen die Waffenbehörden bei der Aus- und Weiterbildung der zuständigen Sachbearbeitenden besser unterstützen. Gefährder und Extremisten dürfen keine Waffen besitzen. Dazu muss der Datenaustausch der beteiligten Behörden verbessert und der illegale Waffenhandel auf europäischer Ebene stärker bekämpft werden.

Sicherheit vor Ort und Katastrophenschutz stärken

Kommunale Sicherheit stärken
Die Kommunen bilden eine unverzichtbare Stütze bei der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung mit ihrer Zuständigkeit für die allgemeine Gefahrenabwehr. Die Vernachlässigung einzelner Stadtgebiete wirkt sich auf die Kriminalitätsentwicklung und somit auch auf das Sicherheitsgefühl der Menschen aus. Nicht zuletzt die Pandemie hat vor Augen geführt, wie notwendig handlungsfähige kommunale Ordnungsdienste sind. Sie müssen vor allem aber auch dann verfügbar sein, wenn sie dringend gebraucht werden – also zur Nachtzeit und auch an Wochenenden, sowohl in kreisfreien Städten wie in Flächenkreisen.

Ein wirksames Mittel, um dabei Kräfte zu bündeln, sind die sogenannten Ordnungspartnerschaften, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von Polizei und Ordnungsamt. Wir wollen Partnerschaften stärken und flächendeckend ausweiten. Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden wollen wir landesweite Standards für die Aus- und Fortbildung der kommunalen Ordnungsdienste erarbeiten und festschreiben. Hierbei soll die Polizei mit ihrer Erfahrung unterstützen. Neben einer besseren Ausstattung für die Beschäftigten sollen die kommunalen Ordnungsdienste zukünftig auch am BOS-Funknetz

angeschlossen werden. Das verbessert die Kommunikation zwischen den Sicherheitsbehörden und dient zudem der Sicherheit der Beschäftigten.

Feuerwehr und Katastrophenschutz zukunftsfest machen – Ehrenamt stärken
Umweltkatastrophen wie Hochwasserfluten oder großflächige Waldbrände werden auch in Zukunft nicht ausbleiben. Aber auch Szenarien, in denen gefährliche biologische, radioaktive oder chemische Stoffe freigesetzt werden sowie Angriffe auf kritische Infrastrukturen müssen im Katastrophenschutz künftig verstärkt mitgedacht werden. Daher wollen wir den Katastrophenschutz umfassend und interdisziplinär anlegen. Das kann nur funktionieren, wenn Schutzziele konkret vorgegeben und mögliche Szenarien regelmäßig durchgespielt und trainiert werden. Der Ausbau geländegängiger Fahrzeugflotten, die Verbesserung der Frühwarnung der Bevölkerung, die Entwicklung digitaler Echtzeit-Lagebilder sowie die Stärkung der Fortbildung auf diverse mögliche Katastrophenfälle haben für uns hohe Priorität. Bei Beschaffungen, die für Bereiche des Katastrophenschutzes im Pool durch Bundesministerien oder Bundesbehörden getätigt werden, wollen wir auf eine zügigere und zuverlässigere Bereitstellung hinwirken. Die Durchführung des nächsten bundesweiten Warntages, der nach Beschluss der Innenministerkonferenz im September 2022 stattfinden soll, werden wir eng begleiten. Soweit erneut Schwierigkeiten auftreten, werden wir uns aus Nordrhein-Westfalen heraus für eine umgehende zielgerichtete Analyse einsetzen, um die daraus gewonnenen Ergebnisse für eine schnellstmögliche Behebung von Lücken und Problemen der Frühwarnsysteme zu nutzen. Außerdem soll der Landtag einmal jährlich über neue Entwicklungen im Katastrophenschutz informiert werden.

Der nordrhein-westfälische Katastrophenschutz steht im Wesentlichen auf der tragenden Säule der vielen Ehrenamtlichen in den Freiwilligen Feuerwehren, dem THW und den weiteren Hilfsorganisationen. Wir setzen uns dafür ein, dass ihr bürgerschaftliches Engagement auch in Zukunft gewürdigt, gestärkt und gefördert wird. Die freiwilligen und hauptamtlichen Feuerwehren leisten einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Bevölkerung. Daher verdienen sie nicht nur unseren besonderen Respekt, sondern auch, dass wir bestmögliche Rahmenbedingungen schaffen. Daher wollen wir neben der Erleichterung einer ehrenamtlichen Tätigkeit – beispielsweise durch Vorschläge zur Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt – auch die Feuerwehren insgesamt stärken.

Gleichzeitig sehen sich unsere Einsatzkräfte zunehmend Anfeindungen und Bedrohungen ausgesetzt. Dabei handelt es sich nicht nur um die Behinderungen von Rettungseinsätzen, sondern um Straftaten, die konsequent verfolgt werden müssen. Wir werden auch hier die Null-Toleranz-Strategie verfolgen und Gesetzesbrüche nicht dulden.

Rechtsprechung und Vollzug zukunftsfähig aufstellen

Personelle und materielle Ausstattung der Justiz
Bereits in der laufenden Legislaturperiode haben wir die Justiz signifikant gestärkt und ihr zusätzliche Ressourcen für ein effektives Handeln zur Verfügung gestellt. Diesen Weg wollen wir auch in Zukunft weiterverfolgen. Deshalb wollen wir die Justiz durch weitere personelle Verstärkungen demographiefest machen und die Justizbauten modernisieren, indem wir den Pakt für den Rechtsstaat zwischen Bund und Ländern fortsetzen. Hierbei soll der Fokus auf mehr Personal, eine konsequente Digitalisierung und eine Sanierung der Gebäude gerichtet werden.

Attraktivität der Justizberufe steigern
Wir wollen, auch zur kontinuierlichen Gewinnung von Nachwuchskräften, die Attraktivität der Justizberufe stärken. Hierzu soll die Besoldung marktgerecht und attraktiv ausgestaltet werden. Wir wollen Rechtsreferendare wieder verbeamten. Zudem wollen wir den Justizbeschäftigten eine E-Learning-Bibliothek zu Aus- und Weiterbildungszwecken zur Verfügung stellen.

Mit der JAG-Reform haben wir den ersten Schritt zu einer zukunftsorientierten Juristenausbildung gemacht. Wir wollen das Jura-Studium attraktiver gestalten, ergänzen und für eine geringere Quote von

Studienabbrecherinnen und -abbrechern sorgen. Durch eine Modernisierungsinitiative wollen wir in Nordrhein-Westfalen der attraktivste Studien- und Ausbildungsort für angehende Juristinnen und Juristen werden. Nach dem Vorbild erfolgreicher Law Schools in Deutschland sollen Studierende der Rechtswissenschaften in Nordrhein-Westfalen künftig die Möglichkeit erhalten, sowohl den Bachelor of Laws als auch das erste Staatsexamen absolvieren zu können. Das bewährte und international anerkannte System des ersten und zweiten Staatsexamens in der deutschen juristischen Ausbildung soll dabei auch in Nordrhein-Westfalen bestehen bleiben und auch in Zukunft Voraussetzung für die Befähigung zum Richteramt bleiben.

Digitalisierung in der Justiz voranbringen

Wir wollen die Digitalisierung der Justiz weiter forcieren. Die Finanzgerichtsbarkeit und die Verwaltungsgerichtsbarkeit arbeiten bereits vollständig elektronisch. Die E-Akte muss nun auch flächendeckend an allen ordentlichen Gerichten, den weiteren Fachgerichten sowie den Staatsanwaltschaften umgesetzt werden. Auch die digitale Ausstattung der Richterinnen und Richter, der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und allen weiteren Justizbeschäftigten wollen wir gewährleisten. Den Zugang zur Justiz für die Bürgerinnen und Bürger wollen wir durch einen weiteren Ausbau der Videokonferenztechnik verbessern. Hier soll die Möglichkeit eröffnet werden, dass bei übereinstimmender Parteiantragstellung grundsätzlich eine Videoverhandlung verbindlich durchs Gericht anzuordnen ist. Um die Arbeitsabläufe der Justiz effizienter zu machen, setzen wir auf länderübergreifende Kooperation. Deshalb engagieren wir uns für den Aufbau einer länderübergreifenden Justiz-Cloud sowie die Entwicklung des Gemeinsamen Fachverfahrens („gefa“).

Einsatz von Künstlicher Intelligenz und Legal Tech ausbauen

Wir wollen durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) und Legal Tech die Tätigkeiten der Justizbehörden sinnvoll unterstützen. Einsatzbereiche sehen wir zum Beispiel bei der Vereinfachung von Datenerfassung und Verfahrensschritten im Ermittlungsverfahren durch robotergesteuerte Prozessautomatisierung. Auch die digitale Aufzeichnung und Hilfestellung bei der anschließenden Auswertung von Vernehmungen und der Hauptverhandlung durch KI sowie die Einrichtung sogenannter „Chatbots“ für die Rechtsantragstellenden sollen ausgebaut werden. Endgültige Entscheidungen sollen weiterhin nur von Menschen getroffen werden.

Schutz im Internet und vor Cyber Crime

Die Europäische Union ist bestrebt, zwanzig Jahre nach Inkrafttreten der E-Commerce-Richtlinie mit dem Digital Services Act (DAS) einen zukunftsfähigen Rechtsrahmen für neue und innovative Dienste zu schaffen. Wir begrüßen dieses Vorhaben, weil dadurch ein zukunftsorientierter Rahmen für gewerbliche Nutzer digitaler Dienste geschaffen wird. Darüber hinaus setzen wir uns für die Stärkung der Verbraucherrechte im Internet ein. Für die quantitative und qualitative Zunahme von Cyberangriffen in allen Bereichen wollen wir die Justiz für die Durchführung von Ermittlungsverfahren gut aufstellen.

Verfahrenslaufzeiten senken

Verfahrenslaufzeiten wollen wir gerade in Straf- und Zivilverfahren weiter verkürzen. Wir wollen dafür die Justiz so ausstatten, dass Richterinnen und Richter Verfahren unter Beibehaltung der hohen rechtlichen Standards schneller führen und somit unter Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit die durchschnittliche Verfahrensdauer deutlich senken können. Insbesondere im Bereich der insgesamt rückläufigen Jugendkriminalität setzen wir uns für kurze Verfahrensdauern ein, um Jugendlichen und Heranwachsenden den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Tat und Strafe aufzeigen zu können und sie damit dabei zu unterstützen, künftig ein straffreies Leben zu führen.

Behandlungsvollzug verbessern

Um Rückfallquoten zu senken, wollen wir den Behandlungsvollzug weiter ausbauen. Dadurch soll es besser gelingen, mit der individuellen Situation einzelner Straftäterinnen und Straftäter wirksam umzugehen.

EU-Kompetenzzentrum einrichten
Wir wollen die Möglichkeiten der Justiz, von EU-Fördermitteln zu profitieren, besser nutzen. Um das Projektmanagement innerhalb der Justiz zu verbessern, wollen wir ein beim Ministerium der Justiz angesiedeltes EU-Kompetenzzentrum einrichten. Dieses soll die Bewerbungen auf EU-Ausschreibungen koordinieren, den administrativen Aufwand senken und dadurch die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass das Land EU-Fördermittel für Modernisierungen erhält.

KINDERSCHUTZ

Kinder sind unsere Zukunft. Ihre Chancen wollen wir von klein auf fördern. Zugleich sind sie die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft, die unsere Hilfe und unseren Schutz benötigen. Während der große Teil der Kinder in liebevoller Umgebung ihrer Familien aufwächst, erleben einige Kinder Gewalt, Missbrauch und Vernachlässigung. Die erschütternden Missbrauchsfälle in der zurückliegenden Zeit haben uns deutlich vor Augen geführt, dass wir noch deutlich stärkere Anstrengungen brauchen, um die Kleinsten in unserer Gesellschaft besser zu beschützen. Wir sind deswegen mit weitreichenden Maßnahmen deutschlandweit vorangegangen: Wir haben ein Kinderschutzgesetz auf den Weg gebracht, das deutschlandweit neue Maßstäbe setzt. Wir haben ein ambitioniertes und umfassendes Handlungs- und Maßnahmenkonzept zur Verbesserung des Kinderschutzes vorgelegt, das unter anderem die erfolgreiche Einrichtung der Landesfachstelle „Prävention sexualisierter Gewalt“ umfasst. Bestandteil des Konzepts ist zudem die substanzielle Erhöhung der Mittel für Beratungsstellen. Wir haben über den Bundesrat für die Anhebung des Mindeststrafmaßes bei Sexualdelikten zu Lasten von Kindern gesorgt.

Führende Expertinnen und Experten haben Nordrhein-Westfalen angesichts dessen sowie weiterer parlamentarischer Initiativen als „Avantgarde“ im Kampf gegen Kindesmissbrauch bezeichnet und uns Pionierarbeit in vorbildlicher Weise bescheinigt. Wir wollen uns darauf jedoch nicht ausruhen, sondern vielmehr den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen, um den Schutz der Kleinsten unserer Gesellschaft weiter zu verbessern. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen hat für uns höchste Priorität.

Kinderschutz auf eine neue Stufe heben
Mit dem Landeskinderschutzgesetz haben wir einen wichtigen Einstieg in einen umfassenden, landesrechtlich verankerten Kinderschutz vollzogen. Wir wollen den intensiven Austausch mit Wissenschaft, Kommunen, Trägern, Verbänden sowie mit Kindern und Jugendlichen fortsetzen, um vorhandene Verbesserungsmöglichkeiten im Sinne eines umfassenden Kinderschutzes zu erkennen und umzusetzen. Wir werden dies als einen dauerhaften und fortlaufenden Prozess anlegen. Aufbauend auf dem Handlungs- und Maßnahmenkonzept im Bereich „Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“ wollen wir Prävention, Intervention und Hilfen deutlich verbessern.

Hochwertige Qualifizierungen weiter ausbauen – frühzeitiges Erkennen und Einschreiten ermöglichen
Bei vielen Akteuren, die mit oder im Umfeld von Kindern und Jugendlichen arbeiten, besteht weiterer Qualifizierungsbedarf im Bereich des Kinderschutzes. Wir wollen darum auch künftig mit der Weiterentwicklung des Landeskinderschutzgesetzes möglichst sämtliche Personen, die mit Minderjährigen arbeiten oder deren Tätigkeit Bezüge zur Arbeit mit Minderjährigen aufweist, durch regelmäßige Fortbildungen für Anzeichen sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche oder von anderen Kindeswohlgefährdungen sensibilisieren. Die Durchführung interdisziplinärer Fortbildungen wird durch eine landesseitige Finanzierung unterstützt. Zusätzlich wollen wir Mindeststandards für themenspezifische Fortbildungen im Bereich des Kinderschutzes definieren und die erforderlichen Fortbildungsinhalte nach den unterschiedlichen Arbeitsfeldern differenzieren.

Einrichtungen, in denen sich regelmäßig Kinder und Jugendliche aufhalten, verfügen nach dem Landeskinderschutzgesetz über verpflichtende Schutzkonzepte. Wir wollen darüber hinaus niedrigschwellige Beratungsangebote flächendeckend ausbauen und miteinander vernetzen. Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden wollen wir die derzeitigen Finanzierungsstrukturen nochmals überprüfen und verbessern.

Kinder und Jugendliche stark machen
Wir wollen Kinder und Jugendliche verstärkt über ihre persönlichen Rechte und Grenzen im persönlichen Umgang informieren. Kinder und Jugendliche sollen gestärkt werden, (Verdachts-)Fälle und Grenzverletzungen klar zu benennen. Dafür müssen unter anderem Ansprechpersonen und niedrigschwellige Beratungsangebote bekannter und konkrete Handlungsmöglichkeiten zugänglich gemacht werden („Wegweiser") – vor allem auch im Schulbereich. Lehrkräfte müssen über die Aus- und Fortbildung sowie die Zusammenarbeit mit oder Einbeziehung von Beratungsstellen in die Lage versetzt werden, die Themen Sexualität und sexualisierte Gewalt im Unterricht anzusprechen.

Aktive Öffentlichkeitsarbeit
Die Themen Kindeswohlgefährdung und sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche müssen über eine aktive Öffentlichkeitsarbeit weiter enttabuisiert werden. Bürgerinnen und Bürgern soll Mut gemacht werden, bei Auffälligkeiten, Verdachtsfällen und Problemen Hilfe aufzusuchen. Dafür wollen wir niedrigschwellige Beratungs- und Informationsangebote bekannter machen.

Engmaschiges Schutznetzwerk
Wir wollen die Vorgaben und Rahmenbedingungen für die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren über das Landeskinderschutzgesetz hinaus weiter verbessern, um ein engmaschiges Netz für Kinder- und Jugendschutz zu weben. Insbesondere auf Bundesebene werden wir uns für die Schaffung und finanzielle Förderung von Kinderschutz-Netzwerken nach dem Vorbild der Netzwerke Kinderschutz und Frühe Hilfen auf Landesebene zur strukturellen Vernetzung vor Ort einsetzen.

Soziales Sicherungsnetz darf nicht zum Tatort werden
Bildungsorte wie Schulen und Hochschulen sind ebenso wie Sportvereine Teil des sozialen Sicherungsnetzes. Bezugs- und Vertrauenspersonen können hier Zeuge von Verhaltensauffälligkeiten von Kindern und Jugendlichen werden, die von sexualisierter Gewalt betroffen sind. Schulen und Hochschulen sowie Sportvereine können jedoch zugleich auch Tatort sein. Wir setzen uns darum für eine wissenschaftliche Untersuchung des Umgangs von Schulaufsichten und Sportinstitutionen mit (Verdachts-)Fällen sexualisierter Gewalt ein. Das verpflichtende erweiterte Führungszeugnis soll für Ehrenamtliche zukünftig gebührenfrei werden.

Betroffenen Kindern und Jugendlichen schnellstmöglich helfen
In Fällen sexualisierter Gewalt und weiterer Formen von Kindeswohlgefährdung ist es besonders wichtig, die betroffenen Kinder und Jugendlichen schnellstmöglich durch Hilfsmaßnahmen zu unterstützen. Traumafolgenbehandlungen und psychiatrische sowie psychotherapeutische Unterstützung müssen flächendeckend und zeitnah verfügbar sein. Hier wollen wir insbesondere die therapeutischen Angebote im ländlichen Raum ausbauen.

Kindgerechte Justiz
Betroffene Kinder und Jugendliche stellen insbesondere auch Vernehmungen und Aussagen zu dem Erlebten unter hohen psychischen Stress, schlimmstenfalls kommt es zu Retraumatisierungen. Frühzeitige, kindgerechte (Video-)Vernehmungen, psychosoziale Prozessbegleitung, eine frühzeitige therapeutische Betreuung sowie die Verhinderung von mehrfachen Zeugenaussagen sollen die Justizverfahren darum kindgerechter machen. Wir setzen uns deswegen für ein Aus- und Fortbildungsangebot im Bereich „kindgerechter Justiz" ein.

Zudem wollen wir den Ausbau von Anlaufstellen für Opfer sexuellen Missbrauchs sowie der sogenannten Childhood-Häuser weiter stärken.

Die Prävention im Bereich Pädophilie wollen wir deutlich stärken. Betroffene müssen die Möglichkeit erhalten, sich niedrigschwellig über ihr Krankheitsbild und Hilfsangebote informieren zu können. Angebote wie „Kein Täter werden“ wollen wir daher ausbauen, um möglichst wohnortnah Anlaufstellen für Präventionsprogramme zu schaffen.

Missbrauch und Vergewaltigung klar benennen
Wenn über die Darstellung von Kindesmissbrauch berichtet wird, ist oft die Rede von „Kinderpornografie“. Es handelt sich hier jedoch nicht um Aufnahmen, die freiwillig entstehen und deren Herstellung erlaubt ist, sondern es handelt sich um Bilder und Videos von sexuellem, psychischen und physischem Missbrauch sowie der Vergewaltigung von Kindern. Wir halten diesen Begriff darum für grob verharmlosend und wollen ihn im Strafgesetzbuch ersetzen.

FAMILIE

Klassische Familie, unverheiratetes Paar, Regenbogen- oder Patchworkfamilie oder alleinerziehend: Familien sind vielfältig, Familien sind bunt. Wir setzen uns für Toleranz und Offenheit für diese Vielfalt von Rollen- und Lebensentwürfen ein und unterstützen deswegen die Vorhaben der Bundesregierung hierzu ausdrücklich.

Familie ist auch das Miteinander mehrerer Generationen. Im besten Fall ist die Familie der starke Ausgangspunkt für einen selbstbestimmten Lebensweg. Wir wollen Familien deswegen weiter stärken und setzen uns ein für mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine selbstbestimmte Rollenverteilung sowie Unterstützung im Falle der Pflege von Angehörigen.

Die Corona-Pandemie hat Familien, Kinder und Jugendliche besonders getroffen. Wir wollen darum den vielfältigen Auswirkungen und Folgen der Corona-Pandemie auf Kinder, Jugendliche und Familien mit einem Maßnahmenbündel begegnen. Gerade Familien mit jüngeren Kindern leisten mit solidarischem Handeln unter teilweise großer Belastung einen wichtigen Beitrag. Dafür sind wir den Familien in Nordrhein-Westfalen dankbar.

Familien stark machen
Beste Bildung für Kinder und Jugendliche heißt auch, dass die Eltern dazu beitragen können. Deswegen hat die Familienbildung und -beratung für uns eine ganz besondere Bedeutung. Wir wollen die Angebote der Familienbildung – also die Vermittlung von Erziehungskompetenzen – und die Familienberatung von Familien in Problemsituationen weiter stärken. Das Thema Mental Health bei Kindern und Jugendlichen wollen wir unter anderem im Bereich der Familienbildung, aber auch darüber hinaus noch viel stärker verankern. Wir wollen zudem zusätzliche Werbemaßnahmen für diese Beratungs- und Bildungsangebote initiieren.

Wir wollen die von den Einschränkungen zur Pandemieeindämmung besonders betroffenen Familien als Zeichen der Wertschätzung für ihren Einsatz und Verzicht durch gezielte Angebote der Familienerholung eine Atempause verschaffen und sie entlasten.

Alleinerziehende und Getrennterziehende stehen auch unabhängig von der Corona-Pandemie häufig vor großen finanziellen Problemen. Das wirkt sich auf die Chancen der Kinder aus. Deswegen wollen wir Allein- und Getrennterziehende stärken: durch einen flächendeckenden Ausbau der Betreuungsangebote insbesondere auch in Randzeiten, eine Vereinfachung der Unterstützungsleistungen durch das Kinderchancengeld, mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung, mehr Möglichkeiten zur Ausbildung in Teilzeit, Unterstützung beim Kindesunterhalt und nicht zuletzt eine wirksamere finanzielle Entlastung.

Kinder und Jugendliche mit Kinderchancengeld unterstützen

Familien mit mittlerem und niedrigem Einkommen wollen wir nachhaltig unterstützen und Kinderarmut entgegenwirken. Wir unterstützen die Absicht der neuen Bundesregierung, familienpolitische Leistungen zu bündeln. Unser Ziel bleibt ein Kinderchancengeld – eine einfache und zusammengefasste Unterstützung. Insbesondere die Angebote für bessere Chancen, Bildung und Teilhabe sollen ausgeweitet und von Kindern und Jugendlichen selbstständig abgerufen werden können.

Passgenaue Angebote für Kinder und Jugendliche umsetzen
Wir wollen die außerschulischen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit als demokratische Bildungsorte und freiwillige Lernorte weiter stärken. Kinder und Jugendliche sollen flächendeckend Zugang zu den vielfältigen Möglichkeiten der Bildung erhalten und allgemeine, soziale, kulturelle und persönliche Kompetenzen erwerben können. Mentoring-Programme sollen eine weitere wertvolle Unterstützung für Kinder und Jugendliche sein und ihnen Perspektiven für die Zukunft aufzeigen. Eltern werden durch die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit zudem entlastet.

Vor allem benachteiligte Kinder und Jugendliche benötigen umfassende Ferien- und Unterstützungsprogramme. Wir wollen darum Ferienfreizeiten, Bildungsprogramme in den Schulferien sowie Mitgliedschaften in gemeinnützigen Vereinen finanziell stärker fördern und unterstützen.

Zugang zu Bildung ermöglichen und vor allem Neugier für Forschung und den MINT-Bereich wecken – das leisten auch außerschulische Bildungseinrichtungen, wie Junior Universitäten und Museen. Wir wollen solche Initiativen weiter unterstützen und bessere Rahmenbedingungen für deren Arbeit schaffen, damit sie mehr Talente gerade auch aus bildungsferneren Haushalten erreichen.

Die Corona-Pandemie hat auch psychosoziale und entwicklungspsychologische Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche. Wir wollen den bereits eingeleiteten Ausbau der Schulpsychologie fortsetzen und den Schülerinnen und Schülern vor Ort passgenaue Beratungs- und Unterstützungsangebote unterbreiten.

Digitales Familienportal als unbürokratische Anlaufstelle schaffen
Hindernisse bei der Terminvereinbarung, die Pflicht persönlichen Erscheinens bei Behörden, Wartezeiten vor Ort und unverständliche Bürokratie sind für Eltern oft Wegbegleiter bei der Beantragung familienbezogener Leistungen. Wir wollen darum mit dem „Digitalen Familienportal NRW“ eine zentrale, digitale Anlaufstelle schaffen. Das Portal soll als „One-Stop-Shop“ den Zugang zu allen wichtigen Informationen eröffnen und alle Leistungen rund um das Familienleben gebündelt zugänglich machen. Gegliedert nach relevanten Lebenslagen, sollen Familien dann mit wenigen Klicks alle kind- und familienbezogenen Leistungen finden und beantragen können – von Elterngeld über Unterhaltsvorschuss bis zur Unterstützung bei einer Kinderwunschbehandlung. Die Möglichkeit zum persönlichen Kontakt soll es grundsätzlich weiterhin geben.

GESUNDHEIT

Wenn es Menschen gut geht, stärkt das ihre Möglichkeiten, sich selbst zu entfalten. Wir wollen Gesundheit im größtmöglichen Umfang erhalten und das Wohlbefinden stärken. Erreicht werden kann dies durch eine regional vernetzte, patientenorientierte und integrierte Versorgung, in der Prävention, Notfallversorgung, Kuration, Rehabilitation und Pflege gleichwertig sind sowie interprofessionell und integrativ gesteuert werden. Wichtig ist auch eine breit angelegte Hilfsstruktur zum psychischen Wohlergehen. Eine Erkrankung erschwert oftmals das Verfolgen eigener Lebensziele oder hindert im schlimmsten Fall sogar daran.

Damit sich Erkrankte bestenfalls vollständig und möglichst schnell erholen können, braucht es ein leistungsfähiges Gesundheitssystem, das allen Menschen eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung sichert. Zugleich wollen wir die Chancen des medizinischen und digitalen Fortschritts nutzen und das Gesundheitssystem an die demografische Entwicklung und mögliche Pandemien in der Zukunft anpassen. Erkrankten, auch chronisch Kranken und Menschen mit bleibenden

Schäden durch Unfall oder Krankheit wollen wir den Weg ebnen, um in größtmöglicher Selbstbestimmung leben zu können. Für den Gesundheitsschutz, das Bekämpfen von Krankheiten und ein selbstbestimmtes Leben mit Unfall- oder Krankheitsfolgen spielen Innovationen eine zentrale Rolle. Die Entwicklung neuer Behandlungsmethoden und Medikamente gibt Menschen Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Wir unterstützen das Vorhaben der neuen Bundesregierung, die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene in lizenzierten Geschäften einzuführen.

Zukunftsfähige Versorgungsstrukturen schaffen
Wir wollen die Reform der Krankenhausrahmenplanung vor Ort konkret umsetzen und zukunftsfähige Krankenhausstrukturen schaffen. Mit einer entsprechenden zielgerichteten Investitionsförderung wollen wir den Strukturwandel unterstützen und gleichzeitig die Erreichbarkeit und Versorgung in der Fläche sichern. Dabei wollen wir die Behandlungsqualität verbessern, indem wir komplexe Leistungen an besonders geeigneten Standorten konzentrieren, ineffiziente Doppelstrukturen in Ballungszentren reduzieren sowie Kooperationen von Krankenhäusern sowohl mit Krankenhäusern als auch mit niedergelassenen Ärzten und Rehabilitationskliniken fördern. Darüber hinaus sollen die Versorgungsstrukturen und -kompetenzen der Rehabilitationskliniken stärker als bisher berücksichtigt werden. Zahlreiche Rehabilitationskliniken standen zur Bewältigung der Pandemie als Hilfskrankenhäuser zur Verfügung. Diese Strukturen und Kompetenzen müssen gesichert und weiterentwickelt werden.

In unter- und schlechtversorgten Gebieten soll die Gründung von MVZs für Kommunen flexibler werden. Eine Beschränkung auf Fachgruppen oder Rechtsformen sehen wir kritisch. Wir setzen uns dafür ein, dass die Gründung von Zweigpraxen und ausgelagerten Praxisräumen, sowohl für Vertragsärzte als auch für MVZ gerade in diesen Regionen flexibilisiert und entbürokratisiert wird.

Wohnortnahe gesundheitliche Versorgung sichern
Wir stehen für eine qualitativ hochwertige, flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung, gerade auch im ländlichen Raum. Dabei spielt die hausärztliche Versorgung eine zentrale Rolle. Wir wollen über die bestehende Landesförderung für Niederlassungen mit dem Hausarztaktionsprogramm hinaus gemeinsam mit den Körperschaften die Rahmenbedingungen für innovative Versorgungsangebote und ortsnahe Kooperationsformen verbessern. Um mehr ärztlichen Nachwuchs gerade für ländliche Regionen zu gewinnen, wollen wir mehr Studienplätze an der Universität Witten-Herdecke schaffen und die medizinische Fakultät Ostwestfalen-Lippe weiter ausbauen, unter anderem durch die Schaffung eines Instituts für Pharmazie und die Einrichtung eines Studienangebots für Pharmazie als Ergänzung des Forschungs- und Lehrangebots an der Universität Bielefeld, um so das Innovations- und Gründungspotenzial in der gesamten Region weiter zu erhöhen sowie dem Apothekermangel vor allem im ländlichen Raum entgegenzuwirken. Zudem setzen wir uns dafür ein, Landarzt-Förderprogramme zu verstärken und den Quereinstieg in die Hausarzttätigkeit weiter zu unterstützen. Auch im Bereich der anderen Gesundheitsberufe sind die Ausbildungsangebote zu erweitern und Weiterbildung zu fördern.

Digitalisierung und Innovationen zum Wohl der Patientinnen und Patienten voranbringen
Wir wollen die Möglichkeiten und Chancen der Digitalisierung im Gesundheitswesen und von Telematik-Anwendungen noch besser nutzen, um Patientinnen und Patienten effizienter versorgen zu können. Dazu zählen die verstärkte Nutzung mobiler Endgeräte insbesondere bei niedergelassenen Ärzten, der weitere Ausbau des Erfolgsmodells Virtuelles Krankenhaus zur fachlichen Unterstützung der Kliniken vor Ort, der Ausbau Künstlicher Intelligenz zur Diagnose von Erkrankungen, die Nutzung robotischer Assistenzsysteme sowie die übergreifende digitale Vernetzung der gesamten Versorgungsstruktur von den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten und ambulanten Diensten über die Krankenhäuser bis hin zur Rehabilitation und Pflege. Dabei sind der medizinische Nutzen digitaler Anwendungen zu prüfen, die technische Funktionsfähigkeit durch ausgedehnte Feldtests sicherzustellen, die Sicherheit der Daten zu gewährleisten und hierdurch die Anreize für die freiwillige Nutzung digitaler Infrastrukturen zu verstärken. Unabdingbar ist jedoch eine gute und sichere Datenqualität. In Zusammenarbeit mit den medizinischen und technischen Fachgesellschaften werden Standards zur Datengewinnung und -qualität entwickelt. Wir

setzen uns für den Ausbau von kostenlosen fälschungssicheren medizinischen Dokumentationsmöglichkeiten und Gesundheitszeugnissen ein und wollen Innovationen in diesem Bereich fördern.

Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken

Wir setzen uns dafür ein, den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) zu digitalisieren und zu stärken. Intelligente Schnittstellen und eine digitale Vernetzung zwischen allen Standorten des ÖGD sollen flächendecken genutzt werden. Wir wollen den ÖGD zudem attraktiver machen für ärztlichen Fachkräftenachwuchs. Dazu zählen verlängerte Einstellungsfristen, ein eigenständiger Tarifvertrag, attraktive Arbeitszeitmodelle und mehr Weiterbildungsstellen. Außerdem wollen wir es ermöglichen, Famulaturen wie auch das Wahlfach des Praktischen Jahres (PJ) während des Medizinstudiums im Gesundheitsamt zu absolvieren.

Das Landeszentrum für Gesundheit soll als Landesgesundheitsamt mit erweiterten Kompetenzen ausgestattet werden und eine „Rapid Response Force“ auf Landesebene enthalten, die im Bedarfsfall kurzfristig die örtlichen Gesundheitsämter unterstützen kann.

Den Öffentlichen Gesundheitsdienst möchten wir entlasten. Bislang ist er auch für die Verbeamtungsuntersuchungen zuständig. In der Pandemie brachte dies Gesundheitsämter an ihre Grenze, so dass teilweise unter Vorbehalt und mit Rechtsunsicherheit für alle Seiten verbeamtet werden musste. Andere Bundesländer beauftragen für diese Untersuchungen besonders ausgewählte niedergelassene Vertragsärzte. Dadurch können sich die Gesundheitsämter auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.

Prävention und Gesundheitsförderung ausbauen

Der Prävention, Krankheitsfrüherkennung, Gesundheitsförderung und Rehabilitation kommen eine wichtige Bedeutung zu, die nicht nur das Gesundheitswesen umfasst, sondern altersunabhängig die gesamte Gesellschaft. Daher ist die Präventionsmedizin in allen gesellschaftlichen Bereichen zu stärken. Wir wollen die Gesundheitsvorsorge verbessern und es den Menschen ermöglichen, Erkrankungen zu vermeiden oder zumindest frühzeitig zu erkennen. Dafür wollen wir die Angebote zur Prävention und Gesundheitsförderung ab dem Kindesalter für alle Altersgruppen ausbauen und setzen uns unter anderem für ergänzende Voruntersuchungen bei Kindern und Jugendlichen (U10/U11/J2) ein. Hierzu ist es auch notwendig, Zahnärzte und pädagogische Einrichtungen in die Präventionsarbeit einzubeziehen, um möglichst alle Kinder niedrigschwellig zu erreichen. Wir wollen bereits Kindern und Jugendlichen in Kindergärten, Schulen und in der Ausbildung einen eigenverantwortlichen, gesunden Lebensstil vermitteln und damit Erkrankungen vorbeugen. Wir setzen uns für eine umfassende gesundheitliche Bildung in den Schulen ein. Gesundheitliche Bildung soll in geeigneter Weise in den entsprechenden Lehrplänen gestärkt werden – auch im Hinblick auf mentale Gesundheit. Im Sinne eines lebenslangen Gesundheitslernens sollen auch Erwachsene entsprechende Informationen erhalten und alle zwei Jahre evidenzbasierte Vorsorgeuntersuchungen wahrnehmen. Den Leitgedanken von Vorsorge und Prävention wollen wir auch auf gender- und geschlechtsspezifische Gesundheitssituationen ausweiten.

Neben einer modernen Drogenprävention und -beratung sind insbesondere nicht-stoffgebundene Süchte (z. B. Internet- oder Spielsucht) stärker in den Fokus zu nehmen.

Männer und Frauen erkranken aufgrund biologischer Unterschiede verschieden. Dem sollten auch Medizin und Forschung Rechnung tragen. Wir setzen uns deswegen für konkrete Forschungsprojekte zu geschlechtsspezifischer Medizin und Pharmazie in Nordrhein-Westfalen ein.

Notfallversorgung und Rettungsdienst

Eine gute Versorgung im Notfall gehört für uns zur Daseinsvorsorge. Die Menschen, die im Rettungsdienst aktiv sind, verdienen für ihr Engagement jeden Tag unseren Dank, daher wollen wir ihre Arbeitsbedingungen nachhaltig verbessern.

Zentral für einen gut funktionierenden Rettungsdienst ist gut ausgebildetes Personal und eine Ausstattung auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft.

Digitale Anwendungen, digitale Dokumentation und beste Ausbildung werden in NRW dringend benötigt. Zusätzlich setzen wir uns für ein NRW-weites webbasiertes Onlinemeldesystem ein, in dem in Echtzeit freie Versorgungskapazitäten in den Krankenhäusern einsehbar sind. Daneben wollen wir ambulante Notpraxen an die Notaufnahmen im Krankenhaus anbinden, um diese zu entlasten.

Rehabilitation stärken
Die ambulanten und stationären Rehabilitationseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen, die heimischen Kurorte und Heilbäder sind ein bedeutender Faktor und wichtiger Dienstleister in der Gesundheitswirtschaft. In den nächsten Jahren ist ein veränderter und vermehrter Bedarf an Rehabilitation zu erwarten. Wir wollen den Ausbau der Standorte für Rehabilitation zu modernen Kompetenzzentren für Gesundheit und Prävention unterstützen. Zudem wollen wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die Verfahren zur Genehmigung von Rehabilitationsleistungen durch die Krankenkassen zu vereinfachen, eine Länderöffnungsklausel der bundesweiten Rahmenverträge zur besseren Berücksichtigung regionaler Besonderheiten einzuführen sowie Rehabilitationseinrichtungen bei der Ausbildung aller Gesundheitsfachberufe beteiligen zu können.

Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen
Psychische Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung für Lebensqualität, Leistungsfähigkeit und soziale Teilhabe. Durch die Förderung von psychischer Gesundheit und der Prävention wird die Gesellschaft sensibilisiert und Einzelnen kann schnell geholfen werden. Viele Erkrankungsverläufe sind durch die Psyche mitbestimmt und können durch die frühzeitige Einbindung von Psychotherapeuten positiv beeinflusst werden. Wir wollen daher die Wartezeiten auf eine ambulante wie stationäre Therapiemöglichkeit reduzieren, Prävention und Aufklärung stärken sowie die Ausbildung der psychologischen Psychotherapeuten ausbauen und weiterentwickeln.

Selbstbestimmung am Lebensende
Wir wollen die Selbstbestimmung auch am Lebensende erleichtern und ein würdevolles Sterben ermöglichen. Dazu wollen wir die Hospiz- und Palliativversorgung weiter verbessern. Die Vernetzung von Hausärztinnen und Hausärzten mit der ambulanten palliativmedizinischen Versorgung soll noch weiter gestärkt werden. Eine Strafandrohung gegen ärztliche Sterbebegleitung lehnen wir ab.

Selbstbestimmung auch über den Tod hinaus
Wir setzen uns für eine Liberalisierung des Bestattungsgesetzes ein. So soll geprüft werden, ob künftig eine Urnenbestattung auch auf privatem Grund erfolgen kann.

Außerdem soll auch die Trägerschaft von Friedhöfen durch Dritte, wie z. B. private Unternehmen ermöglicht werden.

PFLEGE

Jede und jeder kann – nicht nur im Alter – durch eine Krankheit in die Situation geraten, den eigenen Alltag nicht mehr allein bewältigen zu können. Wir setzen uns für eine qualitativ hochwertige Pflege ein, um bei Krankheit, Behinderung oder im Alter ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wo Eigenverantwortung zunehmend schwieriger wird, gilt es Gesamtverantwortung zu entwickeln und Hilfsangebote so zu verzahnen, dass ein Umfeld aus Betreuung und Versorgung dem Einzelnen Wahlfreiheit lässt, wie sie oder er leben möchte: ob ambulante Betreuung in der häuslichen Umgebung, Pflege-Wohngruppen oder stationäres Pflegeheim. Einseitige Bevorzugungen oder Benachteiligungen einzelner Angebotsformen lehnen wir ab. Pflegende Angehörige sowie Nahestehende sind stärker in ihrer

Tätigkeit zu unterstützen. Wir unterstützen den Grundsatz Rehabilitation vor Pflege durch eine strukturierte Berücksichtigung der Rehabilitation, um Pflegebedürftigkeit wirkungsvoll zu vermeiden.

Zentral für eine gute Pflege sind ausreichend, gut ausgebildete Pflegende. Ihre Arbeit verdient sowohl große Wertschätzung, vor allem aber auch gute Arbeitsbedingungen, die wir weiter verbessern wollen. Wir wollen zudem mit allen beteiligten Akteuren eine Initiative entwickeln, um ausgeschiedene Pflegefachkräfte zurückzugewinnen.

Pflegefachkräfte entlasten, Digitalisierung nutzen
Wir wollen bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege erreichen. Darum wollen wir von der Bildung über eine bedarfsgerechte Personalbemessung, dem Abbau von Bürokratie, leistungsgerechte Vergütungen bis hin zu mehr Karrierechancen durch Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten dafür sorgen, dass der Beruf wieder attraktiver wird. So soll dem Personalmangel begegnet und die Versorgung verbessert werden.

Wir wollen die Arbeit in der Pflege durch digitale Anwendungen, Automatisierung sowie Robotik unterstützen und Pflegende dadurch entlasten. Wir wollen so mehr Zeit für Zuwendung ermöglichen und zur Erleichterung des Arbeitsalltags Pflegender beitragen – unter anderem durch eine elektronische Patientenkurve, eine automatisierte Medikamentenausgabe und robotische Lagerungshilfen. Dies reduziert auch Risiken für die Pflegebedürftigen, zum Beispiel bei Medikationsänderungen.

Wir wollen den Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, ein selbstbestimmtes und sorgenfreies Leben so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden ermöglichen. Wohnungen und Häuser können bereits heute mit digitalen Systemen und elektronischen Assistenzsystemen ausgestattet werden. Hier wollen wir prüfen, inwiefern ein Modellprojekt in einzelnen Quartieren mit finanzieller Unterstützung durch Kranken- und Pflegeversicherung möglich sein kann und inwieweit der Leistungskatalog der Pflegeversicherung ausgebaut werden kann. Denn die Technik und die Ideen sind in Deutschland bereits vorhanden. Die Umsetzung und die Einbringung in den Alltag der Betroffenen ist bis heute nicht umfassend erfolgt.

Ebenso setzen wir uns für verlässliche Dienstpläne, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine gezielte betriebliche Gesundheitsförderung zum Abbau von physischen und psychischen Belastungen ein. Wir unterstützen die Anwerbung von Pflegekräften aus der Europäischen Union und Drittstaaten mit Hilfe unbürokratischer Anerkennungsverfahren und fachbezogener Sprachkurse.

Weiterentwicklung der Pflegeausbildung
Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung der Pflegeausbildung ein. Wir wollen mehr digitale Inhalte, eine Stärkung der pflegerischen Kompetenzen und eine leistungsgerechte Durchlässigkeit in Pflegeberufen. Wir wollen auch für Haupt- und Gesamtschülerinnen und -schüler die Ausbildungsplätze in der Pflegeassistenz weiter ausbauen mit dem Ziel, den Zugang zur Pflegefachkraft-Ausbildung nach einer erfolgreichen Ausbildung in der Pflegeassistenz zu eröffnen. Zusätzlich soll die Zahl der Ausbildungsplätze durch den Einbezug der Kapazitäten der Rehabilitationsklinken als Ausbildungsstätten deutlich erhöht werden. Daneben wollen wir die primärqualifizierenden Studiengänge im Bereich der Pflegewissenschaft flächendeckend ausbauen.

WIR WOLLEN EIN NRW, IN DEM DIE POLITIK RECHNEN KANN

SOLIDE FINANZEN

Die Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie und ihre Auswirkungen haben zusammen mit Steuermindereinnahmen die Verschuldung auf allen staatlichen Ebenen sprunghaft ansteigen lassen.

Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung sind inzwischen mit über 2,2 Billionen Euro verschuldet – fast 300 Milliarden Euro mehr als noch im Jahr 2019. Durch weitsichtige Politik und die richtigen Schwerpunktsetzungen bei eigenen Corona-Hilfsmaßnamen und flankierenden Konjunkturimpulsen ist Nordrhein-Westfalen im direkten Vergleich mit der großen Koalition im Bund mit deutlich weniger neuen Schulden durch die Krise gekommen. Dennoch hat die Bewältigung der direkten und indirekten Folgen der Pandemie auch in Nordrhein-Westfalen kreditfinanzierte Mittel in erheblichem Umfang erfordert.

Solide Finanzen in einem Staat, der rechnen kann, waren, sind und bleiben unser Ziel. Sie sind Voraussetzung für Hilfen im Krisenfall. Nach der Krise dürfen die zusätzlichen Schulden aus der Krise junge Generationen nicht länger als notwendig belasten. Einem Aufweichen der Schuldenbremse treten wir deswegen entschieden entgegen.

Die Mittelverwendung aus dem Sondervermögen „Corona Rettungsschirm“ – auf Basis der bereits gemachten ersten Schritte – soll transparenter nachvollziehbar werden. Im Sinne der Generationengerechtigkeit wollen wir auch zukünftige Ausgaben im Landeshaushalt, zum Beispiel für die Versorgungsansprüche der Beamtinnen und Beamten, besser abbilden.

Corona-Schulden schnellstmöglich abbauen

Unser Anspruch an generationengerechte Politik ist es, den rechtlich möglichen Tilgungszeitraum von 50 Jahren für die aufgenommenen Corona-Schulden nach Möglichkeit nicht auszureizen. Angesichts des prognostizierten Anstiegs der Steuereinnahmen soll die Schuldenlast schneller abgebaut werden. Wir wollen so auch auf mögliche weitere Ereignisse, die die volle finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes erforderlich machen, vorbereitet sein. Wie schnell weitere finanzielle Herausforderungen auf den Landeshaushalt zukommen können, zeigen die Rettungspakete zu den Flutfolgeschäden.

Soweit im Interesse der Wirtschaftsbelebung und der Beschäftigungssicherung Investitionen, die bereits für die folgenden Jahre geplant waren, vorgezogen und mit Mitteln des Sondervermögens finanziert sind, sollen die entsprechenden Ausgaben für das empfangende Ressort mit einer Sparverpflichtung verbunden werden.

Schuldenabbau und Investitionen ermöglichen durch wirtschaftliche Belebung

Durch eine weitsichtige Wirtschaftspolitik wollen wir die Rahmenbedingungen für eine schnelle wirtschaftliche Belebung nach der Pandemie schaffen, damit das Land zeitnah wieder auf eine breite Steuerbasis zurückgreifen kann. Wir lehnen Steuererhöhungen entschieden ab, weil sie diese dringend erforderliche Erholung gefährden und daher der falsche Ansatz sind, um Wachstum und Staatseinnahmen zu generieren und damit schnellstmöglich wieder Spielraum für Investitionen in die Zukunft und Abbau der Schuldenquote zu ermöglichen. Für Subventionen wollen wir zudem eine Befristung (Sunset-Klausel) einführen. Dadurch laufen Subventionen zu festen Zeitpunkten automatisch aus. Bevor sie weiterlaufen, muss die Landesregierung sie dann regelmäßig kritisch überprüfen.

Ausgabenkritik und Abkehr von Kleinstprogrammen

Zur Bewältigung der aktuellen finanziellen Sondersituation in Bund, Länder und Kommunen sind in den nächsten Jahren erhebliche Konsolidierungsbeiträge im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten zu leisten. Wir werden die kommenden Landeshaushalte daher einer konsequenten Ausgabenkritik hinsichtlich zwingender und nicht zwingend notwendiger Ausgaben unterziehen.

Bei jedem Förderprogramm soll verbindlicher geregelt werden, welches Ziel warum mit welchem Instrument verfolgt wird – und anhand welcher Kriterien die Zielerreichung während und nach dem Programm gemessen werden soll. Insbesondere bei der regelmäßigen Bewertung der Programme braucht es eine noch bessere Fehlerkultur, um aus rückblickend wenig treffsicher verausgabten öffentlichen Mitteln die richtigen Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.

Um eine Übersicht über die Förderprogramme des Landes zu schaffen, wollen wir diese auf einer digitalen Plattform nach gesellschaftlichen Bereichen und mit Hinweis auf die jeweiligen Förderkriterien und das Beantragungsverfahren aufführen. Dies soll den Zugang zu Fördermöglichkeiten durch Information verbessern, zugleich aber auch für mehr Transparenz über die Verwendung von Landesmitteln sorgen. - Gleichzeitig ermöglicht dies eine weiterhin fortlaufende kritische Überprüfung der vielen Förderprogramme des Landes. Daneben sprechen wir uns für die Erstellung eines Begleitberichts „Generationengerechte Finanzen" in einem einjährigen Rhythmus aus. Einer strukturellen Überschuldung zulasten der jungen Generation wollen wir so vorbeugen und Fehlentscheidungen transparent sichtbar machen.

Staatliche Beteiligungen weiter reduzieren
Mit der Veräußerung der seit Jahren defizitären staatlichen Spielbanken ist in Nordrhein-Westfalen der Anfang zur Privatisierung von Landesbeteiligungen gelungen. Wir wollen alle Landesbetriebe und Landesbeteiligungen auf den Prüfstand stellen:

Beteiligungen des Landes an privaten Unternehmen wollen wir von der Erfüllung verbindlicher Kriterien abhängig machen.

Eine Unternehmensbeteiligung kann zum Beispiel gerechtfertigt sein, wenn das Landesinteresse in einem klar definierten landespolitischen Ziel zum Ausdruck kommt, von überragender öffentlicher Bedeutung ist und ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Landesbeteiligung und der Zielerreichung zu erwarten ist. Unternehmensbeteiligungen dürfen dabei den Wettbewerb zwischen konkurrierenden Unternehmen nicht verfälschen, sollen grundsätzlich als zeitlich befristete Engagements verstanden und so ausgestaltet werden, dass das Land im Sinne der landespolitischen Ziele auf die Unternehmensentwicklung Einfluss nehmen kann.

Überall dort, wo die Beteiligungen und Betriebe nicht von überragender öffentlicher Bedeutung sind, wollen wir den eingeschlagenen Weg der Veräußerung nicht zwingend erforderlicher Beteiligungen und Unternehmungen konsequent weitergehen.

Wir wollen die Landesbeteiligungen an den Messen Düsseldorf und Köln nach wirtschaftlicher Überwindung der Pandemie im Einvernehmen mit den beiden Messestädten veräußern.

Beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB NRW) zeigen die strukturellen Verbesserungen der letzten Jahre noch zu wenig Wirkung. Wir sind überzeugt, dass bei Projektentwicklung und Betrieb von Immobilien grundsätzlich mehr private Beteiligung anzustreben ist. Daher wollen wir im BLB Privatisierungspotenziale heben und das Büroflächenmanagement und die Gebäudebeschaffung des Landes neu aufstellen.

Gezielte öffentliche Investitionen
Das Land hat zur Bewältigung der Folgen der Pandemie ein eigenes Konjunkturpaket im Umfang von mehreren Milliarden Euro aufgelegt. Um im Interesse der Wirtschaftsbelebung mit der gebotenen Geschwindigkeit nachhaltig sinnvolle Maßnahmen auf den Weg zu bringen, wurden viele Investitionen vorgezogen, die ursprünglich verteilt über die kommenden Jahre ohnehin eingeplant waren, zum Beispiel Investitionen in die Krankenhaus- und Gesundheitsinfrastrukturen. Im Aufschwung nach der Pandemie wollen wir die allerorts wieder anziehenden privaten Investitionen mit gezielten ergänzenden öffentlichen Investitionen und geeigneten Rahmenbedingungen flankieren. Wir setzen hierbei weiterhin auf Zukunftsinvestitionen.

Die öffentliche Hand soll dabei in den Aufschwung hinein nicht massiv und pauschal als zusätzlicher Auftraggeber auftreten. Denn durch unüberlegte öffentliche Investitionen nach dem Gießkannenprinzip könnten sonst bestehende Herausforderungen wie die angespannte Situation im Bausektor aufgrund von Materialknappheit zusätzlich verschärft, die Preise in die Höhe getrieben und private Investitionen

beispielsweise in die energetische Modernisierung von Gebäuden und Produktionsstätten ausgebremst werden. Das würde im Ergebnis kaum zu positiven Effekten führen.

FAIRE STEUERN

Die Grundsteuer darf nicht als Vermögensteuer missverstanden werden. Mit ihr werden diejenigen, die Grund und Boden nutzen, angemessenen an der Finanzierung von kommunalen Leistungen beteiligt, die nicht durch besondere Entgelte finanziert werden.

Faire, verlässliche und transparente Steuern kommen ohne automatische Erhöhungen durch die Hintertür aus. Sowohl bei der Grundsteuer als auch bei der Grunderwerbsteuer führen die Preissprünge bei Immobilien durch immer höhere Bemessungsgrundlagen zu einer fortlaufend steigenden Steuerlast für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen. Durch die richtigen Weichenstellungen werden wir diese Steuerspirale durchbrechen. Anstelle immer neuer Belastungen setzen wir uns weiterhin für zielgerichtete Entlastungen ein.

Grundsteuerbremse umsetzen
Wir wollen unverändert ein faires, transparentes und bürokratiearmes Grundsteuermodell für Nordrhein-Westfalen. Diese Ziele sehen wir am besten in einem flächenbasierten Grundsteuermodell mit Lagefaktoren verwirklicht, wie es viele andere Bundesländer unter Nutzung der Länderöffnungsklausel bereits eingeführt haben. Für uns ist klar, dass die Grundsteuer nicht als Vermögenssteuer wirken darf.

Bisher gibt es in Nordrhein-Westfalen keine politische Mehrheit für die Nutzung der Länderöffnungsklausel. Ohne einen aktiven Beschluss für ein eigenes Modell wird die Grundsteuer ab dem Jahr 2025 automatisch nach dem Bundesmodell erhoben. Dieses Modell sehen wir insbesondere wegen der großen Bürokratie äußerst kritisch: Alle sieben Jahre sollen die Verkehrswerte von Grundstücken und Gebäuden als zentrale Bemessungsgrundlage in einer aufwändigen Hauptfeststellung neu bewertet werden. Ohne aktive Hebesatzsenkungen durch die Kommunen wird das Bundesmodell aufgrund dieser inneren Wertdynamik in vielen Gegenden zu fortlaufenden, automatischen Steuererhöhungen im Zuge der turnusmäßigen Neubewertungen führen. Das wollen wir verhindern.

Mieterinnen und Mieter ebenso wie Eigentümerinnen und Eigentümer haben auf die lokale Wertentwicklung kaum Einfluss und profitieren – abgesehen vom Verkaufsfall – kaum von immer höheren Immobilienbewertungen. Die absehbar immer weiter steigende Grundsteuer müssen sie aber trotzdem zahlen. Einen dauerhaften Ausweg aus dieser Steuerspirale bietet nur ein eigenes flächenbasiertes Grundsteuermodell, bei dem sich der Grundsteuerwert hauptsächlich über konstante Grund- und Gebäudeflächen und nicht über fortlaufend steigende lokale Bodenwerte und Mietpreisniveaus bestimmt.

Das Bundesrecht erlaubt den Kommunen aktuell, vor Ort einen eigenen Hebesatz für unbebaute Grundstücke, für die aber Baurecht besteht, festzulegen (sogenannte Grundsteuer C). Diejenigen, die ein Baugrundstück unbebaut lassen, werden dann mit einem besonderen Hebesatz an der Grundsteuerzahlung beteiligt.

Im Rahmen kommunaler Autonomie wollen wir den Gemeinden überlassen, ob sie zum Flächenmanagement vor Ort auf das Instrument der Grundsteuer C zurückgreifen, sofern sie im Umfang der dadurch erzielten Einnahmen die Belastung bei der Grundsteuer B reduzieren. Durch die zusätzlichen Einnahmen durch die Grundsteuer C sollen so alle Bewohner und Betriebe bei der Grundsteuer B entlastet werden.

Steuergerechtigkeit ist unabhängig von der Unternehmensgröße
In Nordrhein-Westfalen leisten hunderttausende Unternehmen unterschiedlichster Größe einen zentralen Beitrag für unseren Wohlstand und sorgen für viele gute Arbeitsplätze im ganzen Land. Darüber

hinaus tragen unsere Unternehmen mit den von ihnen gezahlten Steuern zu einer gelingenden Gemeinschaft sowohl in den Kommunen vor Ort als auch im ganzen Land bei. Wer einerseits vor Ort Infrastrukturen nutzt, auf unseren funktionierenden Rechtsstaat und gut ausgebildete Fachkräfte zurückgreift, der darf sich anderseits nicht durch aggressive Steuervermeidungstricks der gemeinsamen Finanzierung entziehen. Wir wollen uns deswegen weiterhin auf allen Ebenen für eine faire Lastenverteilung zwischen den vielen lokalen kleinen und mittleren Unternehmen und großen multinationalen Konzernen einsetzen.

Steuerfahndung stärken
Zu einer fairen Lastenverteilung gehört auch, dass sich alle Mitglieder unserer Gemeinschaft an geltendes Recht halten. Wir haben den Kampf gegen Steuerhinterziehung deutlich intensiviert und personell verstärkt. Durch die Bündelung von IT-Spezialisten, Polizei, Staatsanwaltschaften und Steuerfahndung in einer neu geschaffenen, ressortübergreifenden Task Force haben wir ein bundesweit einmaliges, schlagkräftiges Instrument zur Aufklärung von internationaler Finanzkriminalität geschaffen. Zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität setzen wir uns für den Vermögensentzug von offensichtlich nicht nachvollziehbarer Vermögensbildung ein. Im Zusammenhang mit dem Betrug bei Cum-Ex-Geschäften sorgen wir mit deutlich erhöhtem Personalaufwand dafür, dass möglichst keines dieser Vergehen straffrei bleibt. Diesen Kampf gegen Steuerbetrug werden wir fortsetzen. Denn eine möglichst geringe Steuerlast für alle ist nur dann erreichbar, wenn sich eine Minderheit nicht durch strafbewährtes Verhalten der Besteuerung entzieht.

WIR WOLLEN EIN NRW, DAS UNKOMPLZIERT UND MOBIL IST

UNKOMPLIZIERTER STAAT – BÜROKRATIEABBAU

Wir wollen einen unkomplizierten Staat. Er soll es den Bürgerinnen und Bürgern einfach machen und keine zusätzlichen Hürden aufbauen. Viele bürokratische Fesseln haben wir durch unsere Entfesselungsoffensive bereits gelöst und Bürokratie abgebaut. Diesen Weg wollen wir fortsetzen mit dem Ziel, dass nicht notwendige Gesetze, Verbote und Vorschriften entfallen. Die Pandemie hat zudem gezeigt, was alles digital möglich ist.

Ein umfassender Modernisierungs- und Entfesselungskurs hilft nicht nur Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen. Er sichert auch die Handlungsfähigkeit unseres Staates. Auch das hat die Pandemie gezeigt: Wir brauchen einen schlanken und agilen Staat, der, wenn es notwendig ist, schnell handeln kann.

Recht auf digitale Erledigung
Es soll zukünftig für alle Verwaltungsangebote ein Digitalisierungs-Grundsatz gelten. Jeder Kontakt mit der Verwaltung soll auch digital möglich sein – wenn gewünscht, vom heimischen Sofa statt im Bürgerbüro. Wir wollen so ein Recht auf digitale Erledigung umsetzen. Rechtliche Hürden für eine elektronische Abwicklung von Verwaltungsdienstleistungen müssen systematisch weiter abgebaut werden. Die Vorgänge, die aus rechtlichen Gründen ein persönliches Erscheinen zwingend machen, wollen wir auf ein Minimum reduzieren.

Once-Only-Garantie für umfassenden Bürokratieabbau einführen
Wir setzen uns dafür ein, digitale Prozesse landesweit so zu gestalten, dass Digitalisierung nicht zur Belastung wird, weil sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Unternehmen beispielsweise Daten für ganz verschiedene Vorgänge immer wieder neu eingeben müssen. Um das zu verhindern, wollen wir eine Once-Only-Garantie einführen. Wenn Personen und Unternehmen bestimmte Standardinformationen und Daten an Behörden nur noch einmal übermitteln müssen, kann ein umfassender Bürokratieabbau durch Digitalisierung auch wirklich gelingen. Konkret gilt das zum Beispiel für die Digitalisierung im Bereich des Datenaustauschs zwischen der Finanzverwaltung und den Gewerbebehörden oder bei der Einrichtung

eines Basisregisters für Unternehmensstammdaten in Verbindung mit einer bundeseinheitlichen Wirtschaftsnummer.

Einfachen Zugang für Gewerbe wie Private sicherstellen
Der Aufbau des Wirtschafts-Service-Portal.NRW (WSP) ist ein großer Fortschritt: Mit diesem zentralen digitalen Zugangstor für alle wirtschaftsbezogenen Verwaltungsleistungen geht Nordrhein-Westfalen als Pionier voran. Wir haben damit möglich gemacht, vom eigenen Sofa aus ein Gewerbe anzumelden. Mit klarer Nutzerorientierung und ganzheitlichem Ansatz wird das WSP umfassend intelligente Onlinedienste zur Verfügung stellen, als Datencockpit fungieren und mit KI gestütztem Wirtschaftsassistent unter anderem das Once-Only-Prinzip ermöglichen. Bis Ende 2021 haben wir rund 250 Verwaltungsleistungen in das WSP integriert und damit in weitem Umfang Behördengänge erspart. Im Jahr 2022 folgen weitere 250 Verwaltungsleistungen. Noch bis Ende 2022 sollen auch Bürgerinnen und Bürger über ein digitales Bürgerportal einen einfachen und digitalen Zugang zu Dienstleistungen der Verwaltung bekommen. Das digitale Bürgeramt wird so Realität.

Bürokratie-Lasten weiter reduzieren
Weil gerade kleine und mittlere Unternehmen besonders unter übermäßigen bürokratischen Vorgaben leiden, wollen wir neue Bürokratie-Lasten verhindern und bestehende Pflichten für sie befristen oder regelmäßig auf den Prüfstand stellen. Wenn sie nicht mehr notwendig sind, schaffen wir sie ab oder machen sie unkomplizierter. Allen voran wollen wir die Melde- und Statistikpflichten radikal reduzieren. Künstliche Intelligenz, Open Data und radikaler Einsatz digitaler Werkzeuge wollen wir dazu nutzen, viele Arbeitsstunden bei kleinen und mittleren Unternehmen überflüssig zu machen. Dazu gehört etwa die Einführung des One-in-One-out-Prinzips.

Wir wollen für einen weiteren Abbau von Bürokratie auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes stärker einbeziehen. Für sie soll ein Prämiensystem eingeführt werden, das konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau in angemessener Höhe vergütet.

Als Ausdruck überbordender Bürokratie nehmen Betroffene die vielfältigen Dokumentationspflichten wahr – zumal, wenn sich deren Notwendigkeit nicht erschließt. Wir wollen deswegen Dokumentationspflichten regelmäßig auf den Prüfstand stellen. Ebenso wollen wir den Kontakt mit Verwaltungen nach dem One-Stop-Shop-Prinzip so vereinfachen, dass Bürgerinnen und Bürger in einer Angelegenheit nicht verschiedene Verwaltungsstellen selbst kontaktieren müssen, sondern Abstimmungen zwischen beteiligten Behörden durch eine Ansprechperson in der Verwaltung koordiniert werden.

Zudem ist unser Bestreben, dass, wo kein Bürokratieabbau stattfinden kann, zumindest Erleichterungen erzielt werden. Dies kann zum Beispiel durch einfachere Formulierungen, Standardisierungen, technische Vereinfachungen und andere praxisorientiertere Ausgestaltung der betroffenen Regelung geschehen, die Regeln leichter anwendbar machen und Zeit sparen.

Europa- oder bundesrechtliche Vorgaben sollen weiterhin höchstens 1:1 umgesetzt und nicht verkompliziert werden. Unser Anspruch ist, die unkomplizierteste Regelung aller Bundesländer zu haben.

Bürokratieabbau automatisieren
Wir wollen die Anwendbarkeit neuer Technologien für digitale Prozesse und Dienstleistungen öffentlicher Verwaltungen weiter vorantreiben. Die Blockchain-Technologie macht es möglich, dass Verwaltungsvorgänge, Dokumente sowie die verschiedensten Bürger- und Registerdaten behördenübergreifend koordiniert und datenschutzkonform digital verwaltet werden können. In Verbindung mit KI-Anwendungen lassen sich ganze Verwaltungsvorgänge und Bürokratieabbau automatisieren. Das führt nachhaltig zu erheblichen Erleichterungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen.

Die zahlreichen und umfassenden informationstechnologischen Systeme einer digital transformierten Verwaltung müssen sich in der gleichen Geschwindigkeit technisch weiterentwickeln, wie die Digitalisierung außerhalb der Verwaltung schon vorangeschritten ist. Wir wollen, dass die öffentlichen IT-Dienstleister Partnerschaften mit der IT-Wirtschaft eingehen, die einen Know-How-Transfer garantieren. Auch IT-Cloud-Angebote, die Hyperscaler schon heute hoch automatisiert zur parallelen Nutzung anbieten, wollen wir noch stärker in den Blick nehmen. Nur so ist das für eine umfängliche digitale Transformation erforderliche Tempo erreichbar, das auch den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger sowie den Unternehmen in NRW entspricht. Wir setzen uns zudem für die Ansiedlung eines Hyperscaler-Rechenzentrums als Datendrehkreuz ein. Wir forcieren die räumliche und technische Integration eines souveränen Hyperscalers für die digitale Verwaltung. Damit geht Nordrhein-Westfalen einen entscheidenden Schritt voran: Wir schaffen den zentralen Knoten in der bundesweiten Verwaltungscloud.

Die in einem Hyperscaler betriebene ‚Private Cloud', die hohen Datenschutz- und Datensouveränitätsanforderungen gerecht wird, ermöglicht zudem eine weitreichende und schnelle Konsolidierung der heterogenen IT-Landschaft der Landesverwaltung und damit eine Kostenreduktion. Damit wird durch Reduktion der Aufgaben dem spürbaren Fachkräftemangel im IT-Bereich entgegengetreten. Ziel all dieser strategischen Neuausrichtungen ist es, dass NRW seine Vorreiterrolle im Bereich der digitalen Transformation der Verwaltungen weiter ausbaut.

Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Drohnenanwendung zur „behördlichen Aufgabenerfüllung"

Behörden können Drohnen zum Beispiel zur Suche von Vermissten, zum Aufspüren von Bränden und zur Feststellung von Umweltverschmutzungen einsetzen. Der Einsatz von Drohnen und der Umgang mit den gewonnenen Daten durch die Behörden ist derzeit noch weitgehend ungeregelt. Da fast alle Drohnen mit einer hochauflösenden Kamera ausgestattet sind bzw. werden können, können auch leicht personenbezogene Daten erfasst oder die Privatsphäre beeinträchtigt werden. Wir wollen deshalb Regelungen zur Speicherung und Löschung erhobener Daten durch Behörden mittels Drohnen treffen, um die persönlichen Daten zu schützen.

VERBRAUCHERSCHUTZ

Wir wollen mündige Verbraucherinnen und Verbraucher stärken. Sie müssen ihre Entscheidungen frei und unabhängig treffen können. Wir wollen Rahmenbedingungen so setzen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher vor Zwängen und Ausbeutung geschützt werden. Wir setzen auf Information und moderne Beratungsangebote. Eine Bevormundung lehnen wir ab, wir setzen vielmehr auf Selbstbestimmung und eigenverantwortliche Entscheidungen.

Digitale Verbraucherberatung ausweiten

Wir wollen die digitale Verbraucherberatung ausweiten und damit das Angebot der Verbraucherzentralen umfänglicher, schneller und kostengünstig zugänglich machen. Bereits heute gibt es zu einzelnen Themen digitale Angebote. Diese wollen wir ausweiten. Alles, was offline angeboten wird, sollte auch online verfügbar sein, entweder als Beratungstermin oder als Informationsangebot on demand. Wir wollen damit eine schnellere Terminvergabe ermöglichen und zugleich ein größeres Themenspektrum abdecken.

Schuldnerberatung und Verbraucherinsolvenzberatung

Wir wollen eine zweite Chance ermöglichen, wenn im Leben einmal nicht alles geradlinig verläuft. Gerade dann, wenn jemand durch äußere Einflüsse oder private Probleme in eine finanzielle Schieflage gerät, ist Hilfe notwendig. Aus diesem Grund wollen wir die Schuldnerberatungen in den Kommunen stärken und parallele Strukturen für eine bessere Beratung zusammenführen.

Datenschutz stärken

Wir setzen uns für einen wirksamen Datenschutz ein, der die Privatsphäre von Einzelpersonen ebenso schützt wie sensible Daten von Unternehmen. Wir wollen das Bewusstsein für den Datenschutz in allen gesellschaftlichen Bereichen stärken. Zugleich dürfen analoge Datenschutzregeln nicht zu bürokratischen Hürden für digitale Dienste werden, die so die Entstehung von Neuem verhindern. Datensouveränität der

Bürgerinnen und Bürger ist hier unsere Leitlinie. Wir wollen einen Austausch zwischen Wirtschaft, Behörden und der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit fördern, um Fortentwicklungsmöglichkeiten bei rechtlichen Vorgaben zu identifizieren und umzusetzen.

MODERNE UND BÜRGERFREUNDLICHE VERWALTUNG

Eine moderne Verwaltung ist entscheidend für das Funktionieren unseres Staates. Sie steht in unmittelbarem Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern und prägt damit das Bild eben jenes Staates. Die Verwaltung muss deswegen agil bleiben, damit sie mit der Lebenswirklichkeit Schritt hält. Wir wollen einen Paradigmenwechsel hin zu einer bürgerzentrierten Verwaltung, die die Menschen abholt und alle Angebote und Dienstleistungen aus der Sicht von Bürgerinnen und Bürgern Bürger betrachtet. Wir wollen Verwaltung neu denken und neu machen, indem wir perspektivisch alle Verwaltungsleistungen digital beantragbar machen und sie nach Lebenslagen gliedern, nicht nach Verwaltungslogik, internen Zuständigkeiten oder Kompetenzzuordnungen. Verwaltung muss als Service für die Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe begriffen werden. Deshalb wollen wir mehr Flexibilität und mehr Agilität in den Verwaltungen unseres Landes und der Kommunen, um auch auf Krisen gut und schnell reagieren zu können. Die letzten Jahre haben uns eindrücklich gezeigt, dass durchnummerierte Vordrucke keine Antwort auf besondere Herausforderungen sind.

Eine moderne Verwaltung kommt nicht nur allen Bürgerinnen und Bürgern, sondern in gleichem Maße auch den Beschäftigten im öffentlichen Dienst zugute – davon sind wir überzeugt. Weniger Arbeitsüberlastung und Stress, Konflikte mit lange wartenden Bürgerinnen und Bürgern entfallen. Zudem wird die Verwaltung als moderner Arbeitgeber für Bewerberinnen und Bewerber attraktiver. Zufriedene Kundinnen und Kunden, zeitlich flexibleres Arbeiten durch digitalisierte Prozesse und das Vermeiden hoher Aktenberge sorgen für ein besseres Arbeitsklima und sind auch ein wichtiger Beitrag zum Gesundheitsschutz im öffentlichen Dienst.

Wir wollen, dass in einer Welt im Wandel auch die Verwaltung agil bleibt. Deswegen wollen wir die Möglichkeit schaffen, dass Beschäftigte in den Bereichen der öffentlichen Verwaltung, in denen dies sinnvoll ist, mindestens alle zehn Jahre für acht Wochen ein Praktikum in einem Unternehmen außerhalb der öffentlichen Hand machen können. Die konkrete Umsetzung wollen wir zunächst modellhaft erproben und dann landesweit ausrollen. Durch neue Perspektiven und den Blick von außen wollen wir den Modernisierungsantrieb aus der Verwaltung heraus stärken. Gerade der digitale Staat profitiert durch Seiteneinsteiger wie durch Seiteneinblicke und kann so ein besserer Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger sein.

Um Nordrhein-Westfalen als Wirtschaftsstandort unter anderem für Gründerinnen und Gründer und die Ansiedlung international agierender Unternehmen noch attraktiver zu machen, soll der Kontakt zur Verwaltung für internationale Akteure so einfach wie möglich sein. Für dieses Ziel soll auch Englisch zweite Verwaltungssprache in den Behörden werden.

Digitale Verwaltung ausbauen

Der Weg zu einer bürgerfreundlichen – weil transparenten und zeitsparenden – Verwaltung führt über die möglichst medienbruchfreie und vollständige Digitalisierung auf und zwischen allen Verwaltungsebenen von Bund, Ländern und Kommunen. Die Digitalisierung der Landesverwaltung haben wir in der zurückliegenden Legislaturperiode deutlich beschleunigt – bis 2025 wollen wir dies auch flächendeckend für unsere Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Unternehmen erfahrbar machen.

Für die kommunale Ebene wollen wir die Ergebnisse aus den digitalen Modellregionen für alle Kommunen nutzbar machen und innovative Lösungen flächendeckend ausrollen – zum Beispiel die Smart-City-App. Dies gilt auch für digitale Lösungen, die das Land zentral bereitstellt (wie unser Kommunal- oder das Beteiligungsportal) oder im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes entwickelt hat. Wir

wollen, dass perspektivisch jede Stadt und jede Gemeinde in Nordrhein-Westfalen von diesen Lösungen profitieren kann.

Mit Blick auf den Digitalisierungsprozess im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes steht für uns das ‚Einer für Alle'-Prinzip im Vordergrund. Es beinhaltet, dass Länder und Kommunen für die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen nicht jeweils eigenständige Lösungen entwickeln, sondern von einer Gebietskörperschaft entwickelte Services auch von anderen nachgenutzt werden. Das Land hat für den vom Onlinezugangsgesetz gezogenen Zeitrahmen bis Ende 2022 eine umfassende Anschubfinanzierung nicht nur im Rahmen der ‚Digitalen Modellregionen' bereitgestellt. Wir wollen, dass für ein nachhaltiges Angebot digitalisierter Verwaltungsleistungen die Nutzung der Online-Services, die auf zentralen Portalen des Landes betrieben werden, für die Kommunen auch nach 2022 kostenfrei möglich ist. In diesem Rahmen streben wir einen Konsens an, der die Fragen der kostenfreien freiwilligen kommunalen Nachnutzung regelt. Wir werden versuchen, die kommunale Ebene über die Kommunalen Spitzenverbände für ein solches gemeinsames Vorgehen zu gewinnen.

Auf Bundesebene ist Nordrhein-Westfalen Treiber der Digitalisierung. Dazu gehört, dass wir hier erfolgreich eingeführte Lösungen anderen Bundesländern zur Verfügung stellen, wie zum Beispiel das Wirtschafts-Service-Portal.NRW oder Fachportale, die bereits eine Vielzahl digitalisierter Verwaltungsverfahren bündeln. Wir setzen uns weiter für die Weiterentwicklung des reinen Onlinezugangs zu einer wirklichen Online-Abwicklung ein.

Online-Abwicklung von Verwaltungsleistungen („OZG 2.0")

Die Kommunen sind die Hauptakteure der Verwaltung. Sie erbringen mit Abstand die meisten Leistungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen. Sie handeln jedoch in der überwiegenden Zahl der Fälle auf Grund von bundes- und teilweise auch von landesgesetzlichen Vorgaben. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund die Erfordernisse einer einfachen digitalen Verwaltung schon bei der Gesetzgebung berücksichtigt und komplizierte Umsetzungspflichten auf kommunaler Ebene möglichst vermeidet. Für die Landesgesetzgebung verpflichten wir uns entsprechend.

Das OZG (Onlinezugangsgesetz) setzen wir entsprechend der gesetzlichen Vorgaben bis Ende 2022 um. Es fordert jedoch lediglich den digitalen Zugang zu Verwaltungsleistungen. Den vollständigen Nutzen haben Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen jedoch erst dann, wenn sie Verwaltungsleistungen tatsächlich nicht nur 24 Stunden am Tag sieben Tage die Woche beantragen können, sondern diese auch medienbruchfrei und möglichst automatisiert abgewickelt werden. Wir unterstützen daher auf der Bundesebene alle Bestrebungen zur Schaffung eines Gesetzes zur tatsächlichen Online-Abwicklung dieser Leistungen. Digitalisierung geht weit über digitale Abbildung analoger Prozesse hinaus. Digitale Verwaltung ist eine Verwaltung, die anders organisiert ist, anders denkt und andere Entscheidungsprozesse gestaltet. Das wollen wir erreichen. Wir werden zu diesem Zweck die Beratung der öffentlichen Stellen im Land zur Umsetzung dieser Ziele ausbauen und konkrete Hilfen und Schulungen vor Ort anbieten. Hierfür können bestehende Einrichtungen, wie beispielsweise Partnerschaften Deutschland, genutzt und professionalisiert werden.

Wir wollen No-Stop-Agencies entwickeln. Mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz (KI) wollen wir in Nordrhein-Westfalen bei der vollständigen Automatisierung von Verwaltungsleistungen vorangehen. Dies ist einerseits im Kundensinne. Es hebt andererseits eine erhebliche Digitalisierungsdividende. Die durch die Automatisierung entlasteten Beschäftigten können sich dann anderen Aufgaben der Verwaltung widmen, die nicht automatisiert werden können oder aus sozialen Gründen nicht sollen. Somit leisten wir mit den No-Stop-Agencies neben der Entlastung insbesondere der Kommunen auch einen erheblichen Beitrag im Kampf gegen den Fachkräftemangel.

Das im Zuge der Umsetzung des OZG bundesweit erfolgreich etablierte Einer-für-Alle-Prinzip (EfA) der Länder ergänzen wir mit einem Alle-für-Einen-Ansatz (AfE). Hierunter verstehen wir die Bestrebungen, die zur länderübergreifenden Standardisierung bei IT-Vorgaben (Interoperabilität, Schnittstellen) führen.

Öffentliche IT-Strukturen verbessern

Die hochdynamische Entwicklung zu heute vernetzten Verwaltungsabläufen und -leistungen unter Einbindung dezentraler Register im Rahmen des Once-only-Prinzips hat mittlerweile auch Auswirkungen auf die Landschaft öffentlicher IT-Dienstleister. Die Anforderungen der Verwaltungen werden immer komplexer. Mit Ergänzung des Grundgesetzes wurden die rechtlichen Voraussetzungen für eine lückenlose und medienbruchfreie digitale Kommunikation zwischen Behörden von Bund, Ländern und Kommunen geschaffen. Darauf aufbauend wollen wir die Zersplitterung der nordrhein-westfälischen IT-Dienstleiter-Landschaft zu Gunsten einer effizienten, verfassungskonformen Gesamtlösung für Nordrhein-Westfalen beenden. Dies gilt sowohl für die Landesverwaltung selbst als auch mit Blick auf die kommunale Familie. Wir wollen mit einer umfassenden strategischen Neuausrichtung der zentralen IT-Dienstleister des Landes eine nachhaltige Partnerschaft zu Dienstleistern der Kommunen und öffentlichen IT-Betrieben außerhalb von NRW begründen. Damit leisten wir nicht zuletzt einen erheblichen Beitrag zur Entlastung der Kommunen und zur Lösung der Fachkräfteproblematik.

Neue Impulse für Verwaltungsdigitalisierung

Wir fördern nordrhein-westfälische Start-ups und wollen gerade die eGov-Tec-Szene unterstützen, also Dienstleister, die sich auf die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen spezialisiert haben. Hierzu wollen wir geeignete Formate etablieren, mit denen die Anforderungen der Verwaltung und die Kompetenzen der Start-ups zueinander geführt werden. Nicht zuletzt erschließen wir der Öffentlichen Verwaltung damit neue personelle Ressourcen. So wollen wir IT-Fachkräfte gewinnen.

Digitalchecks und Digitalagentur stärken

Nach der Geschäftsordnung der Landesregierung werden alle rechtssetzenden Beschlussvorlagen einem Digital-Check unterzogen. Dieses Instrument werden wir weiter ausbauen. Hierzu wollen wir eine ressortübergreifende Digitalagentur (z. B. beim CIO), deren Beratungsleistung verpflichtend in Anspruch genommen werden muss, einrichten. Denn die wirkliche Digitalisierung einer (Verwaltungs-)Leistung ist mehr als nur deren Elektrifizierung. Oftmals ist die Neuorganisation des ihr zugrundeliegenden (Verwaltungs-)Ablaufes wesentlich entscheidender für den Gesamterfolg als die alleinige Programmierung. Daher wollen wir soweit möglich die Anbindung entsprechender Kompetenzen an diese noch zu schaffende Digitalagentur.

Leistungsverbesserung durch datenbasierte Verwaltung

Nordrhein-Westfalen ist schon heute Vorreiter, wenn es darum geht, Offene Daten zur Verfügung zu stellen. Dies gilt sowohl für das Land als auch die kommunale Familie. Wir wollen dies auch mit Blick auf Verwaltungsleistungen werden. Der Staat verfügt auf allen Ebenen (Bund/Länder/Kommunen) über Daten, die aktuell nicht im Sinne der Verwaltungskunden genutzt werden. Unter Wahrung der individuellen Schutzrechte wollen wir Modelle entwickeln und diskutieren, die einen derartigen Nutzen ermöglichen. Eine Vielzahl von Verwaltungsleistungen wäre damit möglich, ohne dass es eines konkreten Handlungsanstoßes bedürfte.

Aufstiegsversprechen für den öffentlichen Dienst stärken

Wir möchten den öffentlichen Dienst durch Förderung und Vergütung wieder attraktiver für aufstiegsorientierte junge Einsteigerinnen und Einsteiger machen. Nur mit motivierten, serviceorientierten und gut ausgebildeten Beschäftigen entwickeln wir Verwaltung zu einer bürgerfreundlichen Anlaufstelle. Um die besten Beschäftigten für unsere Verwaltung zu gewinnen, wollen wir das Aufstiegsversprechen erneuern. Dazu braucht es Chancengerechtigkeit für alle Leistungswilligen. Wir wollen eine Aufstiegskultur statt Laufbahndenken. Das Vorankommen durch eigene Leistung darf nicht durch statische Strukturen behindert werden. Wenn die digitale Transformation auch in der Landesverwaltung gelingen soll, braucht es kreative Köpfe jeden Alters. Gestaltungskompetenz und

Kreativität dürfen nicht durch das traditionelle Besoldungssystem ausgebremst werden, Möglichkeiten zur Fortbildung und zum Karrieresprung müssen leistungsbezogen bestehen. Das Besoldungssystem und auch das Dienstrecht wollen wir so reformieren, dass es den strukturellen Anforderungen an einen zukunftsorientierten öffentlichen Dienst gerecht wird.

Ein wichtiger Faktor ist die Durchlässigkeit zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft. In der Privatwirtschaft sind Arbeitsplatzwechsel zwischen Unternehmen selbstverständlich. Das soll auch – in beiden Richtungen – für Wechsel zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft möglich sein. Der Verlust erworbener Ansprüche darf hier nicht zum Hindernis werden.

Nicht der Beamtenstatus soll die Attraktivität des öffentlichen Dienstes ausmachen, sondern all das, was auch private Arbeitgeber für sich in die Waagschale werfen: attraktive Arbeitsbedingungen, eine hochwertige Aus- und Fortbildung, transparente und anspruchsvolle Aufstiegsmöglichkeiten, immaterielle Wertschätzung sowie eine Bezahlung, die individuelles Engagement belohnt.

Digitalisierungsdividende heben
Die Digitalisierung der Verwaltung wollen wir nutzen, um überkommene Strukturen zu verändern. Das Land hat in den vergangenen Jahren dazu bereits erhebliche Anstrengungen bei der Digitalisierung der Landesverwaltung unternommen. So haben wir beispielsweise im Jahr 2017 mit einer europaweiten Ausschreibung die verbindliche Einführung der vollständig elektronischen Akte in der gesamten Landesverwaltung angestoßen. Bis zum Jahresende 2022 schließen wir dieses Projekt vollständig ab. Die Corona-Pandemie hat den Digitalisierungsprozess nochmals deutlich beschleunigt und gezeigt, wo Digitalisierungspotenziale liegen. Nach diesen umfangreichen Anfangsinvestitionen in die Digitalisierung wollen wir im zweiten Schritt eine Digitalisierungsdividende heben, die durch vereinfachte und verschlankte Arbeitsabläufe sowie Prozessoptimierungen entsteht.

Schutz der Bediensteten und Gewaltprävention verbessern
Landesweit nimmt die Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst zu. Neben Beleidigungen und Bedrohungen kommt es dabei teilweise sogar zu körperlichen Übergriffen. Grundvoraussetzung für mehr Schutz und Sicherheit für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst ist Rückendeckung durch den Arbeitgeber bzw. Dienstherrn. Wir setzen uns dafür ein, dass in jeder Dienststelle Gewalt gegen Beschäftigte im Dienst konsequent strafrechtlich verfolgt wird. Betroffene sollen einen Anspruch bekommen, dass der Dienstherr auf Wunsch jedes nicht offensichtlich aussichtlose Verfahren stellvertretend zur Strafanzeige bringt. Sofern Betroffene im Strafverfahren als Zeugin oder Zeuge gehört werden müssen, sollen diese keine privaten Daten offenlegen müssen (z.B. Angabe der dienstlichen Adresse im Falle einer Anzeige, Dienstnummer anstelle eines Klarnamens). Betroffene sollen darüber hinaus den Dienstherrn auch mit der Durchsetzung von nicht offensichtlich aussichtslosen zivilrechtlichen Ansprüchen betrauen können.

DIGITALE INFRASTRUKTUR

Eine moderne digitale Infrastruktur ist für Haushalte, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen von herausragender Bedeutung. Länder wie Schweden zeigen, welches Innovationspotenzial eine gute digitale Infrastruktur freisetzen kann. Wir wollen den flächendeckenden Anschluss an das schnelle Internet in ganz Nordrhein-Westfalen schnellstmöglich vervollständigen. Die digitale Infrastruktur ist auch wesentlicher Bestandteil der Digitalstrategie.NRW, die wir weiterentwickeln und fortschreiben wollen.

Digitalstrategie.NRW weiterdenken
Mit der 2019 vorgelegten und 2021 fortgeschriebenen Digitalstrategie.NRW haben wir den digitalen Projekten und Initiativen ressortübergreifend Orientierung und ein strategisches Dach gegeben. Die Dynamik der Digitalisierung erfordert es, die Digitalstrategie.NRW auch in Zukunft regelmäßig weiterzuentwickeln. Dabei werden wir die Chancen der Digitalisierung im Blick behalten und mit konkreten und messbaren Zielen die Aktivitäten der Landesregierung steuern und miteinander

verzahnen. Der Dialog- und Beteiligungsprozess bei der Entwicklung und Fortschreibung der Digitalstrategie ist auch Zeichen unserer neuen und dialogorientierten Digitalpolitik. Daher werden wir auch diesen Dialog mit Stakeholderinnen und Stakeholdern, Expertinnen und Experten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und der interessierten Öffentlichkeit fortsetzen.

Gigabit-Ausbau bis 2025 abschließen
Um den Bürgerinnen und Bürgern in allen Landesteilen gleiche Zugangschancen zu ermöglichen und Standortnachteile für Unternehmen bzw. bisher nicht vollständig angeschlossene ländliche Gebiete zu beseitigen, wollen wir den Gigabitausbau bis an jede Milchkanne bis 2025 abschließen. Dazu wollen wir die Anbieter in einen Wettbewerb um die günstigste Abdeckung bringen.

Schnelles Mobilfunknetz und 5G weiter vorantreiben
Die Schließung der letzten verbleibenden weißen Flecken im Mobilfunknetz sowie den Ausbau von 5G wollen wir entschieden vorantreiben. Ein flächendeckendes, stabiles und schnelles Mobilfunknetz ist für bereits heute verbreitete Anwendungen erforderlich und Voraussetzung für die Marktreife von Innovationen wie z. B. dem selbstfahrenden Auto.

Außerdem wollen wir eine Praxiserprobung und weitere Erforschung der 6G-Technologie fördern.

MOBILITÄT DER ZUKUNFT

Mobilität ist Voraussetzung für Teilhabe. Funktionierende Verkehrsadern sind zugleich Grundlage für einen starken Wirtschaftsstandort. Um Mobilität zu ermöglichen, um Wege- und Lieferketten sicherzustellen, müssen alle Verkehrsträger leistungsfähig und gut verknüpft sein. Wir setzen weder einseitig auf einzelne Verkehrsmittel noch auf bestimmte Antriebstechnologien. Wir schreiben auch niemandem vor, wie sie oder er sich fortbewegen soll. Auch in der Verkehrspolitik setzen wir auf Innovationen und Technologieoffenheit statt auf Verbote. Wir wollen in Nordrhein-Westfalen die Mobilität der Zukunft gestalten und dafür die Chancen der Digitalisierung ebenso nutzen wie die vielfältigen technologischen Entwicklungen im Verkehrsbereich. Um Wahlmöglichkeiten und Umstiegsoptionen für die individuelle Fortbewegung zu schaffen, wollen wir alle Verkehrsträger stärken. Wir wollen darüber hinaus die Weichen stellen für die Entwicklung, Erprobung und Anwendung innovativer Mobilitätsangebote. Das gilt etwa für die Implementierung neuer Antriebstechnologien, für autonome Fahrsysteme, für smarte Lösungen im Bereich der Logistik, für Sharing-Lösungen und vor allem für den ÖPNV.

Alle Verkehrsträger gleichberechtigt ausbauen
Durch eine substanzielle Steigerung der Investitionen in das Landesstraßennetz haben wir einen Kurswechsel eingeleitet. Sowohl den Erhalt als auch den bedarfsgerechten Ausbau der Straßeninfrastruktur wollen wir weiter stärken, damit der Verkehr auf intakten Straßen fließen kann. Um die Verkehrsbelastungen durch Bautätigkeiten zu verringern, wollen wir die bereits unternommenen Anstrengungen zur Verbesserung des Baustellen-Managements weiterführen. Hierzu wollen wir insbesondere auch die Möglichkeiten der Digitalisierung noch viel stärker nutzen, um so das Tempo des Infrastrukturausbaus insgesamt zu erhöhen. Den Einsatz innovativer Instrumente zur Optimierung der Verkehrsströme und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, beispielsweise durch digitale Verkehrsleitsysteme, wollen wir weiter ausbauen. Den Landesbetrieb Straßen.NRW wollen wir kundenfreundlicher machen.

Zukünftig klimaneutrale Mobilität auf der Straße wollen wir technologieoffen gestalten. Wir wollen deswegen die Rahmenbedingungen für einen schnellen Ausbau von Ladeinfrastrukturen weiter verbessern – insbesondere auch in ländlichen Regionen. Denn gerade dort ist die Individualmobilität durch das Auto oft unverzichtbar – und muss deshalb klimaneutral werden. Wir unterstützen außerdem

die Initiative zum Aufbau einer Modellregion „Postfossile Mobilität“ in Kooperation mit den Hochschulen in Ostwestfalen-Lippe.

Gemeinsam mit dem Bund wollen wir die Sanierung der Fernverkehrsinfrastruktur, insbesondere der Brückenbauwerke, voranbringen. Wir wollen die Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter beschleunigen. Hierbei wollen wir gemeinsam mit dem Bund neue Wege gehen und zum Beispiel die Erfahrungen anderer schneller Brückenneubau-Vorhaben nutzen und beim Neubau der A45-Brücke erproben, um dieses Konzept dann landes- und bundesweit ausrollen zu können. Für die Umsetzung eines schnellen A45-Brückenneubaus wollen wir alle irgend nötigen und möglichen Register ziehen und geeignete Strukturen, zum Beispiel durch einen Sonderbeauftragten, schaffen. Wenn temporäre Streckensperrungen wie bei der A 45 bei Lüdenscheid unvermeidbar sind, wollen wir gemeinsam mit den Akteuren der Region für bestmögliche Lösungen suchen, damit die Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner sowie ansässige Unternehmen so gering wie möglich bleiben.

Die Zuverlässigkeit des Schienen-Personennahverkehrs (SPNV) muss weiter verbessert werden, weil das ein zentrales Kriterium für die Attraktivität des Bahnverkehrs ist. Die Weichenstellung des Landes, in den kommenden zehn Jahren eine Milliarde Euro in die grundlegende Sanierung der Stadtbahnsysteme zu investieren, ist hierfür ein Grundstein. Kapazitäten auf der Schiene wollen wir insgesamt für Pendler- und Güterverkehre bedarfsgerecht weiterentwickeln. Das gilt unter anderem auch für den RRX sowie den „Eisernen Rhein“ beziehungsweise den 3RX als temporären Ersatz und die Betuweroute. Wir setzen uns außerdem für eine kundenorientierte Entwicklung der Haltepunkte insbesondere in ländlicheren Regionen und eine bessere Verknüpfung mit anderen Verkehrsträgern ein. Streckenreaktivierungen werden wir prüfen. Zusätzlich wollen wir die im Ruhrgebiet vorhandenen Werksbahntrassen reaktivieren, an die vorhandenen Schienenwege anschließen und zu einem neuen System des Gütertransports im Regional- und Lokalbereich ausbauen. Innovationsprojekte wie wasserstoffbetriebene Streckenabschnitte im Bahn- oder ÖPNV-Verkehr unterstützen wir ebenso wie die Initiative der Hochschulen in Ostwestfalen-Lippe für einen Rail Campus in Minden, um Ostwestfalen-Lippe zu einem Schwerpunkt für die Bahntechnologie der Zukunft zu entwickeln.

Wir unterstützen die Planungen für den Deutschlandtakt und werden unseren Beitrag für eine schnelle und transparente Umsetzung leisten, zum Beispiel auf der Bahnstrecke Hamm-Hannover-Berlin. Darüber hinaus werden wir uns auch auf anderen Fern- und Nahverkehrsstrecken, wie zum Beispiel Lünen - Münster, für eine zügige Umsetzung von Streckenausbaumaßnahmen einsetzen.
Mit der Eifelstrecke von Köln nach Trier wurde eine wichtige Lebensader im südlichen Nordrhein-Westfalen durch die Flutkatstrophe stark getroffen. Wir wollen den Wiederaufbau der Strecke priorisieren und die Strecke zugleich modernisieren und komplett elektrifizieren. Zusätzlich wollen wir die Möglichkeit eines zweigleisigen Ausbaus prüfen, um die Region entlang der Strecke und ihre Wirtschaft für die Schienenlogistik zu erschließen.

Für einen wirksamen Klimaschutz und die Vermeidung von Stau auf den Straßen benötigen wir dringend Verkehrsverlagerungen im Güterverkehr. Direkt wirksam und am schnellsten umsetzbar ist eine Verlagerung auf Wasserstraßen. Diese wollen wir für eine stärkere Nutzung im Güterverkehr ertüchtigen. Wir wollen deswegen eine Landeswasserstraßenstrategie erarbeiten. Eine solche Strategie muss die Gewährleistung einer sicheren Wassertiefe, die Sanierung der Kanäle, Schleusen und Brücken und den Ausbau der autonomen Binnenschifffahrt umfassen. Nordrhein-Westfalen hat bereits eine große Zahl trimodaler Häfen, die wir mit einzelnen weiteren Hafenplätzen einfach und zügig weiter stärken wollen. Chancen durch die zunehmende Automatisierung der Häfen und eine autonome Binnenschifffahrt wollen wir nutzen.

Wir wollen den Radverkehr stärken und in den Gesamtverkehr einbinden durch einen sachgerechten Ausbau der erforderlichen Infrastruktur. Mit dem Fahrradgesetz haben wir eine Grundlage geschaffen und zudem seit unserer Regierungsübernahme weit mehr in die Radinfrastruktur investiert als zuvor investiert wurde. Dies wollen wir verstetigen. Wir werden damit in den folgenden Jahren in ein

umfassendes, landesweites Netz von unterschiedlichen Fahrradwegen von Radschnellwegen, Radvorrangrouten bis zu einfachen Radwegen auf Feldwegen investieren. Zentral ist dabei, dass tatsächlich ein Verkehrswegenetz gespannt wird, das alle größeren Städte mit sinnvollen Routen verbindet und überörtliche mit kommunalen Radwegen verknüpft. Durch den Aufbau von Radabstellanlagen und von Mobilstationen, die die unterschiedlichen Verkehrsträger miteinander vernetzen, wird das Fahrrad noch flexibler und besser nutzbar. Für die Flexibilität auf der sogenannten ‚letzten Meile' auf dem Weg zur Arbeit, in die Stadt oder nach Hause sorgen auch E-Scooter. Wir begrüßen, wenn sie in weiteren Städten verfügbar sind.

Reisende, vor allem aber auch die Wirtschaft ist auf funktionstüchtige, weltweite Verbindungen angewiesen. Der Luftverkehr ist hierbei von zentraler Bedeutung. Es gilt, Mobilitätsanforderungen, Anwohnerinteressen und Klimaschutzziele in Einklang zu bringen. Wir setzen uns dafür ein, mit innovativen technischen und organisatorischen Maßnahmen permanent für eine Reduktion der Belastung der Anwohnerinnen und Anwohner, insbesondere durch Fluglärmemissionen, zu sorgen. Neben dem aktiven soll der passive Lärmschutz weiter ausgebaut werden. Die Nachtflugmöglichkeit in Köln wollen wir erhalten, soweit die Möglichkeiten der Lärmreduzierung fortlaufend weiterentwickelt und nach dem neuesten Stand umgesetzt werden. Die dezentrale Luftverkehrsstruktur des Landes wollen wir durch Rahmenbedingungen, die einen wirtschaftlichen Betrieb der Regionalflughäfen ermöglichen, erhalten. Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil einiger Regionalflughäfen wie bei der Berechnung der Luftsicherungskosten müssen dauerhaft beendet werden. Wir wollen, dass künftig Entlastungen durch Bund und Land gleichermaßen und fair für alle Verkehrsflughäfen in Nordrhein-Westfalen umgesetzt werden. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Regionalflughäfen zu sichern und Bedarfe passgenauer entwickeln zu können, setzen wir uns für eine verbindlichere Einbindung der regionalen Wirtschaft, zum Beispiel durch Mitarbeit in Aufsichtsgremien der Flughäfen mit Landesbeteiligung, ein.

Ein wichtiges Entwicklungspotenzial hierfür sind Flugtaxen, die in den kommenden fünf Jahren zu einem regulären Verkehrsangebot zwischen den Regionalflughäfen werden sollen. Da insbesondere im Bereich Logistik zukünftig auch mit einem verstärkten Drohneneinsatz insbesondere auch zur Entlastung der Innenstädte zu rechnen ist, wollen wir den Luftraum der Zukunft mit allen beteiligten Akteuren neu vermessen und vorausschauend gestalten.

Modernen Öffentlicher Personennahverkehr stärken

Wir wollen die öffentlichen Verkehre neu aufstellen und dafür konsequent von den Kunden aus denken. Wir wollen den Menschen ein Angebot machen, sich auch jenseits des eigenen Autos komfortabel fortbewegen zu können – wenn sie dies wollen. Dazu nehmen wir die gesamte Wegekette in den Blick. Entscheidend für die individuelle Auswahl des Verkehrsmittels ist die Gewähr, zu jeder Zeit und an jedem Ort planbar, sicher und komfortabel von A nach B zu kommen. Wir wollen dazu die technologischen Möglichkeiten systematisch nutzen und neue Angebote einführen. Verschiedene Verkehrsträger für unterschiedliche Einsatzarten wollen wir dabei bestmöglich miteinander verknüpfen.

Gut, schnell und zu fairen Preisen vom Start zum Ziel zu kommen, darf keine Frage von Verbundgrenzen sein. Den mit „Eezy" begonnenen Weg zu einem einfachen und einheitlichen Tarifsystem, das in ganz Nordrhein-Westfalen gilt, wollen wir konsequent weitergehen. Damit wollen wir die Chancen eines vereinheitlichten Tarifsystems sowohl für Pendelnde als auch Gelegenheitsfahrende nutzen. Die Hürden für die Nutzung des ÖPNV wollen wir durch die Einführung einfacher, digitaler Registrierungs- und Abrechnungssysteme weiter reduzieren. Wir wollen, dass der Zustieg zum ÖPNV an jedem Ort in Nordrhein-Westfalen per Handy-App möglich wird.

Die Verkehrsverbünde-Struktur wollen wir auf den Prüfstand stellen. Um die ÖPNV-Angebote zukünftig noch kundenfreundlicher zu gestalten und die Umsetzung neuer Angebote zu ermöglichen, wollen wir den Einsatz der finanziellen Mittel durch die Verbünde noch besser steuern. Ziel ist die Umsetzung einheitlicher Tarife und Tickets, einfacherer Zugangssysteme, einheitliche Verkaufsinformationen und insbesondere der konsequente Ausbau von On-Demand-Angeboten.

Die von uns initiierten Mobilstationen wollen wir weiterentwickeln. Wir wollen zentrale Umstiegspunkte schaffen, an denen verschiedene Verkehrsmittel sinnvoll miteinander vernetzt werden. Wir setzen uns zudem für eine weitere Reformierung des Personenbeförderungsgesetzes ein, um mehr Wettbewerb bei innovativen Beförderungsmöglichkeiten insbesondere auf dem Taxi-Markt zu schaffen. Dazu gehört für uns auch die Abschaffung der Rückkehrpflicht bei Poolingverkehren.

Durch eine flächendeckende Ausweitung von On-Demand-Systemen wollen wir die Erreichbarkeit des ländlichen Raums durch ein öffentliches Verkehrsangebot massiv verbessern. Dabei geht es uns um ein kundenorientiertes und zugleich effizientes Angebot, das die starren Angebote, die an der Lebensrealität vieler Menschen vorbeigehen, an vielen Stellen ablösen soll. Mit autonomen Systemen, die derzeit bereits erprobt werden, kann der ÖPNV in Zukunft noch kostengünstiger und flexibler werden. Effizienzsteigerungen wollen wir für Investitionen nutzen. Unser Ziel ist, dass es überall in Nordrhein-Westfalen echte Verkehrsmittelalternativen gibt.

Schneller planen, besser bauen
Wir wollen Planungs- und Genehmigungsprozesse für Infrastrukturvorhaben weiter beschleunigen und dazu Bürokratie abbauen, die Verwaltung als Ermöglicherin stärken sowie dem Fachkräftemangel im Planungsbereich ebenso entgegenwirken wie Missmanagement. Bei europäischen Infrastrukturprojekten wollen wir uns an einem europäischen Planungsstandard orientieren, damit die Abschnitte in unserem Land nicht mehr am Ende des Ausbaus, sondern möglichst früh fertig werden.

Die Planungs- und Genehmigungszeiten insbesondere bei den großen Bahnprojekten müssen deutlich beschleunigt werden. Auch der Ausbau des Lärmschutzes muss mit der Entwicklung Schritt halten. Um die Akzeptanz des Verkehrsträgers Schiene zu erhalten, muss steigenden Belastungen mit entsprechenden Lärmschutzmaßnahmen begegnet werden. Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, dass der Schienenausbau schneller geplant und gebaut wird und gleichzeitig objektive Kriterien für den Lärmschutz verbindlich festgelegt werden, um Anwohnerinnen und Anwohner zu schützen. Um Planungsverfahren zu beschleunigen, wollen wir rechtliche Möglichkeiten prüfen, um Klagerechte an eine Einbringung von Einwendungen bereits zu Beginn von Planungsprozessen zu knüpfen.

Seit Übernahme der Regierungsverantwortung haben wir beim Abruf von Bundesmitteln für den Straßenbau eine Trendwende eingeleitet. Durch eine aufgebaute Planungsreserve soll auch zukünftig sichergestellt werden, dass Mittel des Bundes nicht zurückgegeben werden müssen, sondern zusätzlich abgerufen werden können.

HANDLUNGSFÄHIGE KOMMUNEN

Wir vertrauen auf die kommunale Selbstverwaltung und haben deshalb die Rahmenbedingungen der Kommunen kontinuierlich verbessert. Wir wollen gemeinsam mit der kommunalen Familie dafür sorgen, dass unsere Kommunen für die Zukunft lebenswert und handlungsfähig bleiben. Dafür sind vor Ort Spielräume und Entscheidungsfreiräume ebenso notwendig wie eine Verbesserung der Einkommensmöglichkeiten der Kommunen. Wir setzen uns zudem für ein starkes kommunales Ehrenamt mit modernen und inklusiven Strukturen ein.

Die Corona-Pandemie hat die ohnehin angespannte, finanzielle Situation vieler Kommunen weiter zugespitzt. Wir haben die Städte und Gemeinden nicht alleine gelassen, sondern ihnen trotz wegbrechender Steuereinnahmen Planungssicherheit und eine finanzielle Absicherung gegeben. Wir haben unabhängig von der Pandemie dafür gesorgt, dass die Kommunen wieder „echte 23 Prozent“ und damit anteilig mehr Geld aus dem Steuerverbund erhalten – ohne Verrechnungen und Abzüge zu Lasten der Kommunen. Diesen kommunalfreundlichen Kurs werden wir fortsetzen.

Gemeindefinanzierung weiterentwickeln
Kommunen müssen in der Lage sein, aus eigener Kraft ihre Aufgaben zu bewältigen und Schwerpunkte zu setzen. Was vor Ort in Eigenregie gut und effektiv erledigt werden kann, muss von Seiten des Landes weder selbst ausgeführt noch vorgeschrieben werden. Grundvoraussetzung hierfür ist eine transparente und verlässliche sowie auskömmliche Finanzausstattung unserer Kommunen.

Die Finanzbeziehungen zwischen Kommunen und Land werden wir weiter anpassen. Perspektivisch wollen wir den Finanzanteil der Kommunen an dem Einnahmeaufkommen des Landes (sogenannte Verbundmasse) von derzeit 23 Prozent auf 25 Prozent erhöhen. Wir setzen dabei vermehrt auf Pauschalen, besonders im Schul- und Bildungsbereich, um den Kommunen eigene Handlungsspielräume zu ermöglichen. Im Gegenzug wollen wir die unzähligen Förderprogramme, mit denen Geld nach langwierigen Vergabeverfahren für vom Land gewünschte Zwecke vor Ort eingesetzt wird, kritisch überprüfen. Die Schulfinanzierung zwischen Land und Kommunen wollen wir im engen Dialog mit den Kommunalen Spitzenverbänden fit machen für das 21. Jahrhundert und die Herausforderungen der Digitalisierung.

Das Gemeindefinanzierungsgesetz muss regelmäßig auf seine Treffsicherheit überprüft werden. Unser Ziel ist es, die Finanzkraft der Kommunen in Nordrhein-Westfalen möglichst realitätsnah abzubilden. Die von uns lange geforderte, mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2022 eingeführte Differenzierung der fiktiven Hebesätze trägt dazu bei.

Finanzautonomie stärken: Schuldenbremse und eigene Steuermittel
Der wichtigste Teil der kommunalen Einnahmen ist derzeit die Gewerbesteuer. Sie ist im Vergleich zu den übrigen Einnahmearten jedoch auch die volatilste: In Boom-Zeiten sprudeln die Einnahmen, eine Rezession reißt große Löcher in den Haushalt. Deswegen wollen wir die Gewerbesteuer langfristig durch einen höheren, kommunalen Anteil an der Mehrwertsteuer ersetzen. Das würde die Kommunen von konjunkturellen Schwankungen unabhängiger machen.

Zudem wollen wir den Kommunen das Recht geben, eigene Hebesätze auf die Körperschafts-, die Lohn- und die Einkommensteuer zu beschließen. Das stärkt einerseits die kommunale Selbstverwaltung, anderseits wird die Transparenz für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen erhöht, die wissen, wofür sie jeweils ihre Steuern zahlen müssen. Im Gegenzug wollen wir eine kommunale Schuldenbremse einführen, die langfristig zu nachhaltigen Haushalten auch bei den Kommunen führt und damit Generationengerechtigkeit sichert.

Altschulden abbauen, Investitionen ermöglichen
Um finanziell notleidenden Städten und Gemeinden aus dem Schuldensumpf zu helfen, hat der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ wichtige Impulse gesetzt. Auf diesem Weg werden wir – im Zusammenwirken mit den Vorhaben der neuen Bundesregierung – weitergehen und bekennen uns daher zu einer kommunalen Kredithilfe mit dem Leitsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“. Das Land gewährt ein professionelles Schuldenmanagement, gleichzeitig bleibt jede Kommune für ihre Schulden verantwortlich. Eine Vergemeinschaftung von Verbindlichkeiten lehnen wir ab. Weiterhin muss verhindert werden, dass Kommunen, die sich an einer Lösung beteiligen, sich erneut mit unechten Kassenkrediten in die Vergeblichkeitsfalle begeben. Wir wollen deshalb gleichzeitig die Kommunalaufsicht stärken, damit sie als eine Art Frühwarnsystem aktiv werden kann.

Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen
In den letzten Jahren haben Kommunen in einigen Fällen hochriskante Investitionen getätigt, etwa bei der Rekommunalisierung von Energieversorgern wie der Steag. Im Ergebnis haben sich Kommunen verschuldet, ohne langfristig die erhofften Gewinne zu erzielen. Den Schaden tragen die Steuerzahler. Wir wollen die Schranken für privatwirtschaftliche Betätigungen der Kommunen erhöhen und die Kompetenz der Räte stärken. Wir wollen das Gemeindewirtschaftsrecht so anpassen, dass eine Kommune nur dann

wirtschaftlich tätig werden darf, wenn ein Privatunternehmen die Dienstleistung nicht besser und wirtschaftlicher zur Verfügung stellen kann. Zudem sollen für eine fundierte Entscheidung durch die Ratsmitglieder die meist umfangreichen Dokumente bei der Akquise um ein zusätzliches, zusammenfassendes Gutachten von unabhängiger Stelle ergänzt werden. Für Mitglieder von Aufsichtsgremien in Unternehmen, an denen Kommunen beteiligt sind, wollen wir im Interesse der Steuerzahler einen Sachkundenachweis einführen.

Gebühren und Beiträge fair gestalten

Wenn Städte und Gemeinden für die Bürgerinnen und Bürger öffentliche Einrichtungen zur Verfügung stellen, können sie dafür Gebühren und Beiträge erheben. Bei diesen Tätigkeiten nehmen sie oft eine monopolartige Stellung ein, etwa bei der Beseitigung von Abwasser. Die Unterschiede bei den Gebührenbelastungen sind in Nordrhein-Westfalen zum Teil erheblich. Eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit kann dabei helfen, Kosten im Sinne der Gebührenzahler zu senken. Mit dem verstärkten Einsatz von Benchmarks und einem Schwerpunkt der Kommunalaufsicht und der Gemeindeprüfungsanstalt wollen wir für mehr Vergleichbarkeit sorgen.

Wir haben die Straßenausbaubeiträge bereits halbiert und die Bürgerinnen und Bürger spürbar entlastet – erstmals seit Jahrzehnten. Das wollen wir konsequent fortsetzen und Straßenausbaubeiträge endgültig abschaffen. Dadurch befreien wir Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Käuferinnen und Käufer von Immobilien von einem erheblichen Kostenrisiko und bauen konkret Bürokratie ab. Weiterhin gilt für uns im Straßenbau das Prinzip Instandhaltung vor nachmaligem Ausbau. Dazu müssen die Finanzen der Kommunen durch Land und Bund auf ein solides Fundament gestellt werden. Die Ausbaustandards für Straßen müssen zudem einer Prüfung unterzogen werden, um den Kommunen mehr Freiheiten zu geben. Bei den Beiträgen für die Ersterschließung von Beiträgen wollen wir eine bürgerfreundliche und rechtssichere Verjährungsfrist einführen.

Starke Fraktionen in den Räten, Kreistagen und Verbandsversammlungen

Wir wollen Hürden für das kommunale Ehrenamt abbauen. Dazu gehören die Flexibilisierung und Digitalisierung als Arbeitserleichterung. Unter Pandemiebedingungen haben viele Ratsleute ihre Fraktionsarbeit mit innovativen und digitalen Ansätzen erweitert. Wir wollen diesen Erfolg verstetigen. Die Möglichkeit zu digitalen Fraktionssitzungen soll bestehen bleiben. Aus digitalen Pilotprojekten werden wir erste Erkenntnisse noch in dieser Legislaturperiode umsetzen: In Katastrophenfällen dürfen Räte und Kreistage rechtssicher digital tagen. Freiwillige Ausschüsse können – wenn der Rat es wünscht – ebenfalls digital tagen. Wir stehen weiterhin für die Präsenzsitzung als Regelfall. Dafür spricht aus der juristischen Perspektive der Öffentlichkeitsgrundsatz. Politisch sprechen für die Präsenzsitzung u. a. die Debattenkultur und das sachorientierte, konstruktive Miteinander über die Parteigrenzen hinweg.

Für uns ist aber auch klar: Oft ist es nicht der Weg ins Rathaus, der die Menschen davon abhält, sich aktiv in die Ratsarbeit einzubringen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Sitzungen vor Ort in kommunaler Selbstverantwortung noch stärker auf Ehrenamtliche zugeschnitten und besser organisiert werden. Für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit dem kommunalen Ehrenamt müssen Sitzungen und deren Ende planbar sein und zu realistischen Uhrzeiten beginnen. Zudem braucht es eine Konzentration auf die kommunalen Kernaufgaben und den Verzicht auf umfassende Debatten zu Resolutionen ohne Zuständigkeit.

Kommunale Demokratie stärken

Die kommunale Demokratie lebt von unterschiedlichen Formen der Bürgerbeteiligung. Wir haben eine gute Balance zwischen der repräsentativen Demokratie und direktdemokratischen Elementen gefunden. Initiatorinnen und Initiatoren von Bürgerbegehren haben wir durch die Einführung der Vorprüfung zur Zulässigkeit des Begehrens gestärkt.

Für die Kommunalwahl wollen wir ein Zwei-Stimmen-Wahlrecht für die Wahl der Kreistage sowie der Stadt- und Gemeinderäte einführen. Dieses Wahlrecht ist aus der Bundestags- und Landtagswahl bekannt und bildet das Parteiensystem in Deutschland gut ab.

Wir sind zudem überzeugt, dass (Ober-)Bürgermeister/Landräte eine starke Legitimation brauchen. Die niedrige Wahlbeteiligung in Stichwahlen gefährdet diese Legitimation ebenso wie sehr knappe Ergebnisse im ersten Wahlgang. Wir wollen deswegen ein Präferenzwahlsystem mit integrierter Stichwahl einführen. Das heißt, dass die Wählerinnen und Wähler mehrere Präferenzstimmen abgeben und die Kandidatinnen und Kandidaten somit in eine persönliche Reihung bringen. Das verschafft Wählerinnen und Wählern Auswahl und hält Kandidierende kleinerer Parteien nicht aus taktischen Gründen davon ab, anzutreten.

Durch das Gesetz zur Stärkung des Kreistags wurden auf Kreisebene Verwaltungsvorstände (wie zuvor schon in Städten und Gemeinden) eingerichtet, die die Meinungsbildung in der Verwaltungsspitze auch institutionell verbreitern. Damit verbunden ist das Recht der Wahlbeamten, abweichende Ansichten den Gremien des Kreises mitzuteilen. Wir werden einen Verwaltungsvorstand auch bei den Landschaftsverbänden sowie dem Regionalverband Ruhr jeweils bestehend aus den Direktoren der Landschaftsverbände und den Landesräten bzw. dem Regionaldirektor und den Wahlbeamten einrichten.

IT-Ausbildung für kommunale Fachkräfte an Berufskollegs stärken
Durch Schaffung einer Spezialisierung zur IT-Expertin bzw. zum IT-Experten in der öffentlichen Verwaltung sollen zukünftige Fachkräfte der Kommunen gezielt ausgebildet werden. Dadurch werden der Übergang in den kommunalen Dienst erleichtert und zukünftig ausreichend Fachkräfte für diesen Bereich ausgebildet.

IMPRESSUM

Herausgeber

FDP Landesverband NRW
Sternstr. 44
D-40479 Düsseldorf

Verantwortlich

Johannes Vogel
Generalsekretär der FDP-NRW
Telefon: 0211 - 497090
nrw@fdp.de